1 H 3752 CX

Rede des Genossen Ernst Aust: Die Massen zur Revolution erziehen Seite 4

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 51/52 vom 23. Dezember 1977 11. Jahrgang 50 Pfennig

Die Bonner Gesundheitspolitik ist lebensgefährlich

Über 100 000 Betten sollen gestrichen werden!

Mütter von kleinen Kindern sind empört. Seit dem 1. Juli dieses Jahres bekommen sie vom Arzt keine Vitamin-Tabletten mehr verschrieben. Diese Tabletten brauchen Kinder im ersten und zweiten Lebensjahr, um eine Rachitis-Erkrankung zu verhindern. Kinderärzte sagen: Für Tausende und Abertausende von Kindern wächst damit die Gefahr, daß sie an Rachitis erkranken, zu Krüppeln werden.

Sind die Ärzte schuld? Nein. Bonn hat beschlossen: Vorbeugende Maßnahmen dürfen nicht mehr von den Krankenkassen bezahlt werden. Das bedeutet Krankheit und früheren Tod für Hunderttausende. 46% aller Menschen sterben heute bereits an Herz- und Kreislaufkrankheiten. 20% an Krebs. Früherkennung und vorbeugende Maßnahmen hätten viele von ihnen retten können. Das Bonner „Kostendämpfungsgesetz" aber hat zur Folge: Noch mehr Menschen sind dazu verurteilt, früher zu sterben. Es sei denn, sie haben das nötige Kleingeld, um sich einen guten Arzt, gute Medikamente, gute Krankenhausbehandlung leisten zu können. So wie die Herren in Bonn, so wie die Kapitalisten, so wie die Direktoren und Vorstandsmitglieder der Krankenkassen. So wie die Herren also, die das „Kostendämpfungsgesetz" beschlossen haben.

Aber das „Kostendämpfungsgesetz" verurteilt nicht nur Tausende Werktätige, Alte und Kinder zu Krankheit und früherem Tod. Es verlangt für diese Bonner „Krankheitspolitik" noch mehr Geld als bisher von ihnen! Empört sind die Rentner. Millionen Mark haben sie seit dem 1. Juli in die Apotheken getragen. Für jede einzelne Verordnung, die der Arzt verschrieben hat, eine DM. Empört sind alle die Arbeiterfamilien, die seit dem 1. Juli einen doppelten Beitrag für die Krankenkasse bezahlen müssen. Denn jede Ehefrau, die mehr als 350 DM verdient, muß sich jetzt selber versichern. Von all den Medikamenten, die man auch heute schon selber bezahlen muß, ganz zu schweigen. Die Forderung von Millionen ist deshalb: Weg mit dem Kostendämpfungsgesetz.

Und was sagen die Herren in Bonn?

„Die Kostendämpfung hat sich bewährt." In der Tat. Für die Krankenkassen, für die Kapitalisten und für den kapitalistischen Staat hat sich dieser planmäßige Raubbau an unserer Gesundheit in Mark und Pfennig ausgezahlt. Bereits 1976 (nach der Erhöhung der Beiträge) erzielten allein die Allgemeinen Ortskrankenkassen einen Überschuß von 1,5 Milliarden DM. In diesem Jahr werden die Überschüsse der Krankenkassen noch weit höher sein. Denn bei gleichbleibend steigenden Einnahmen waren die Ausgaben der Kassen in den ersten neun Monaten dieses Jahres um ca. 5 Prozent niedriger als im Vorjahr!



Uniklinik Frankfurt: Im Kampf gegen Stellenstreichungen führten die Kollegen eine Demonstration durch.

Und was passiert mit diesen Überschüssen? Werden die Krankenkassen uns wenigstens das Geld zurückerstatten, das wir seit Anfang 1976 mehr bezahlt haben, um die „drohende Pleite" von den Kassen abzuwenden, wie es damals hieß? Oder wird jetzt vielleicht mit der „Kostendämpfung" Schluß gemacht, weil ja offensichtlich genug Geld da ist? Nichts dergleichen. Unsere Beitragsgelder sollen weder unserer Gesundheit zugute kommen, noch werden wir auch nur einen Pfennig davon wiedersehen. Sie sollen in andere Taschen fließen. In seiner Regierungserklärung im letzten Jahr sagte Kanzler Schmidt: „Die Sozialversicherungen müssen wieder zu Kapitalgebern werden." **Auf deutsch: Die Überschüsse der Krankenkassen, die auf Kosten unserer Gesundheit erwirtschaftet werden, werden den Unternehmern, den Banken und dem kapitalistischen Staat als billige Kredite zur Verfügung gestellt.**

Über 100.000 Krankenhausbetten sollen gestrichen werden!

Und es reicht den Herren in Bonn immer noch nicht. Eine „Konzertierte Aktion", bestehend aus Vertretern der Regierung, der Kassen, der Ärzteverbände usw. hat Mitte Dezember beschlossen, die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung noch weiter zu verschlechtern. Zynisch erklärte „Krankheitsminister" Ehrenberg: „Es geht letztlich

Fortsetzung auf Seite 2

Empörung über Mahleins Abwiegelei

Druckereiarbeiter wollen konsequenten Kampf

In mehr als 100 Zeitungsdruckereien kämpften die Kollegen mit Warnstreiks gegen den Rationalisierungsfeldzug der Kapitalisten, nachdem die Tarifverhandlungen über die Einführung neuer Techniken für gescheitert erklärt worden waren. Am häufigsten und stärksten streikten die Druckereiarbeiter in Hamburg. Zum Beispiel kam es hier in der vergangenen Woche in den meisten Druckereien am gleichen Tag zu Kurzstreiks von ein bis zwei Stunden. Bei Gruner und Jahr, wo die Illustrierte „Stern" gedruckt wird, erhielten die Kapitalisten auf eine Provokation gegen die Belegschaft die gebührende Antwort. Der „Stern"-Verleger Henri Nannen hatte einen demagogischen Brief verfaßt und an alle Belegschaftsmitglieder verteilen lassen, in dem übel gegen den Kampf der Druckereiarbeiter gehetzt wird. Die Kollegen traten daraufhin in zwei Schichten für jeweils sechs Stunden in den Streik.

Alle diese Aktionen legen klar Zeugnis ab von der großen Kampfbereitschaft der Druckereiarbeiter. Anstatt jedoch diese Kampfbereitschaft zu organisieren, anstatt einen geballten und machtvollen Streik aller Druckereiarbeiter zu initiieren, laviert der Gewerkschaftsapparat der IG Druck und Papier heimtückisch herum. Ziel: die Kampfkraft aufzureiben und die Kollegen zur Kapitulation zu drängen. So traf sich Mahlein am Dienstag vergangener Woche mit den Vertretern des Bundesverbandes der Druckindustrie zu einem „Spitzengespräch", um „die Fronten zu entschärfen". Dabei vereinbarte er, daß die bereits für gescheitert erklärten Verhandlungen nun doch wieder aufgenommen werden und zwar ausgerechnet kurz vor den Weihnachtsfeiertagen, am 22. Dezember.

Jetzt faseln Mahlein und Konsorten von „gezieltem Boykott einzelner Produkte" und ähnlichem. Mit solchen Sprüchen versuchen die Bonzen ihrer Kapitulationslinie einen Anschein zu verleihen, als sei sie eine be-

Fortsetzung auf Seite 3

"Friedensgespräche" in Kairo

Vorbereitung neuer Angriffe gegen die arabischen Völker

Die „Friedensgespräche" von Kairo wurden in der letzten Woche eröffnet. Die meisten Plätze am Verhandlungstisch blieben allerdings leer. Erschienen waren außer einem UNO-General nur die Diplomaten aus Washington und Tel Aviv. So machte schon das äußere Bild dieser Konferenz deutlich, um was es hier geht. Die amerikanische Supermacht will mit Hilfe des ägyptischen Regimes das arabische Lager spalten, ihre imperialistischen Positionen im Nahen Osten ausbauen und die Existenz ihres Aggressionswerkzeugs Israel sichern.

Unmittelbar vor der Konferenz war der Zionistenchef Begin im Weißen Haus zum Rapport erschienen, um die Linie für die Verhandlungen in Kairo festzulegen. Nach dem, was bislang bekannt wurde, wollen die Zionisten anbieten, einen Teil des besetzten Sinai zu räumen, sich aber „gewisse strategische Punkte" auf ägyptischem Territorium sichern. Außerdem sollen amerikanische Truppen zur „Überwachung des Friedensabkommens" im Nahen Osten stationiert werden. Der Preis dafür wäre, daß Ägypten ein separates Friedensabkommen mit den Zionisten abschließt.

So stellen sich die Herren in Washington den „Frieden" vor! Nicht nur, daß sie weiterhin das palästinensische Volk seiner nationalen Rechte berauben wollen, den Zionisten soll

Fortsetzung auf Seite 10

Neujahrsgruß

Die Redaktion wünscht allen Lesern des „Roten Morgen" ein frohes Neues Jahr. Die Kapitalistenklasse und ihr Bonner Staat rüsten sich zu neuen Angriffen auf die Lebenslage der Arbeiter, übrigen Werktätigen und der Jugend. Rüsten auch wir uns. Lassen wir die Angriffe der Ausbeuter und Unterdrücker nicht unbeantwortet. Schließen wir uns unter Führung unserer Partei, der KPD/ML, um die rote Fahne der Revolution zusammen. Die Zukunft gehört uns!

Vorwärts mit der KPD/ML!

Redaktion des „Roten Morgen"

AUS DEM INHALT

Über 100 000 Betten sollen gestrichen werden

Fortsetzung von Seite 1

darum, Wirtschaftlichkeitsgrundsätze auch im Gesundheitswesen zur Geltung zu bringen, das kleine Einmaleins der Ökonomie auch in diesem gesellschaftlichen Bereich populär zu machen." Es geht also letztlich nicht um die Gesundheit (jedenfalls nicht die der Werktätigen), sondern um „Wirtschaftlichkeitsgrundsätze". Der Wirtschaftsgrundsatz des Kapitalismus aber heißt: Der Arbeiter soll Geld bringen und nicht Geld kosten. Er soll arbeiten und nicht krank sein. Die Arzte sollen noch weniger Medikamente verschreiben, die Patienten sollen noch mehr Medikamente selber kaufen, die Ausgaben für die Krankenhäuser sollen noch weiter gesenkt werden.

Das heißt erstens: Über 100.000 Krankenhausbetten sollen in den nächsten Jahren gestrichen werden. In Hamburg: 3.800 (Die Kassen fordern sogar die Streichung von 6.000 Betten); in Bayern: 53.000 Betten (Das sind 383 Krankenhäuser von jetzt 771); in Westberlin 9.000 Betten (das sind 78 Krankenhäuser). Kurz-Rund 20 Prozent der gegenwärtig bestehenden Betten sollen abgebaut werden. Und natürlich werden nicht nur Betten gestrichen, Krankenhäuser geschlossen, sondern auch Schwestern, Pfleger und andere Angestellte entlassen. Nach dem in Westberlin existierenden Pätzold-Plan im Verhältnis 2:1 — Für jeweils zwei Betten, die gestrichen werden, wird eine Planstelle abgebaut.

Das heißt zweitens: Die Krankenpflege in den Krankenhäusern wird noch schlechter werden, als sie heute schon ist. Grundlage für die weitere Rationalisierung in den Krankenhäusern ist die sogenannte „Knight-Wegen-Stein-Studie", die seit Dezember 1976 existiert. Eine Krankenschwester aus Hamburg schreibt dazu: „Was heißt das im einzelnen? Jede Station erhält für ein Jahr ein bestimmtes Budget. Damit muß sie auskommen. In der Praxis sieht das dann so aus: Geben wir der alten Patientin diese teure Infusion oder nicht? Tun wir es, dann können wir vielleicht einem jüngeren Patienten nicht mehr helfen. Mit solchen Methoden sollen wir zum „Kosten-Nutzen-Denken" erzogen werden. Klar ist, daß dabei Tausende von Schwerstkranken und Rentnern nicht überleben werden. Besonders zynisch ist, daß das Krankenhauspersonal zu Mittätern gemacht werden soll."

Sollte es ein Krankenhaus geben, das dabei nicht mitmacht, ist es zum Schließen verurteilt. Denn nach dem am 1. 7. 77 beschlossenen Kostendämpfungsgesetz kommen Verträge zwischen den Krankenhäusern und den Kassen nur noch dann zustande, wenn die Krankenhäuser „wirtschaftlich leistungsfähig" sind. Wenn sie also in erster Linie an niedrige Kosten und erst in zweiter Linie an die Gesundheit der Patienten denken.

Die Alten: Zum Sterben verurteilt

Ganz besonders eine Gruppe der Werktätigen ist von diesen verbrecherischen Plänen betroffen: die unheilbar Kranken und die alten Menschen. Schon heute existiert in verschiedenen Bundesländern eine Anweisung der Gesundheitsbehörden an Krankenhäuser, Notfallärzte und praktische Ärzte, ältere Patienten, sogenannte Pflegefälle, möglichst nicht ins Krankenhaus zu überweisen bzw. möglichst schnell wieder zu entlassen. In Zukunft soll es noch schlimmer kommen. In zynischer Offenheit erklärte so kürzlich der Direktor der Betriebskrankenkasse Hoesch: „Warum sollen wir für einen alten Menschen 128 DM pro Tag in einem Krankenhaus bezahlen, wenn es 50 DM für waschen und füttern in einem Heim auch tun?" **Das ist der „Wirtschaftlichkeitsgrundsatz" des Kapitalismus in seiner ganzen Brutalität und Unmenschlichkeit: Wenn du kaputt bist, weil du dein Leben lang gearbeitet hast, wenn du endgültig aus dem „Arbeitsprozeß" ausgeschieden bist, dann hast du auch kein Recht mehr, gesund zu werden, dann sind 128 DM am Tag zu viel für dich, dann hast du nur noch ein Recht — für 50 DM am Tag auf deinen Tod zu warten. Was ist das anderes als eine moderne, eine „unauffällige" Art der Euthanasie?**

Was verdient ein solcher Staat, der Tausende zum Tode verurteilt, nur damit eine Handvoll Reicher noch reicher wird, anderes als den Haß des Volkes? Was verdient er anderes, als mitsamt der Klasse, deren Instrument er ist, von den Volksmassen in der sozialistischen Revolution gestürzt zu werden? Für dieses Ziel kämpft die KPD/ML.

Und sie unterstützt überall da, wo es in ihren Kräften steht, den Kampf der Werktätigen gegen die ungeheuerlichen Angriffe auf die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung. Fast überall setzen sich die Werktätigen zur Wehr, wenn Krankenhäuser geschlossen, wenn in den Krankenhäusern rationalisiert und entlassen werden soll. Die Beschäftigten an den Krankenhäusern schließen sich zusammen wie etwa in Hamburg und Frankfurt. Bürgerinitiativen bilden sich wie in Flensburg, Dortmund oder der bayrischen Kleinstadt Hilpoltstein, in denen die Werktätigen der Krankenhäuser und der betroffenen Wohngebiete gemeinsam für ihre Forderungen kämpfen. **Keine Krankenhausstillegungen! Keine Bettenstreichungen! Keine Entlassungen an den Krankenhäusern! Weg mit den Kostendämpfungsgesetz!**

Spionagefall Lutze

Schmutziger Krieg der Geheimdienste

Im Vorzimmer des Ministerialdirektors Laabs, Abteilungsleiter des Bonner Kriegsministeriums, war eine Superspionin an der Arbeit. Bis zu ihrer Verhaftung im Juni 1976 lieferte Renate Lutze über 1.000 geheimste Akten — darunter Lagepläne ziviler und militärischer Nachschublager, der Alarmplan der Bundeswehr, Akten über NATO-Manöver und -Stabsübungen wie z. B. Wintex 75, Pläne für die Entwicklung des Kampfpanzers 3, den Stand der Erkenntnisse der Bundeswehr über die Streitkräfte des Warschauer Pakts an ihre Auftraggeber in Ostberlin und Moskau.

Was machen die Spione des sozialfaschistischen Regimes der DDR, hinter dem die sowjetischen Sozialimperialisten stehen, in Bonn? Arbeiten sie für die „Erhaltung des Friedens", für die „Festigung der Entspannung", wovon die Revisionisten ständig reden? Die Spitzel und Agenten der DDR in der Bundesrepublik sind Waffen der sowjetischen Sozialimperialisten für ihre aggressiven und expansionistischen Ziele, sind Bestandteile der Vorbereitungen der neuen Zaren im Kreml auf einen neuen imperialistischen Krieg um die Vorherrschaft in der Welt.

Sie sind natürlich nicht die Einzigen, die Spione anheuern und in andere Länder aussenden. Das gleiche tun auch die amerikanischen und westdeutschen Imperialisten. SPD-Bundesgeschäftsführer Bahr erklärte im Fernsehen dann auch, er hoffe, daß die westdeutschen Geheimdienste in der DDR „ebenso effektiv" arbeiten wie die DDR-Spione in der Bundesrepublik. In den schmutzigen Krieg der Geheimdienste und Spionageorganisationen, der hinter den Kulissen geführt wird, sind alle Imperialisten verwickelt. Und die Bundesrepublik ist einer der Hauptschauplätze dieses Krieges. Hier tummeln sich nicht nur die Agenten des KGB und der Geheimdienste der DDR, sondern auch die des CIAdes MIV (Secret Service), des Deuxieme Bureau, ganz zu schweigen von BND, MAD und den anderen Geheimdiensten der westdeutschen Imperialisten.

Der Spionagefall Renate Lutze wird jetzt von der CDU zu einer durchsichtigen Kampagne gegen die Regierung ausgenutzt, in der sie sich den Werktätigen als bessere Hüterin der „deutschen Interessen" präsentiert. Aber man kann den Teufel nicht mit dem Beelzebub austreiben.

Der Kampf gegen die beiden Supermächte und alle anderen Imperialisten, die sich in der Bundesrepublik tummeln, wird von den Volksmassen geführt. Er muß sich auch gegen die westdeutschen Imperialisten, ihre sozial-, christdemokratischen und anderen Handlanger richten.

Kurz berichtet

ALLGÄU

Vor kurzem erschien die erste Ausgabe des „Roten Greifers", der Bauarbeiterzeitung der KPD/ML für das Allgäu. In einem Artikel stellen die Genossen den „Roten Greifer" vor und fordern die Kollegen auf, der Zeitung über ihre Forderungen und Probleme zu berichten. Ein weiterer Beitrag beschäftigt sich mit den Unfällen auf dem Bau und prangert die Profitgier der Baukapitalisten an, auf deren Konto die hohe Zahl von Unfalltoten und Verletzten geht.

Ein Artikel über die Betriebsratswahlen, betont die Notwendigkeit, für solche Betriebsräte zu kämpfen, die wirklich an der Seite der Kollegen stehen.

DUISBURG

Am 16. Dezember führte die Ortsgruppe Duisburg der Partei eine Veranstaltung mit dem Thema: „Das Leben der Jugend im Sozialistischen Albanien" durch, deren abwechslungsreiches Programm mit albanischen Liedern, Gedichten sowie einem Bericht der Delegation der Roten Garde, die den siebten Kongreß des Verbandes der Jugend der Arbeit Albaniens besuchte, bei den mehr als 50 Teilnehmern auf großes Interesse stieß. Die Versteigerung einer Flasche albanischen Kognaks ergab 450 DM, die der Partei zur Herausgabe der Werke Genossen Enver Hoxhas zukommen werden.

BERGSTRASSE

Die Rote Garde Bergstraße kämpft weiter gegen den Maulkorberlaß des Bensheimer Magistrats. Nach diesem Erlaß ist in der Fußgängerzone von Bensheim jegliche politische Informationstätigkeit verboten. Aber die Rote Garde läßt sich nicht den Mund verbieten. Ende letzten Monats wurden einige der Genossen vor Gericht gezerrt, weil sie bei einer Rangelei mit der Polizei an einem Agitpropstand, der noch vor dem Maulkorberlaß angemeldet worden war, angeblich „Widerstand gegen die Staatsgewalt" und „Körperverletzung" begangen haben. Wie groß in Bensheim die Empörung über den Maulkorberlaß ist, zeigte sich daran, daß ca. 80 Personen zu dem Prozeß kamen, bei dem auch KBW-Genossen angeklagt waren. Die Rote Garde hatte mit Flugblättern und Plakaten zur Teilnahme am Prozeß und zu einer Veranstaltung am gleichen Abend aufgerufen. Der Prozeß endete mit einer Einstellung des Verfahrens. Dieser Erfolg hat die Rote Garde in ihrem weiteren Kampf gegen den Maulkorberlaß angespornt.

BERICHTIGUNG

Im RM Nr. 50/77 muß es in dem Artikel „Verschärfte Aufrüstung beschlossen" auf Seite 1 über die Beschaffung für die Bundeswehr heißen: „1.800 Kampfpanzer Leopard 2, 322 Kampfflugzeuge Tornado..."

Die Korrespondenz über den Arbeitsgerichtsprozeß in Frankenthal (RM 49/77, S. 4) hat eine sinnentstellende Überschrift. Sie muß lauten: „Arbeiter soll sich öffentlich von Äußerung gegen Schleyer distanzieren". Außerdem teilen uns die Genossen aus Frankenthal mit, daß der entlassene Arbeiter nach dem „Gütevorschlag" des Arbeitsgerichts 1.000 Mark nicht an die Albert-Bosse, sondern „für karitative Zwecke" zahlen sollte.

REDAKTIONELLER HINWEIS

Der vorliegende „Rote Morgen" erscheint als Sonderausgabe in Form einer Doppelnummer. Die nächste Ausgabe des RM wird am 6. 1. 78 herauskommen.

Kursverfall des Dollars

US-Imperialisten kämpfen um Absatzmärkte

An den Devisenbörsen in Frankfurt, Zürich und London herrscht dicke Luft: „Dollars zu verkaufen!" Aber welcher Kapitalist, welcher Spekulant kauft heutzutage schon Dollars, wenn er nicht unbedingt muß. Der Dollar ist nicht gefragt, sein Sturz ins Bodenlose scheint unaufhaltsam. Von 2,34 DM im August auf 2,25 DM im Oktober sackte der Dollarkurs in den letzten Tagen steil bergab zum vorläufig neuen Rekordtiefstand von 2,12 DM am 15. Dezember. Vorläufig, weil man schon damit rechnet, daß der Dollar in Zukunft auch unter die 2-DM-Grenze fällt.

Im Kursverfall des Dollar und der chaotischen Lage, in der sich das kapitalistische Weltwährungssystem befindet, spiegeln sich die weltweite Krise der kapitalistischen Wirtschaft und der erbarmungslose Konkurrenzkampf, den sich die Kapitalisten auf den Märkten liefern, wider. Aktueller Auslöser des Dollarsturzes ist das Loch von 30 Milliarden Dollar in der amerikanischen Handelsbilanz. 30 Milliarden Dollar, die die amerikanischen Kapitalisten hauptsächlich für Erdölimporte ausgegeben haben, sind nicht durch entsprechende Exporte abgedeckt und überschwemmen die europäischen und japanischen Geldmärkte.

Für die amerikanischen Imperialisten ist der Kursverfall des Dollar eine Waffe im Kampf mit den europäischen und japanischen Imperialisten um Absatzmärkte. Je billiger der Dollar im Vergleich zur DM, desto teurer die Exporte der westdeutschen Kapitalisten in die USA (und im Vergleich mit US-Waren in andere Länder), desto billiger die US-Exporte in die Bundesrepublik, nach Japan, Frankreich usw. Die amerikanische Regierung macht deshalb auch keinerlei Anstrengungen, irgendetwas gegen den Kursverfall des Dollar zu tun. Im Gegenteil, die Regierung Carter, die im Auftrag der Wallstreetmagnaten handelt, hat zusätzlich eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, um ausländische Importe in die USA zu erschweren. Gleichzeitig reisen die US-Finanzexperten in der Welt umher, um die anderen kapitalistischen Länder durch Drohungen und Erpressungen zu zwingen, den amerikanischen Kapitalisten die Tür für Exporte weit zu öffnen.

Leidtragende des Konkurrenzkampfes der Kapitalisten untereinander sind die Arbeiterklasse und die übrigen Werktätigen. Sie sollen die Zeche zahlen. Schon hat zum Beispiel die Bundesbank in ihrem jüngsten Monatsbericht offen erklärt, um die Wettbewerbsbedingungen für die westdeutschen Imperialisten zu verbessern, dürften die Arbeiterlöhne nur „minimal" (3,5%, d. h. im Klartext Lohnraub) erhöht werden. Verschärfte Rationalisierung — gesteigerte Arbeitshetze und Massenentlassungen — ist ein weiteres Mittel der Kapitalisten, um sich im Konkurrenzkampf der Monopole und Truste Vorteile zu sichern.

Der Kursverfall des Dollar, die Überschwemmung der Geldmärkte mit dem Dollar, die Folgen, die damit für die Währungen der anderen Länder verbunden sind, all das wird außerdem unweigerlich die Inflation, die Verteuerung des Lebensunterhalts für die Werktätigen vorantreiben. Wie man sieht, wird der Konkurrenzkampf der Kapitalisten um Absatzmärkte auf dem Rücken der Arbeiterklasse und der Werktätigen ausgetragen. Ob in den USA, Westdeutschland oder Japan — die verschärfte Ausbeutung und Ausplünderung der Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen soll den Kapitalisten dieser Länder eine günstige Ausgangsposition für diesen Kampf sichern.

Offen gesagt ...

Menschen zweiter Klasse

Ein neues Reformwerk der Bonner Regierung steht vor der Tür. Diesmal richtet es sich gegen die ausländischen Kollegen in der Bundesrepublik und ihre Familien. Um in den Genuß einer unbefristeten Aufenthaltsgenehmigung zu kommen, mußte man bisher zehn Jahre in der Bundesrepublik gelebt haben. Zwei Jahre „schenkt" die Bundesregierung den ausländischen Kollegen: Nach acht Jahren Aufenthalt entfällt zukünftig der Bittgang zum Ausländeramt. Wahrhaftig, eine großmütige Reform, die so richtig die Sorge der Bundesregierung um das Wohlergehen der ausländischen Arbeiter zeigt. Richtig zu würdigen weiß man diese Reform allerdings erst, wenn man den Preis kennt, der dafür bezahlt werden muß.

Natürlich kann keine Rede davon sein, daß die unbefristete Aufenthaltsgenehmigung automatisch nach Ablauf der acht Jahre erteilt wird. Wer in der Bundesrepublik leben will, muß dessen auch „würdig" sein.

Dazu gehört: die „Fähigkeit, sich auf einfache Art mündlich in deutscher Sprache zu verständigen". (Wie man weiß, sind Sprachkurse rar und teuer. Ein Gesetz zu erlassen, das die Kapitalisten zwingt, unentgeltliche Sprachkurse während der Arbeitszeit einzurichten, daran denkt die Regierung natürlich nicht.)

Dazu gehört: der Nachweis einer „angemessenen Wohnung" nach „ortsüblichen Maßstäben". Wer die Löcher kennt, die geldgierige Kapitalisten und Hauseigentümer an ausländische Arbeiter vermieten, der wird sich zu Recht fragen, wieviele ausländische Kollegen einen solchen Nachweis erbringen können.

Dazu gehört: Nachweis des Schulbesuchs der hier lebenden Kinder entsprechend den gesetzlichen Vorschriften.

Die größte Unverschämtheit kommt aber noch. Im Zuge der Reform wird das bisher geltende Anrecht der Ehefrau eines ausländischen Kollegen auf Arbeitserlaubnis (wenn er und seine Ehefrau hier fünf Jahre lang gelebt haben) gestrichen. „Diesem Personenkreis soll der Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt künftig verwehrt werden", heißt es in zynischer Offenheit. Die Frau wird also in Zukunft keine Arbeit mehr bekommen. Kinder bekommen schon jetzt keine Arbeit, wenn sie mit der Schule fertig sind.

Damit zeigt die Reform ihr wahres Gesicht: Weil du Ausländer bist, wirst du als Mensch zweiter Klasse behandelt, wirst du schikaniert und herumgestoßen, raubt man dir auch noch die letzten Rechte, die du bis jetzt gehabt hast. Und zum Trost schenkt man dir zwei Jahre, um früher zu einer unbefristeten Aufenthaltserlaubnis zu kommen, vorausgesetzt, du erweist dich würdig, nimmst in Kauf, daß deine Frau und deine Kinder nicht arbeiten dürfen, muckst nicht auf (denn wenn du gegen die Ausländergesetze verstößt, wird man dich abschieben) — oder ziehst es von vornherein vor, in deine Heimat zurückzukehren.

Die Reform der Bundesregierung ist in Wirklichkeit ein unverschämter Angriff auf die ausländischen Kollegen. Fordern wir ihr Recht auf sofortige Einbürgerung mit allen politischen Rechten ohne die Verpflichtung, die bisherige Staatsbürgerschaft aufzugeben!

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

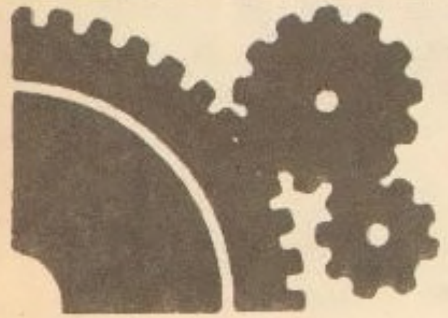
ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag G. Schneider, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 — 463. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911 (Verlag G. Schneider). Telefon: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Renate Schneider, Dortmund. Druck: Alpha Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde". Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr ist im voraus nach Erhalt der Rechnung auf eines unserer o. a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Arbeiterkorrespondenzen

Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26

Thyssen-Hütte Duisburg-Hamborn:

Fristlos entlassen wegen Rede auf Betriebsversammlung!

Als der kommunistische Kollege Fritz Raßmann auf der Betriebsversammlung im September dieses Jahres die Arbeitshetze auf der Hütte angeprangert hatte, die zu immer mehr tödlichen und schweren Unfällen geführt hat, wurde er ein paar Tage nach der Versammlung zur Personalabteilung vorgeladen und darüber „belehrt", daß er solche Äußerungen künftig zu unterlassen habe. Andernfalls müsse er mit seiner Entlassung rechnen und außerdem mit einer Strafanzeige. Ihm wurde auch vorgeworfen, der Direktion die Beschäftigung von Detektiven nachgesagt zu haben, die die Belegschaft ausspionieren sollen. Ferner habe er den Betriebsrat in „unzulässiger Form" angegriffen.

Was tat nun Fritz? In der Versammlung Anfang Dezember nahm er seine Aussagen in allen Punkten zurück, allerdings auf ganz besondere Art: *„Jeder Kollege weiß, daß die Behauptung, die Zahl der schweren und tödlichen Unfälle aufgrund von Arbeitshetze sei gestiegen, falsch ist. Während wir im letzten Jahr noch 13 (dreizehn) Tote hatten, kamen in diesem Jahr nur noch 17 (siebzehn) Kollegen durch Arbeitsunfälle ums Leben."*

Zu der Behauptung, die er gemacht hatte, daß Duisburger Konzerne Detekteien zur Bespitzelung von Kollegen beauftragen (Fernsehen und Presse hatten darüber ausführlich berichtet), sagte Fritz: *„Es wäre ja eine Beleidigung für gewisse Vorgesetzte und Betriebsräte, wollte man ihnen unterstellen, daß sie sich verschiedene Aufgaben von Detektiven abnehmen lassen!"*

Unter dem Gelächter und stürmischen Beifall der über 3.000 Kollegen „verteidigte" Fritz den Betriebsratsvorsitzenden „Kollegen" Karl-Heinz Weihs mit „flammenden Worten", indem er dessen *„unermüdlichen Einsatz für die Interessen aller Kollegen"* lobte, seine *„selbstlose Hingabe und Opferbereitschaft"* und seinen *„kompromißlosen Kampf"* für das Wohl der Belegschaft.

Weihs und seine Clique ernteten Pfiffe und Pfui-Rufe, als sie den kläglichen Versuch unternahmen, das alles als „Karneval" usw. abzutun. Einen Tag nach der Versammlung beschlossen sie dann bereits im Einvernehmen mit der Direktion die fristlose Kündigung wegen „Mißbrauchs der Meinungsfreiheit".

Noch bevor Fritz das Kündigungsschreiben erhalten hatte, sprach sich alles im ganzen Hamborner Werk herum. Überall war die fristlose Kündigung von Fritz Tagesthema und Gegenstand empörter Diskussionen. *„Er hat für uns alle gesprochen, darum haben sie ihn rausgeschmissen." „Es müßte nicht einen, sondern hundert von seiner Sorte geben." „Er hat immer wieder die Wahrheit gesagt, und die können sie nicht vertragen."* — Das konnte man immer wieder hören.

Als das Flugblatt des „Roten Greifer", Betriebszeitung der Partei, an den Toren verteilt wurde, brachten viele Kollegen ihre Empörung zum Ausdruck.

An mehreren Stellen der Werksmauer war zu lesen: „Sofortige Wiedereinstellung des Kollegen Fritz Raßmann! — KPD/ML" Nachdem die Polizei fotografiert hatte, pinselten Werkschützer mit großem Eifer die Mauern wieder über. — Aber fast alle Kollegen der Frühschicht hatten die Forderung bereits gelesen.

Und nun ging es erst richtig los: In der Abteilung, wo Fritz gearbeitet hatte, wurde immer heftiger diskutiert und Maßnahmen überlegt, um seine Wiedereinstellung zu erkämpfen. Es kamen Vorschläge, einen Marsch zum Betriebsrat zu machen und Unterschriften zu sammeln.

Weil die Empörung der Kollegen nicht abflauen wollte, sahen sich Betriebsrat und Gewerkschaftsführung gezwungen, einen „Stimmungsmacher" loszuschicken, der die Kollegen einschüchtern sollte. Aber das ging voll in die Hose: „Dem haben wir aber Stoff gegeben", berichteten die Kollegen. Auf der Bereichssitzung der Vertrauensleute dieser Abteilung erschien der BR-Vorsitzende Weihs persönlich, um jede Diskussion über die Entlassung des Kollegen Fritz zu verhindern, obwohl dort nur irgendein alter Film gezeigt wurde.

Die Kollegen haben gesehen: Die fristlose Entlassung von Fritz ist ein Angriff auf uns alle! Kollegen verschiedener Betriebe des Werkes wollen die Rede von Fritz im vollen Wortlaut veröffentlichen, *„damit jeder Kollege sieht, daß er entlassen worden ist, weil er die Wahrheit gesagt hat"*. Auch mehrere Kollegen aus der Abteilung von Fritz wollen ein Flugblatt gegen seine Entlassung herausgeben.

Viele haben bereits versprochen: „Zu deiner Arbeitsgerichtsverhandlung kommen wir alle, und wenn wir uns freinehmen müssen!" Denn natürlich hat Fritz auch auf Wiedereinstellung gegen die Thyssen AG geklagt, auch wenn er weiß, daß der Erfolg des Kampfes für die Wiedereinstellung hauptsächlich von der Solidarität und vom Kampf seiner Kollegen abhängt.

Rot Front!
Genossen der Thyssen-Hütte

Druckereiarbeiter wollen konsequenten Kampf!

Fortsetzung von Seite 1

sonders wirksame „Kampftaktik". Das ist reine Augenwischerei. Im Prinzip ist es genau die gleiche Streikbruchpolitik, wie in den Tagen des Druckerstreiks im April/Mai '76. Damals hieß es „Taktik der Schwerpunktstreiks". Nur gezwungenermaßen — die Empörung der Arbeiter hatte ein für die Bonzen bedrohliches Ausmaß angenommen — gaben sie später doch noch grünes Licht für einen Vollstreik.

Der Streik der Kollegen in der Druckerei Rausch in Hilden (siehe letzter RM) dauerte bei Redaktionsschluß noch an. Der Streik währte zu diesem Zeitpunkt also bereits acht Tage. Die streikenden Drucker fordern die sofortige Wiedereinstellung ihrer zwei gemaßregelten Kollegen, die wegen ihrer Beteiligung an vorausgegangenen Warnstreiks fristlos entlassen worden waren. Zwar haben die Kollegen inzwischen beim Arbeitsamt eine einstweilige Verfügung erwirkt, die den Unternehmer zur sofortigen Weiterbeschäftigung der Entlassenen verpflichtet. Dieser aber weigert sich dem Gerichtsbeschluß nachzukommen. Nach wie vor verwehrt er den entlassenen Arbeitern jeden Zutritt zur Druckerei. Begünstigt wird diese Dreistigkeit allerdings durch den Gewerkschaftsapparat, der den Kampf der Kollegen nicht vorbehaltlos unterstützt. So wurde eine für Freitag letzter Woche angesetzte Demonstration in Hilden wieder abgesagt. Begründung: Die Genehmigung seitens der Behörden sei nicht eingegangen. Zugleich blies der IG-Druck-Apparat auch einen ebenfalls für Freitag angesetzten Solidaritätsstreik in den Düsseldorfer Druckereibetrieben wieder ab.

Massenentlassungen durch Stahlfusion

Zwei Saar-Hütten sollen stillgelegt werden

Die Würfel für die „Lösung" der Stahlkrise an der Saar sind gefallen. Die drei Hüttenwerke — Röchling-Burbach, Neunkirchener Eisenwerke und Dillinger Hütte — werden unter einer Holdinggesellschaft zu einem Konzern verschmolzen. Eigentümer dieses Riesenunternehmens wird der Luxemburgische Stahlkonzern Arbet sein. Er wird die Anteile der Familie Röchling und der anderen Konzernherren übernehmen. Für die Konzernherren bringt diese Fusion die Sanierung ihrer Profite. Für die Stahlwerker und die gesamte werktätige Bevölkerung an der Saar dagegen wird sie katastrophale Auswirkungen haben.

Wie bereits angekündigt, sollen die Hütten in Völklingen und Burbach „vorübergehend eingemottet" werden. Mindestens 3.500 Beschäftigte sollen bereits in den nächsten Wochen entlassen werden. Aber das Gerede von „vorübergehender" Stillegung ist eine Lüge, um die Empörung in Grenzen zu halten. Die „Süddeutsche Zeitung" plaudert aus: „Da im Eisen- und Stahlbereich die Kapazitäten nicht kurzfristig aus- oder anlaufen können, dürfte die völlige Stillegung schon vorgesehen sein." Der Plan der Kapitalisten ist es, die Belegschaften der Saarhütten radikal schrumpfen zu lassen. Schon vor Bekanntwerden der Fusion schrieb das Kapitalistenorgan „Handelsblatt", von den Konzernen seien Schätzungen genannt worden, die sich z. T. bei über 20.000 „Freisetzungen" auf den Saarhütten bewegen. Für das Saarland bedeutet dies eine katastrophale Verschärfung der Arbeitslosigkeit, zumal diese „Gesundschrumpfung" auch Entlassungen in vielen Zulieferbetrieben nach sich ziehen wird. Schon jetzt liegt die Arbeitslosenquote im Saarland um 3 bis 4 Prozent über dem Bundesdurchschnitt. In Neunkirchen liegt die amtliche Arbeitslosenquote sogar bei über zehn Prozent.

Zynisch schreibt das „Handelsblatt": „Zwar hat noch niemand ausgerechnet, wie viele Arbeitsplätze durch die Fusion eingespart werden. Daß der Aderlaß indes alles bisher Gewohnte und auch Erwartete übersteigt, davon sind die Beteiligten wie die Politiker zutiefst überzeugt."

Und werden die Herren Politiker in Bonn und Saarbrücken, die doch ständig ihre „Besorgnis" über die Arbeitsplatzvernichtung beteuern, gegen die Fusion einschreiten, um den „Aderlaß" zu verhindern? Sie denken im Traum nicht daran. Vielmehr machen sie Unsummen aus unseren Steuergeldern locker, um den Konzernherren bei ihrer Profitsanierung unter die Arme zu greifen und sie für die skrupellose Arbeitsplatzvernichtung auch noch fürstlich zu belohnen. So meldet Springers „Welt": „Massive öffentliche Hilfen zeichnen sich da ab, ohne die sich der Arbet-Konzern nicht bereitgefunden hätte, als industrieller Führer der Retter an der Saar zu werden." Laut „Handelsblatt" begleicht der Staat u. a. auch die Schulden in Höhe von „dreistelligen Millionenbeträgen", die auf den Neunkirchener Eisenwerken lasten, weil sonst die Arbet-Kapitalisten sich nicht auf das Projekt eingelassen hätten. Die alten Besitzer behaupten, sie könnten nicht dafür aufkommen. Auch von zinsgünstigen Krediten der Regierung „für die Umstrukturierungsmaßnahmen" ist die Rede. So wirft der Staat den Konzernherren an der Saar Hunderte von Millionen in den Rachen, kommt er für ihre Schulden auf und belohnt sie für den radikalsten Entlassungsfeldzug, den man sich vorstellen kann.

Äußerst zwielichtig ist die Rolle des DGB-Apparates. Ohne die Zustimmung seiner Mittelsmänner in Parlamenten und Ministerien könnte die Fusion und ihre staatliche Subventionierung nicht zustande kommen. Das hindert ihn jedoch nicht daran, sich gleichzeitig scheinheilig an die Spitze der Protestbewegung der Stahlwerker zu stellen und lautstark gegen die Arbeitsplatzvernichtung zu wettern. Den DGB-Bonzen geht es darum, die Bewegung unter Kontrolle zu halten, zu verhindern, daß die Arbeiter an der Saar für die Verteidigung ihrer Arbeitsplätze auf die Barrikaden gehen. Ob den Bonzen dies allerdings gelingt, ist eine andere Frage. In den vergangenen Wochen und Monaten kam es mehrfach zu Proteststreiks Tausender Hüttenwerker und zu machtvollen Demonstrationen. Die wachsende Empörung und Kampfentschlossenheit nicht nur unter den Belegschaften der Saarhütten, sondern auch in der gesamten werktätigen Bevölkerung lassen sich nicht abwiegeln. Die Massen werden sich bestimmt zu neuen, stärkeren Kämpfen erheben, zu Kämpfen, die sich auch gegen die DGB-Bonzen und Arbeiterverräter richten.

Aufsichtsratswahlen

"Das ist doch nicht unser Bier!"

In vielen Großbetrieben zeigt sich dieser Tage eine ungewohnte Geschäftigkeit der Betriebsräte und Vertrauenskörperleitungen. Worum geht es? Um Streikvorbereitungen für die anstehende Lohnrunde oder ähnliches? Weit gefehlt! Die Aufsichtsratswahlen sind ausgebrochen. Die Jagd nach den dickgepolsterten Sesseln der „Arbeitnehmervertreter" in den Chefetagen ist es, die die Bonzen und Arbeiterverräter so in Hektik geraten läßt.

In allen Unternehmen mit mehr als 2.000 Beschäftigten wird jetzt die „paritätische Mitbestimmung" eingeführt. In einigen Betrieben ist die Aufsichtsratswahl bereits abgeschlossen. In einer Reihe von weiteren Betrieben haben sie zwar schon begonnen, aber es ging zunächst um die Entscheidung, welches Wahlverfahren zum Zuge kommt (Wahlmänner oder „Urwahl"). Überall dort, wo die Wahlen stattgefunden bzw. begonnen haben und wo Betriebszellen unserer Partei arbeiten, haben sie den Mitbestimmungsschwindel entlarvt und die Kollegen zum Wahlboykott aufgerufen.

Die Tatsache, daß die Parität praktisch gar keine ist, weil z. B. auf der „Arbeitnehmerbank" auch ein Vertreter der leitenden Angestellten sitzt, quittierten DGB-Apparat und DKP mit lautem Protestgeheule. Jetzt hindert sie das allerdings nicht daran, bei dem Gerangel um die Plätze an den Futtertrögen des Kapitals gierig nach vorne zu drängen.

Der Kommentar vieler Kollegen zu dem Wahlrummel lautet etwa so: „Was haben wir Arbeiter denn damit zu schaffen? Das ist doch nicht unser Bier. Sollen die sich doch alleine um ihre Posten raufen!" Und in der Tat! Es kann den Arbeitern und unteren Angestellten wirklich egal sein, welche Bonzen letztendlich darüber „mitbestimmen", wie die Kapitalisten den größtmöglichen Profit aus unseren Knochen herauspressen. Der Aufsichtsrat ist ein reines Ausbeuterorgan, ein Ausschuß der Kapitalisten zur Planung ihrer Geschäfte.

Davon einmal abgesehen, kann ein klassenbewußter oder revolutionärer Kollege praktisch gar nicht in Verlegenheit kommen, in den Aufsichtsrat einzudringen, selbst wenn er wollte. Dafür sorgt u. a. auch das komplizierte Wahlverfahren. Meist können die Belegschaften gar nicht direkt wählen, sondern nur sogenannte Wahlmänner bestätigen, die hinter den Kulissen vom Gewerkschaftsapparat ausgekungelt werden. Zwar gibt es auch die Möglichkeit der direkten Wahl („Urwahl"). Aber selbst dann sichern die Machtverhältnisse im Betrieb ausreichend ab, daß keine den Kapitalisten unerwünschten Leute gewählt werden.

Trotzdem gibt es in vielen Fällen ein Gerangel um die Entscheidung, ob Wahlmännerverfahren oder Urwahl. Aber nicht von den einfachen Belegschaftsmitgliedern gehen diese Auseinandersetzungen aus. Sie entzünden sich meist zwischen dem DGB-Apparat und seinen Konkurrenzgewerkschaften DAG und Christliche Gewerkschaften. Der DGB-Apparat ist in der Regel für Wahlmänner, denn dadurch ist gesichert, daß er mit seinem Klüngel die meisten Posten ergattert. Umgekehrt sind die DAG und die christlichen Verbände für Urwahl, weil sie so eher eine Chance haben, auch einige Kandidaten durchzubringen. Kommt es zu einem Kampf ob Wahlmänner oder Urwahl, so muß eine Urabstimmung unter der Belegschaft durchgeführt werden. Solche Urabstimmungen gingen in letzter Zeit öfters über die Bühne. Meist war die Wahlbeteiligung jedoch trotz großen Propagandawirbels sehr gering, was nur beweist, wie mißtrauisch die Arbeiter dem ganzen Mitbestimmungsschwindel gegenüberstehen.

Auch bei den Opelwerken setzte vor kurzem die DAG und der CMV eine Urabstimmung durch, um die Urwahl zu erzwingen. Sie fielen aber auf die Nase, weil die Wahlbeteiligung nicht einmal die vorgeschriebene Mindestgrenze von 50 Prozent erreichte. Sie lag im Gesamtkonzern bei nur 37 und bei Opel Rüsselsheim sogar nur bei 26 Prozent. Ein klarer Ausdruck für das Desinteresse der Belegschaft. Der Betriebsratsvorsitzende von Opel Rüsselsheim, Heller, sah darin jedoch „einen großen Sieg der IGM". Er prahlte gar, das Ergebnis sei Ausdruck der Geschlossenheit, mit der die IGM-Mitglieder „hinter ihrer Organisation" stünden. Zwar hat tatsächlich eine Mehrheit bei der Abstimmung gegen die Urwahl votiert (weil man schließlich gegen die DAG und die „Christlichen" eine noch größere Abneigung hat als gegenüber dem IGM-Apparat). Aber bei der jämmerlich niedrigen Wahlbeteiligung umfaßte diese Mehrheit ganze 17 Prozent der Abstimmungsberechtigten. Heller läßt sich dadurch allerdings nicht beirren. Die IGM hatte nämlich in weiser Voraussicht nicht nur dazu aufgerufen, gegen die Urwahl zu stimmen, sondern gleichzeitig (!) auch noch zum Wahlboykott. Ein Kommentar zu dieser wahrhaft schlauen Art der IGM-Bonzen, die „geschlossene Unterstützung" ihrer Mitbestimmungspolitik durch die Arbeiter zu demonstrieren, erübrigt sich wohl!

Rede des Genossen Ernst Aust auf der Politbürositzung vom 5. 12. 1977

Die Massen zur Revolution erziehen

Liebe Genossen,

wie ihr wißt, hat es in den letzten Wochen und Monaten eine beträchtliche Verwirrung in Fragen des Terrorismus und unseres Verhaltens zur „Roten Armee Fraktion", der RAF oder zu dem, was heute unter diesem Namen firmiert, gegeben. Ihr kennt die diesbezüglichen Kritiken der Genossen einzelner Grundeinheiten, aber auch von Leitungen. **Um es vorweg zu sagen, dort, wo die Genossen ein gewisses Zurückweichen der Partei angesichts der mit der Schleyer-Entführung begründeten Terrorkampagne der Bourgeoisie feststellten, wo sie kritisierten, daß es die Zentrale versäumt habe, durch entsprechende Direktiven und Maßnahmen die Partei zum Gegenschlag zu mobilisieren, haben sie durchaus recht.** Eine diesbezügliche Stellungnahme des Politbüros ging ja bereits in die Partei. Doch damit ist das Thema Terrorismus, beziehungsweise der RAF noch keinesfalls, umfassend für alle Genossen und Sympathisanten unserer Partei verständlich geklärt. Daran hat auch der Artikel „Unsere Haltung zur RAF" im „Roten Morgen" noch nicht viel geändert.

Schaut man sich die diesbezüglichen Kritiken an, so kann man sie grob in zwei Kategorien einteilen. Einmal diejenigen — und sie sind weitaus in der Mehrzahl —, die kritisieren, daß sich die Haltung der Partei zur RAF seit 1974 grundlegend geändert hat, ohne daß dies ausreichend begründet worden wäre. Die anderen, wenigen, bemängeln, daß die Distanzierung zur RAF nicht scharf genug sei.

Hat sich nun die Haltung der Partei zur RAF grundlegend geändert? Wer die „Roten Morgen" nach dem „Selbstmord" beziehungsweise dem Mord an den Genossen Ensslin, Raspe, Baader, dem „Selbstmordversuch" an der Genossin Möller las, der allerdings mußte zwangsläufig zu dem Schluß kommen, die Haltung der Partei zu ihnen, den RAF-Genossen der ersten Stunde, habe sich grundlegend geändert. Wie hatte es noch 1974 anläßlich des Todes von Holger Meins in der Schlagzeile der Nr. 46 des „Roten Morgen" geheißen? **„Genosse Holger Meins zu Tode gefoltert".** Und in Nr. 47 hieß es anläßlich seiner Beerdigung: „Tausende standen in Hamburg am Grab des im Gefängnis zu Tode gefolterten RAF-Genossen Holger Meins... Am Vormittag und am Nachmittag folgten Tausende dem Aufruf der KPD/ML und anderer Organisationen und demonstrierten unter der Losung: ‚Holger Meins von der bürgerlichen Klassenjustiz ermordet! Weg mit Isolationsfolter und Vernichtungshaft!... Freiheit für die Gefangenen der RAF! Freiheit für alle politischen Gefangenen!' "

Damals legte die Partei Kränze am Grabe Holger Meins nieder. Und selbst noch zum Tode Ulrike Meinhofs hieß es im „Roten Morgen" Nr. 20/1976 in einem Nachruf: „Ihr Tod ist die Folge der unmenschlichen und brutalen Isolationsfolter im Gefängnis" und in Nr. 21/1976 anläßlich „des Begräbnisses der Genossin Ulrike Meinhof in Westberlin" hieß es: „Auf das kämpferische Leben der Genossin Ulrike Meinhof eingehend, sagte der Genosse unserer Partei, daß Ulrikes Kampf erfüllt war vom Haß gegen den Kapitalismus und die Bourgeoisie, daß sie für das große Ziel einer Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung gekämpft habe, und daß dieser Kampf weitergehen und siegen werde. Die Partei legte am Grabe der Genossin einen Kranz nieder."

Vergleicht man diese Äußerungen und Stellungnahmen der Partei nun mit denen nach dem Tode der Genossen Gudrun Ensslin, Jan-Carl Raspe und Andreas Baader im „Roten Morgen" wie auch in der „Rote-Garde"-Zeitung, dann fällt natürlich der krasse Unterschied auf. In der auf die „Stammheim-Morde" folgenden Ausgabe des „Roten Morgen" finden wir auf Seite zwei ganze 20 Zeilen dazu. Auch in der folgenden Ausgabe kein Nachruf für, kein Bild der drei vom Klassengegner Geselbstmordeten. Nur in der „Rote-Garde"-Zeitung ein Bild mit der „würdigenden" Überschrift „Stammheim: Selbstmord oder..?" Geschweige denn, daß man von „Revolutionären" oder gar „Genossen" gesprochen hätte, wie noch zum Tode von Ulrike Meinhof. Oder daß die Partei etwa am Grabe der drei ermordeten Revolutionäre einen Kranz niedergelegt hätte.

Wen wundert es da, wenn Genossen zu der Anschauung kommen, die Partei habe ihre Haltung zur RAF grundsätzlich geändert. Wenn sie fragen: wieso, weshalb, warum? **Sind denn die, die da in Stammheim ihr Leben ließen, nicht die gleichen, die wir noch vor einem, vor zwei oder drei Jahren als Revolutionäre bezeichneten?** Was ist inzwischen geschehen? Was haben sie gesagt, getan, daß man ihren Tod heute unter ferner liefen registriert, daß man sie, wenn nicht direkt, so doch hinten herum zu Konterrevolutionären erklärt? Sie sitzen doch schon seit 1972 hinter Gittern und sind doch nicht dafür verantwortlich zu machen, was heute im Namen der RAF geschieht.

Und mancher wird sich erinnern, weshalb man sie hauptsächlich zu lebenslänglich verurteilt hat. Weil sie auf dem Höhepunkt des Vietnamkriegs, als US-Terrorbomber in pausemlosem Einsatz mit Napalm und Bomben Tausende und Abertausende Kinder, Frauen, Greise mordeten, wobei ihnen Bonn noch Beifall klatschte, auf das Hauptquartier des V. Armeekorps der US-Streitkräfte in Frankfurt und auf das Hauptquartier der amerikanischen Streitkräfte Europas in Heidelberg Bombenanschläge verübten, bei denen vier US-Offiziere und Soldaten ums Leben kamen.

Wir sind keine Spießer!

Damals schrieb der „Rote Morgen" (Nr. 12/1972): **„...wir sind keine Spießer, die sich die Hände über dem Kopf zusammenschlagen. Wir freuen uns über die Bombenanschläge in Heidelberg und Frankfurt, denn sie haben den USA-Aggressionstruppen einen Schlag versetzt und dem Haß der Völker, auch des deutschen Volkes, gegen die Verbrechen des Pentagon einen angemessenen Ausdruck verliehen."**

Warum wurden von uns diese Anschläge — im Gegensatz zu anderen Aktionen der RAF — damals begrüßt? Weil sie sich einreihten in den weltweiten Kampf gegen den völkermordenden USA-Imperialismus, weil sie die Zustimmung nicht nur der Völker Indochinas, aller Revolutionäre, sondern auch großer Teile des deutschen Volkes fanden. Umfrageergebnisse der Bourgeoisie ergaben damals, daß rund 10 Prozent der Bevölkerung mit der „Baader-Meinhof-Gruppe", der Rote-Armee-Fraktion sympathisierten.

Damals schrieb der „Rote Morgen" in einem Extrablatt mit der Überschrift „Die Mörder sitzen in Bonn" dazu: „Wir wissen, daß viele Menschen mit der RAF sympathisieren, daß sie den Mut, die Selbstaufopferung, die Einsatzbereitschaft dieser Revolutionäre bewundern. Wir sagen dazu mit Lenin: ‚Wir sind weit entfernt von dem Gedanken, heldenmütigen Sonderaktionen jede Bedeutung abzusprechen, aber es ist unsere Pflicht, mit aller Energie davor zu warnen, sich am Terror zu berauschen, ihn als das wichtigste und hauptsächliche Kampfmittel zu betrachten...' "

Gleichzeitig schrieben wir: „Was wir scharf ablehnen müssen, ist, daß sinnlos das Leben von Arbeitern und Angestellten, von Menschen des Volkes gefährdet wird. Daß idiotisch, wie in München, Parkplätze, auch wenn sie vor dem Landeskriminalamt liegen, in die Luft gesprengt werden." Und wir warnten: „Es ist in Zukunft damit zu rechnen — und es deutet sich bereits an—, daß der Klassengegner selbst — wie schon beim Reichstagsbrand 1933 — Provokationen unternehmen wird, daß er Bombenanschläge gegen die Bevölkerung begeht, um diese gegen alles, was links ist, aufzubringen, um die fortschreitende Faschisierung, um alle Terrormaßnahmen und alle Verfolgungen zu rechtfertigen."

Und genau das traf ja auch ein: von Bomben im Bremer Hauptbahnhof, als es zeitweilig um die RAF ruhig geworden war, bis zur spektakulären Flugzeugentführung nach Mogadischu. Und damit wird es sicher kein Ende haben. Der Bourgeoisie oder auch einzelnen objektiv in ihrem Sinne handelnden Provokateuren, die sich RAF oder ähnlich nennen, wird schon noch etwas einfallen.

Von Anfang an hat sich die Partei — entgegen anders lautenden Zwecklügen der gleichgeschalteten bundesdeutschen Presse — von der RAF, von ihren sogenannten Theorien distanziert: von ihrem Terrorismus, wie er in der Organisierung politischer Attentate ohne Zusammenhang mit dem revolutionären Kampf der Massen zum Ausdruck kommt; von ihrem Blanquismus, der die Erlösung der Menschheit von der Lohnsklaverei nicht vom Klassenkampf des Proletariats, sondern von der Verschwörung einer kleinen Minderheit von Intellektuellen erwartet; von ihrer Theorie des „äußeren Anstoß", des kleinen Rädchens der revolutionären Intellektuellen, das das große, die Arbeiterklasse, antreiben muß, die besagt, daß die Arbeiterklasse und die übrigen Werktätigen, da sie unfähig seien, sich zum revolutionären Kampf zu erheben, von außen durch spektakuläre Aktionen aufgerüttelt werden müssen; von ihrer Leugnung der Notwendigkeit der marxistisch-leninistischen Vorhutpartei des Proletariats und anderen opportunistischen Theorien mehr.

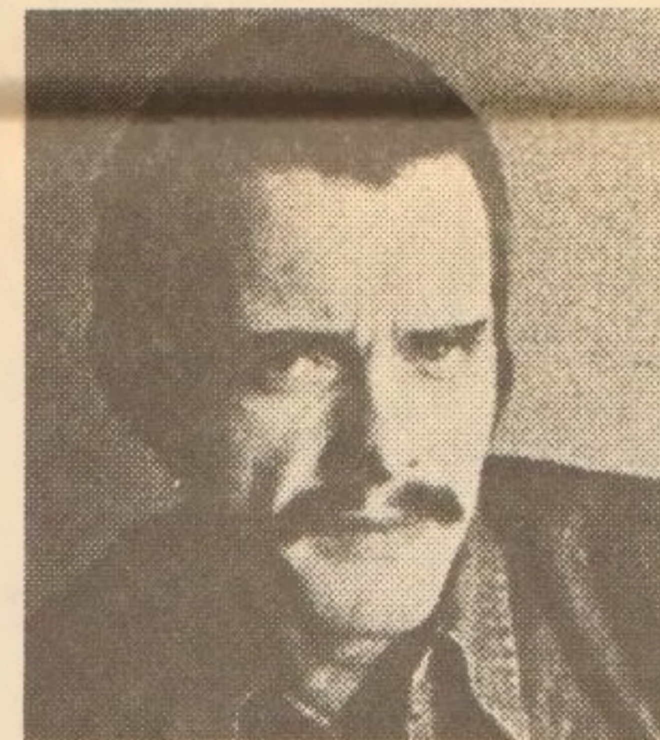
Doch während wir uns distanzierten, die opportunistische Theorie und Praxis der RAF angriffen, differenzierten wir zugleich, schrieben wir in unserem Extrablatt vom Juni 1972: „Doch darf uns das nicht dazu verleiten, im Freund den Feind und im Feind den Freund zu sehen. Oder wie die DKP jämmerlich zu zetern, die Baader-Meinhof-Gruppe beschwöre die Gefahr des Faschismus herauf. Diese Logik läuft darauf hinaus, alles abzulehnen, was die Herrschaft der Kapitalisten gefährden könnte, da diese dann mit faschistischer Gewalt antworten würden. Darauf hinaus, den Massen, wenn sie bereit dazu sind, die Revolution zu verbieten."

Terror: ein weltweites Problem

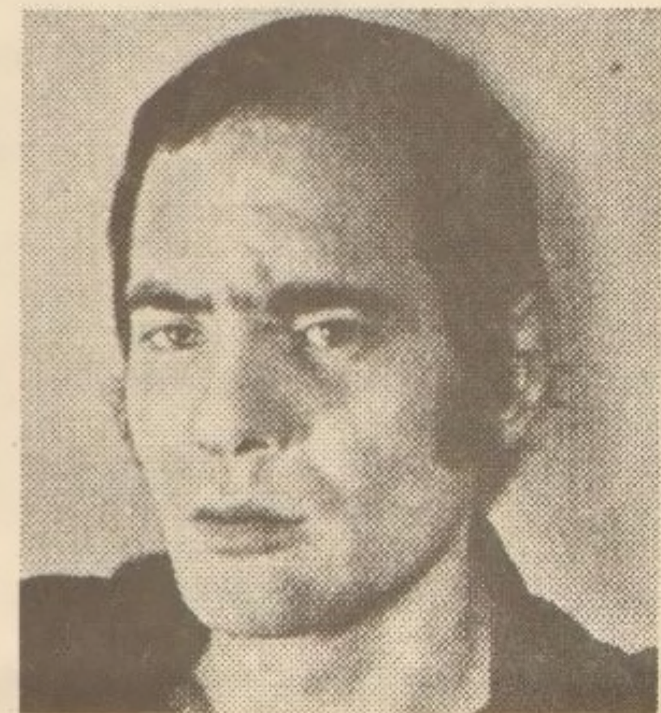
Genossen, die Frage des Terrors, des Terrorismus, das was wir und das was die Bourgeoisie darunter versteht, ist heute ein wichtiges, ein weltweites Problem. Ein Problem, dessen Bedeutung im Laufe der sich zwangsläufig verschärfenden Klassenkämpfe noch wachsen wird. Überall wächst die Unruhe, wachsen infolge der all-



Gudrun Ensslin



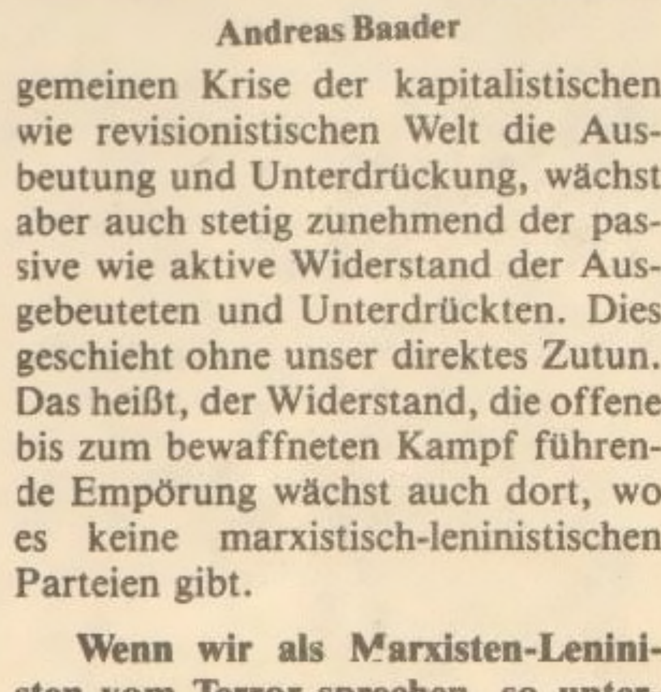
Jan-Carl Raspe



Andreas Baader



Irmgard Möller



gemeinen Krise der kapitalistischen wie revisionistischen Welt die Ausbeutung und Unterdrückung, wächst aber auch stetig zunehmend der passive wie aktive Widerstand der Ausgebeuteten und Unterdrückten. Dies geschieht ohne unser direktes Zutun. Das heißt, der Widerstand, die offene bis zum bewaffneten Kampf führende Empörung wächst auch dort, wo es keine marxistisch-leninistischen Parteien gibt.

Wenn wir als Marxisten-Leninisten vom Terror sprechen, so unterscheiden wir zuerst einmal zwischen dem konterrevolutionären Terror der herrschenden Klasse und dem revolutionären Terror der Ausgebeuteten und Unterdrückten, der Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen. Denn was heißt Terror im Sinne des Wortes? Es heißt Gewaltanwendung, die bis zur physischen Vernichtung des Gegners geht. **Insofern ist der Terror eine Kriegshandlung, deren Anwendung vom Klassenstandpunkt aus beurteilt werden muß.**

Niemals in der Geschichte der Menschheit haben die herrschenden Klassen auf die Anwendung von Gewalt und Terror gegen die von ihnen Beherrschten verzichtet. Die Bourgeoisie als letzter Sproß der Ausbeuterklassen zeichnet sich dabei durch besonderen Sadismus, durch besondere Grausamkeit aus. Natürlich unterscheidet sich die Anwendung von Gewalt und Terror graduell und steigert sich je nach Gefährdung der Herrschaft der Bourgeoisie, des Kapitalismus.

Dort, wo sich die Bourgeoisie am sichersten fühlt, wo ihre sogenannte bürgerlich-parlamentarische Demokratie, die nichts anderes ist als eine verschleierte Form ihrer Diktatur, noch voll funktioniert, wie z. Zt. zum Beispiel in Schweden, in Dänemark, ist die Anwendung von Gewalt und Terror gegen die Werktätigen noch relativ gering. Je mehr sich ihre Gefährdung steigert, was sich absolut nicht immer in Massenstreiks und -demonstrationen ausdrücken muß, greift sie zu Gewalt und Terror. Das beginnt in der Regel mit der Verfolgung, dem Terror gegen die Arbeiterklasse, deren fortschrittlichsten Teil, ihre revolutionäre Vorhutpartei, erstreckt sich aber auch auf deren Bündnispartner z. B. die Bauern, die fortschrittliche Intelligenz.

Das beginnt mit Verfolgungsmaßnahmen wie den aus politischen Gründen erfolgenden Entlassungen aus den Betrieben, Berufsverboten, mit der Verfolgung der kommunistischen aber auch fortschrittlich-demokratischen Agitation und Propaganda, dem Justizterror, der Einschränkung bzw. Aufhebung der demokratischen Rechte des Volkes, der Einkerkerung politischer Gegner, steigert sich über den Polizeiterror, die Einschüchterung ganzer Bevölkerungsgruppen wie anläßlich der Schleyer-Entführung, den brutalen Polizeieinsatz gegen Streikende und Demonstranten, den Meuchelmord an Führern und Anhängern der revolutionären Bewegung, besonders der revolutionären kommunistischen Parteien und Arbeiterorganisationen, bis hin zur Errichtung der offenen faschistischen Diktatur, der Folter und des Massenmordes, der „Endlösungen" in Gefängnissen und KZs.

Das geht natürlich nicht rein schematisch vor sich. **Wieweit die Bourgeoisie ihren konterrevolutionären Terror, ihre konterrevolutionäre Gewalt ausüben kann, hängt weitgehend auch vom Widerstand der Arbeiterklasse, der werktätigen Schichten des Volkes ab.** So kann es geschehen, daß zur gleichen Zeit auf einem so begrenzten Raum wie Westeuropa ein Volk, wie das portugiesische, sich von einer faschistischen Herrschaft befreit und sich weitgehende demokratische Rechte und Freiheiten erkämpft, während zur gleichen Zeit in der deutschen Bundesrepublik diese Rechte und Freiheiten laufend abgebaut werden, die Faschisierung vorangetrieben wird.

Es ist ja kein Märchen, ich habe mich persönlich davon überzeugen können, in Portugal kann unsere Bruderpartei — für uns unvorstellbar — gegenwärtig die Büchertische mit ihrer Agitation und Propaganda ungehindert in den Betrieben aufstellen. Die Mauern sind nicht nur mit revolutionären Losungen, sie sind mit großen revolutionären Gemälden geschmückt. Ohne mit Verfolgung, Geldstrafen bzw. Gefängnis rechnen zu müssen, können dort, wie auch in anderen westeuropäischen Ländern, die Revolutionäre ihre Plakate an

Häuser und Mauern kleben. Und vergleicht man die in der Bundesrepublik durch das reaktionäre BVG eingeschränkten Arbeiterrechte, Streik-, Betriebs- und gewerkschaftlichen Rechte mit denen in anderen westeuropäischen Ländern, so sieht man, wie weit Reaktion und Terror bei uns schon wieder gediehen sind.

Polizeistaat deutsche Bundesrepublik

Zwar ist die deutsche Bundesrepublik z. Zt. noch kein faschistischer bzw. sozialfaschistischer Staat, vergleichbar mit den lateinamerikanischen Diktaturen oder den osteuropäischen revisionistischen Ländern, doch innerhalb Westeuropas ist sie neben Spanien einer der reaktionärsten Staaten, ein brutaler Polizeistaat mit faschistischen, imperialistischen Großmachtallüren. Nicht von ungefähr kam es in anderen Ländern angesichts der von ausländischen Zeitungen als „Schmidts Endlösung von Stammheim" apostrophierten Vorgängen zu zahlreichen Demonstrationen und Anschlägen auf deutsche Einrichtungen und Firmen. Eine „antideutsche" Kampagne, heulte die gleichgeschaltete westdeutsche Presse. Nein, **keine antideutsche, sondern eine antifaschistische Kampagne,** die unsere volle Zustimmung findet.

Da holt man mit stillschweigender Billigung der Bundesregierung einen Kriegsverbrecher und faschistischen Massenmörder aus einem italienischen Gefängnis, stellt ihn hier unter Polizeischutz; da werden in Kiel Antifaschisten, die dem Treiben der Neonazis entgegentraten, zu Gefängnisstrafen ohne Bewährung verurteilt; da laufen Hitlerfilme in den Kinos, werden in Büchern und Illustrierten ehemalige Größen des III. Reiches wieder hoffähig gemacht; da hat eine SS und NSDAP-Kamarilla von Ehemaligen, soweit sie nicht selbst noch in Amt und Würden ist, für die Heranbildung eines Nachwuchses in ihrem Geiste gesorgt. **„Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch"**, hatte Bert Brecht nach dem letzten Weltkrieg geschrieben. **Wie wahr, angesichts einer von einer faschistoiden Presse ausgelösten Pogromhetze gegen alles was fortschrittlich, was links oder gar revolutionär ist. Wie wahr, angesichts des fröhliche Urständ feiernden Geistes von gestern.**

Sicher, Brandt ist kein Schmidt, und Schmidt ist kein Strauß. Jeder spielt die ihm vom westdeutschen Finanzkapital, vom westdeutschen Imperialismus zugedachte Rolle. Brandt als der große Versöhner, er hat dafür ja sogar den Friedensnobelpreis eingefangen, Schmidt als der große Macher, siehe Mogadischu, und Strauß? Der große Führer in ein IV. Reich? So könnte es sein, braucht es aber nicht. Eine Schmidt-Strauß-Koalition macht sich ja auch ganz nett oder ein Notstandskabinett aller Parteien. **Welcher Form man sich bedient, mag dahingestellt bleiben, eines aber ist ganz sicher: Niemals wird die westdeutsche Monopolbourgeoisie abtreten, ohne vorher versucht zu haben, den Faschismus zu errichten.** Anzeichen dafür gibt es en masse.



Die Partei ruft zum revolutionären Kampf gegen die fortschreitende Faschisierung auf. Veranstaltung am 8. 10. in Düsseldorf.

Welche Staatsvorstellungen z. B. der Strauß hat, hat er anläßlich seiner Chile-Reise kundgetan, als er sich beeindruckt vom inneren Frieden und der politischen Stabilität des faschistischen Pinochet-Regimes zeigte, das er „nur" autoritär nannte. Was interessieren ihn schon Tausende unmenschlich Gefolterte, die mindestens 20.000 ermordeten Regimegegner, ihn, für den sogenannte Radikale und Extremisten sowieso nur Ungeziefer sind. Recht hatte er allerdings, als er sagte: „Wenn Herr Allende ermordet worden ist, dann muß ich feststellen, daß Baader, Ensslin, Raspe und Schubert ermordet worden sind." Eine zutreffende Feststellung, da Herr Allende tatsächlich ermordet wurde.

Das Märchen von Stammheim

Womit wir wieder beim konterrevolutionärem Terror der herrschenden Klasse wären. Es ist ja schon angesichts der vielen Ungereimtheiten eine gelinde Zumutung einem normal und logisch denkenden Menschen zuzumuten, das Märchen vom Stammheimer Selbstmord zu glauben: Wie kommen die Waffen — trotz rigoroser Kontrollen von Verteidigern und Häftlingen — in die Zellen der RAF-Gefangenen? Pistolen nebst Munition, pfundweise Sprengstoff nebst Zündkapseln, komplette Sprechanlagen? Baaders Waffe in einem Plattenspieler versteckt, der ihm bereits bei Beginn der Schleyer-Entführung abgenommen worden war. Jetzt reißen sie gar die Zellentrennwände ein. Vielleicht finden sie noch einen in seine Einzelteile zerlegten Hubschrauber. Wie kann sich ein Linkshänder wie Baader mit der rechten Hand, dazu noch mit einem Genickschuß, erschießen? Wieso findet man keine Fingerabdrücke auf den Pistolen? Ging alles zu schnell?

Aber die Gutachten über den Selbstmord? Nichts ist für Experten, und die hat man ja wohl, leichter, als einen Selbstmord vorzutäuschen, jemanden mit einer Schlinge zu erdrosseln und dann aufzuhängen, einen Bewußtlosen zu erschießen, ihm anschließend die Pistole in die Hand zu drücken, noch mal abzudrücken, dann sind bestimmt Schmauchspuren an der Hand. Wieso drei Schüsse in Baaders Zelle? Wollte er den Selbstmord erst mal probieren? Wieso kann eine bewußtlose Irmgard Möller sich mit einem Anstaltsbrotmesser in die Brust stechen? Vor allem, man hat uns die Stammheimer, die „RAF-Terroristen" doch immer als Leute hingestellt, die über Leichen gingen, kaltblütige Mörder, die mit ihrem Leben abgeschlossen hätten. Warum in aller Welt aber haben sie mit ihrem Waffenarsenal dann keinen Ausbruch versucht? Nichts hätte doch näher gelegen. **Wie vermutete Pfarrer Ensslin bezüglich seiner Tochter, wie schrieben Zeitungen in aller Welt: Sie sind ermordet worden!**

Es ist doch geradezu typisch für den polizeistaatlichen Terror in der Bundesrepublik, daß dies kaum jemand öffentlich zu sagen, zu schreiben wagt. Und da stellt sich dieser komische Bundesjustiz-Vogel hin und erklärt in der „Bild"-Zeitung: „Zu einer Demokratie gehört, daß jeder seine Meinung und seine Auffassung sagt." Dieser Heuchler, das hat unsere Genossen schon immerhin fast eine Million Mark Geldstrafen und zig Monate Gefängnis gekostet.

Aber zurück zu Stuttgart-Stammheim. Einschlägige Erfahrungen hat man ja in der Gegend. Erst 1974 gab es den Gefängnisskandal von Mannheim. Auch dort wurden Gefangene gefoltert und mißhandelt und kamen durch Rollkommandos der Wärter zu Tode. Und auch der Zeitpunkt für die stammheimsche „Endlösung" war günstig gewählt. Mit psychologischer Raffinesse. In der Sensationsmeldung von der geglückten Befreiung der Flugzeuginsassen in Mogadischu, so rechnete man, würde die Meldung über den „Selbstmord" der RAF-Gefangenen von Stammheim untergehen und glaubhaft erscheinen. Die Rechnung ging auf. Die provokatorische Flugzeugentführung, angeblich im Auftrag der RAF handelnder Luftpiraten, hatte viele verunsichert.

Wie war es denn bis dahin gewesen? Sicher, die im Zusammenhang mit der Schleyer-Entführung entfachte Terroristenhysterie der Bundesregierung und ihrer Presse, der sich ständig steigernde Psychoterror waren nicht ohne Einfluß auf die Bevölkerung geblieben. **Doch die Arbeiterklasse im allgemeinen reagierte wie schon früher** bei der Entführung von Lorenz, den Anschlägen auf Generalbundesanwalt Buback, den Dresdner-Bank-Direktor Ponto auch auf die Entführung des früheren SS-Führers und späteren Präsidenten der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Hanns Martin Schleyer, **relativ gelassen** nach dem Motto: Das ist nicht unser Bier, was gehen uns die Bosse und Bonzen an. Die Stimmung in den Großbetrieben drückte sich in zahlreichen Witzen aus. **In dieser Situation kam Bonn die Flugzeugentführung wie ein Geschenk des Himmels.**



Demonstration in Hamburg 1974 anläßlich des Begräbnisses von Holger Meins. Die Partei demonstriert ihre Solidarität mit dem vom Klassenfeind ermordeten Genossen.

Das war kein Prominentenjet, das war eine Lufthansamaschine mit Urlaubern aus Mallorca, also Angestellten und Arbeitern, Menschen aus dem Volk wie auch die Flugzeugbesatzung. Die Stimmung in den Betrieben schlug um. Verständlich. Die Bourgeoisie nutzte die Gunst der Stunde. Jetzt war der Zeitpunkt gekommen. Tote Gefangene lassen sich nicht mehr befreien. Und so kam, was kommen mußte: Kein Sturm der Empörung, Demonstrationen, Aktionen wie noch anläßlich der Morde an Holger Meins und Ulrike Meinhof. Dabei hatten die Stammheimgefangenen nicht den geringsten Einfluß auf die Flugzeugentführung, sie lehnten sie nach Darstellung des Bundeskanzleramtes sogar ab. Die Rechnung der Bourgeoisie ging auf. Waren noch zur Beerdigung von Ulrike Meinhoff 5.000 Menschen gekommen, so kamen zur Beerdigung der drei nur noch 1.300. Jeder der Trauernden wurde polizeilich registriert. Fürwahr ein „freiheitlicher Rechtsstaat".

War die Verwirrung, das Zurückweichen vor dem massiven Terror der Bourgeoisie allgemein auch verständlich, so doch nicht im „Roten Morgen". Hatte die Schlagzeile in Nr. 46/1974 des „Roten Morgen" zum Tode Holger Meins noch geheißen: „Genosse Holger Meins zu Tode gefoltert!", so spielte sich in dem auf den Mord von Stammheim folgenden „Roten Morgen" außer den 20 Zeilen auf Seite zwei nichts ab. Dafür auf Seite sechs der ganzseitige Artikel „Unsere Haltung zur RAF". Eine scharfe Distanzierung, zwar richtig, die aber zu diesem Zeitpunkt auf die Leser des „Roten Morgen" so wirken mußte, als ließe uns die „Endlösung von Stammheim", der Tod dieser drei Revolutionäre völlig kalt, bzw. handele es sich bei ihnen gar nicht um Revolutionäre, wie wir früher geschrieben hatten, sondern um Konterrevolutionäre.

Das war Terror

Genossen, was da in Stammheim passierte, war konterrevolutionärer Terror in seiner brutalsten Form. Schon die Fragestellung „Mord oder Selbstmord?" war falsch und ging nicht vom Klassenstandpunkt aus. So schrieben wir ja auch nicht beim Tode von Holger Meins. Ihn nannten wir einen „von der Bourgeoisie ermordeten Revolutionär", obwohl wir natürlich wußten, daß er infolge seines Hungerstreiks verstarb. So steht die Frage für uns auch gar nicht. Aus welchem Grunde auch immer ein politischer Gefangener (und damit meinen wir solche, die für Fortschritt und Sozialismus kämpften) in den Kerkern der Bourgeoisie sein Leben läßt, sei es, infolge seines Hungerstreiks gegen Isolationsfolter, sei es, daß er selbst Hand an sich legt, sei es, daß man ihn umbringt, immer geht sein Tod aufs Konto des Klassengegners, der Bourgeoisie, und ist für uns im weitesten Sinne des Wortes: Mord! Oder unterscheiden wir bei den in den KZs ums Leben gekommenen etwa auch, soundsoviel wurden von den SS-Schergen erschlagen und soundsoviel starben durch Selbstmord? Nein, sie alle wurden vom Klassengegner ermordet!

Natürlich könnte man einwenden, aber wir sind doch des öfteren gezwungen, wie Lenin es nannte, eine Sklavensprache zu sprechen, hätten wir auf Seite eins des „Roten Morgen" mit einer Schlagzeile gegen die Morde von Stammheim protestiert, dann wäre der „Rote Morgen" womöglich beschlagnahmt worden. Möglich schon, doch nicht sicher. Ihr wißt, daß auch ich dagegen bin, durch unnötige Kraft- bzw. Reizworte, verbale Beleidigungen u. ä., die in der Sache nichts bringen, Beschlagnahmungen des „Roten Morgen" und die darauf folgenden Prozesse zu riskieren. **Doch es gibt Situationen, da muß die Partei klar, eindeutig und für möglichst viele hörbar ihre Stimme erheben. Da muß sie die wütenden, massiven Angriffe der Bourgeoisie mit einem konzentrierten Schlag beantworten.** Solche Situation aber war klar und eindeutig bei dem Massaker von Stammheim, wie auch bei der den Werktätigen aufgezwungenen provokatorischen Schweigeminute zum Tode Schleyers gegeben.

Warum wohl reagierte die Arbeiterklasse, wo dies örtlich geschah, wo die Genossen — wie in Hamburg — mit einem Flugblatt „Für Schleyer keine Feier" die Provokation der Bourgeoisie konterten, **mit freudiger, teils begeisterter Zustimmung? Weil sie den Bauch voller Wut hatte.** Wochenlang hatte man auf sie eingetrommelt, wollte man sie zwingen, sich mit einem Typ wie dem Schleyer, in dem sich für sie die Kapitalistenklasse symbolisierte, solidarisch zu erklären. Die Arbeiterklasse spürte auch, daß es den Herrschenden gar nicht so sehr um den Schleyer ging, den hatten sie von Anfang an abgeschrieben, sondern, daß sie die Gelegenheit nutzten, um mit massiven Repressalien und konterrevolutionärem Terror den Arbeitern, den Werktätigen klarzumachen: daß sie sich bei einer unausbleiblichen Verschärfung der Krise ja nicht unterstehen sollten, etwa mit revolutionärer Gewalt gegen die kapitalistische Herrschaft aufzumucken. Auf der gleichen Ebene lag auch die Verbotsdrohung gegen unsere Partei.

Das aber ist des Pudels Kern. Sicher haben die Kapitalisten und ihre beamteten Diener auch Angst um ihr eigenes „kostbares" Leben. Ihre auf Kosten der Steuerzahler gekauften gepanzerten Luxuslimousinen, ihre angeheuerten Gorillas sprechen eine beredte Sprache. Sogar Ministergattinnen werden beim Gassigehen mit ihrem Hündchen von zwei dieser Typen begleitet. Doch in Wirklichkeit wissen auch sie, daß dies alles Show, Masche ist. Was will das Dutzend sogenannter von den Massen weitgehend isolierter „Terroristen" schon machen.

Der Bourgeoisie, national wie international (Bonn stand während der Schleyer-Entführung nicht nur mit Ostberlin, sondern auch mit Moskau in Verbindung) geht es bei ihrer weltweit angeleierten Antiterrorismus-Kampagne um nichts anderes, als um die Bekämpfung, die Diffamierung jedweder berechtigten, jedweder revolutionären Gewalt, sowohl im nationalen Befreiungs-, als auch im Klassenkampf. Dabei arbeiten ihr die modernen Revisionisten, sowohl die sowjetischer Spielart, wie auch die Euros und „Drei-Welten-Theoretiker" gezielt in die Hände. **Sie alle eint ihr Haß auf die Revolution, die revolutionäre Gewalt der Ausgebeuteten und Unterdrückten, die ihrer kapitalistischen Ausbeuterordnung früher oder später ein Ende setzen wird.**

Solidarität mit den vom Klassenfeind verfolgten Revolutionären

Genossen, die Partei befindet sich in einer ausgezeichneten Situation. Jetzt, wo wir die Partei auf der Grundlage unseres Programms im Kampf gegen alle Opportunisten vereint haben, dabei sind, die Überreste des Sektierertums zu beseitigen, die uns in der Vergangenheit oftmals daran gehindert haben, uns enger mit den Massen zu verbinden: jetzt, wo wir das RGO-Programm entwickelt haben, wo das Jugendkampfprogramm zur Diskussion in die Rote Garde geht, wo es die Genossen immer besser lernen, sich in der Aktion mit den Werktätigen zu verbinden, müssen wir äußerst wachsam sein. Wachsam, daß wir uns nicht darauf beschränken, diese Kämpfe im Rahmen der bürgerlichen Legalität zu belassen, sondern, daß wir sie in Angriffskämpfe auf die Bastionen der Bourgeoisie verwandeln; **daß wir stets daran denken, diese Kämpfe so zu führen, daß sie die Massen zur gewaltsamen Revolution erziehen.**

Das heißt auch, keinen Schritt zurückzuweichen — wie teilweise geschehen —, wenn die Bourgeoisie uns zwingen will, unter welchem Vorwand auch immer, auf die offensive Propagierung der revolutionären Gewalt zu verzichten oder Verrat zu üben an Grundsätzen, die wir im „Roten Morgen" Nr. 27/1973 so formuliert haben: „Für die KPD/ML ist klar, daß auch schwerwiegende Meinungsverschiedenheiten zu anderen Organisationen und Genossen niemals die Solidarität mit ihnen beeinflussen dürfen, wenn sie vom Klassenfeind verfolgt werden."

Damals haben wir in der gleichen Ausgabe des „Roten Morgen" auch geschrieben: „Deshalb war und ist es für unsere Partei keine Frage, daß sie sich mit den Genossen der RAF („Baader-Meinhof-Gruppe") solidarisiert, wenn diese mit beispiellosem Terror, der bis zu Mord und Folterung im Gefängnis (durch Isolierhaft) geht, verfolgt werden." **Und das gilt auch heute noch** denen gegenüber, die wegen revolutionärer Aktionen im Gefängnis sind, denn etwas anderes zu sagen, hieße den Argumenten der Bourgeoisie folgen, daß es sich bei den RAF-Inhaftierten nicht um politische Gefangene, sondern um gewöhnliche Kriminelle handele. Ja, selbst bei Kriminellen, d. h. im Prinzip, lehnen wir Folter und Mord ab.

Sicher, es ist nicht immer ganz einfach zu entscheiden, ob jemand im Klassenkampf noch auf unserer Seite der Barrikade steht, oder ob er bereits ins Lager des Klassengegners übergewechselt ist. Das hängt weitgehend von den Umständen ab. So kann es Zeiten geben, z. B. bei fortschreitender Faschisierung, bei der Errichtung der offenen faschistischen Diktatur, in denen wir Solidarität üben mit, sagen wir einmal fortschrittlichen bürgerlichen Demokraten oder auch Reformisten, wenn sie vom Klassengegner politisch verfolgt werden und keine üblen Antikommunisten oder gar Sozialfaschisten sind. Solidarität üben heißt in diesem Fall ja nicht, sich mit den Ansichten und Auffassungen desjenigen zu identifizieren mit dem man sich solidarisiert.

Im allgemeinen gilt für die Solidarisierung mit politischen Gefangenen, will er den Sturz der herrschenden Klasse, ist er für die Beseitigung des Systems der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, für die Errichtung des Sozialismus und wird er deswegen von der Bourgeoisie verfolgt. Das deswegen ist wichtig. Denn z. B. werden unter Umständen auch Leute verfolgt, im Osten die sogenannten Dissidenten, nicht etwa, weil sie den Sozialismus wollen — im Gegenteil, sie sind glühende Antikommunisten und hassen Stalin wie die Pest —, sondern weil ihnen ihre Art Kapitalismus nicht paßt und sie mehr für die westliche Spielart sind. Umgekehrt gibt es bei uns auch Menschen, denen der neue Kapitalismus im Osten am Herzen liegt, wie den Bonzen der DKP, und die deswegen manchmal, wenn auch recht selten, von der hiesigen Bourgeoisie verfolgt werden, Agenten, Sozialfaschisten, für die wir natürlich keinen Finger krumm machen.

Auf welcher Seite der Barrikade?

Wie steht es nun aber mit der RAF? Steht sie noch auf unserer Seite der Barrikade? Wie alles begonnen hat, ist ja bekannt. Die da im Jahre 1972 in Westdeutschland den bewaffneten Kampf aufnehmen wollten, getreu ihren Vorbildern „Mao, Fidel, Ché, Giap, Marighela" wie sie schrieben, waren zumeist Intellektuelle, kamen in ihrer Mehrzahl aus der revolutionären Studentenbewegung Ende der sechziger Jahre und waren erfüllt von berechtigtem Haß auf den Imperialismus, die Kriegsverbrechen des USA-Imperialismus in Vietnam und die brutale Herrschaft des Kapitalismus.

Sie verstanden sich selbst als eine revolutionäre Elite, propagierten die Stadtguerilla nach lateinamerikanischem Vorbild und waren — in Ermangelung einer revolutionären Situation und weil sie sich nicht unter die Führung durch eine marxistisch-leninistische Partei stellten, die sie nicht anerkannten und für nicht notwendig hielten — gescheitert bevor sie noch recht zu kämpfen begonnen hatten. Das alles besagt etwas gegen ihr politisches Urteilsvermögen aber nichts gegen ihren persönlichen Mut, ihre revolutionäre Einsatzbereitschaft.

Das war auch der Grund, weswegen wir uns um sie bemühten, weswegen wir sie als Revolutionäre bezeichneten, die es für unsere Sache, die des Marxismus-Leninismus, zu gewinnen galt. Auch Lenin hatte solche Menschen als „Revolutionäre" bezeichnet, als er schrieb: „Glücklicherweise sind die Zeiten vorbei, da in Ermangelung eines revolutionären Volkes, einzelne revolutionäre Terroristen die Revolution ‚machten'. Die Bombe hat aufgehört die Waffe einzelner ‚Bombisten' zu sein. Sie wird unentbehrliches Zubehör der Volksbewaffnung." (Lenin, Bd. 23, S. 121)

Im Gegensatz zu den modernen Revisionisten, den Reformisten, waren sie für den bewaffneten Kampf, die Revolution. Doch sie berücksichtigten nicht, daß für den bewaffneten Kampf eine revolutionäre Situation Voraussetzung ist, **daß auch ein Revolutionär, ein Partisan, ein Guerillero, will er Erfolg erringen, im Volke schwimmen muß, wie ein Fisch im Wasser.** Sie aber waren wasserscheu. Von dem Augenblick an, als sie ihre ersten wenigen Aktionen (Frankfurt, Heidelberg u. a.) unternommen hatten, begann ein für sie verhängnisvoller Kreislauf.

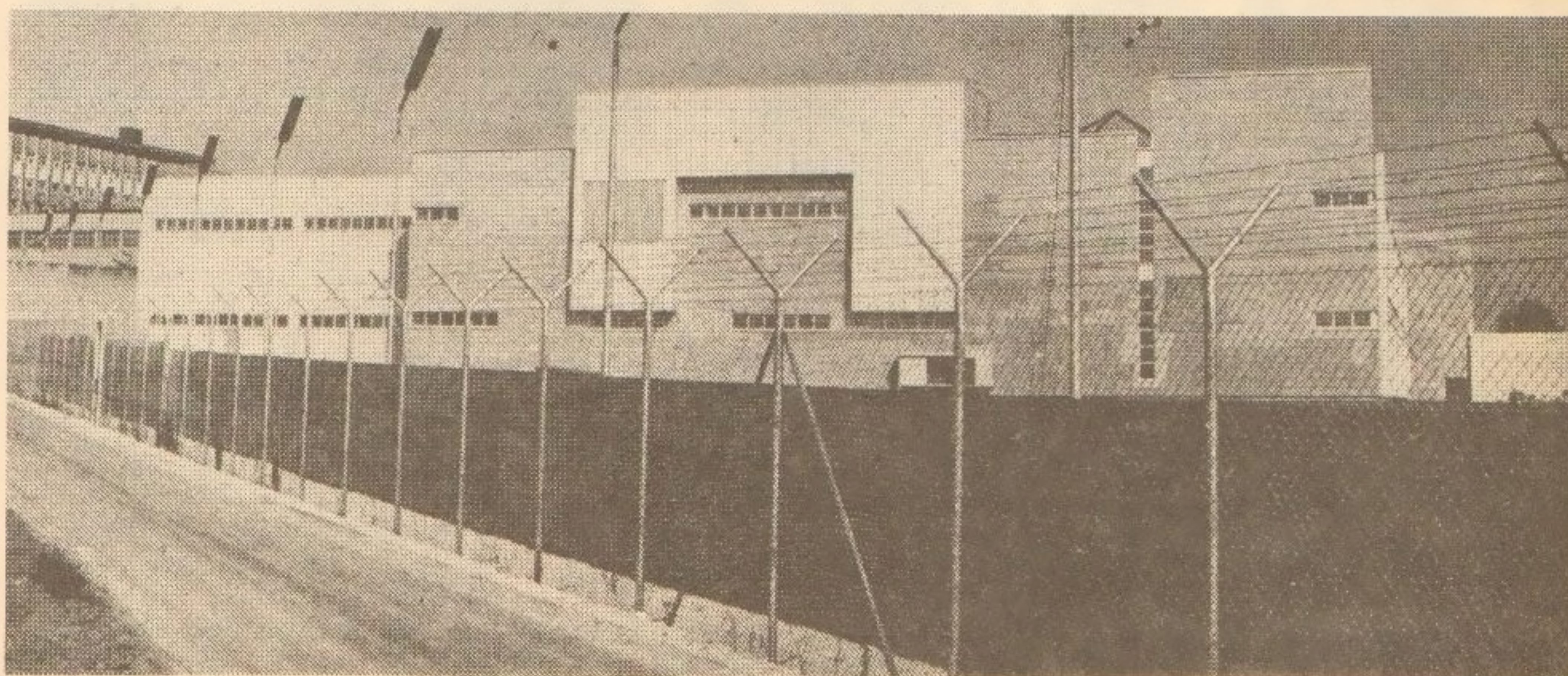
Die Bourgeoisie setzte Himmel und Hölle in Bewegung, um sie zu fassen. Das hieß für sie untertauchen, tiefste Illegalität. Um leben zu können, da sie keine Organisation hinter sich hatten und von den Massen isoliert waren, mußten sie sich Geld besorgen, durch Banküberfälle. Das aber bedeutete eine weitere Gefährdung. Schließlich geschah das Unabwendbare, sie wurden geschnappt. Viele Hunde sind des Hasen Tod. Und es ging weiter. Die, die noch draußen waren, wollten die, die drinnen waren, befreien. Lorenz-Entführung. Es klappte, die Bourgeoisie gab nach. Aber nur für wenige. Es ging weiter: Stockholm, Drenkmann, Ponto, Schleyer; alles Versuche, die Inhaftierten zu befreien. Die Bourgeoisie schaltete auf stur. Das mußte sie auch, wollte sie nicht ihr Gesicht verlieren. Schleyer war von Anfang an abgeschrieben, es sei denn, man hätte eine Möglichkeit gefunden, ihn zu befreien.

Es war klar: Von jetzt ab würde keine Geiselnahme mehr zur Befreiung von Inhaftierten führen. Die Bourgeoisie demonstrierte ihre Brutalität. Selbst die Zusicherung der in Stammheim Inhaftierten — will man der Dokumentation der Bundesregierung Glauben schenken — nach ihrer Freilassung ins Ausland nicht zurückzukehren und zu versuchen, die Genossen zur Einstellung des sinnlosen Kampfes zu veranlassen, nutzte nichts. **Bonn wollte Blut! Wollte die rigorose Abschreckung für alle Fälle. Wollte den sogenannten Terrorismus nicht sterben lassen, den man für die weitere Faschisierung braucht.**

Es war die Tragik der Stammheimer Genossen Gudrun Ensslin, Andreas Baader und Jan-Carl Raspe, der Genossin Ingrid Schubert und vor ihnen Ulrike Meinhoff und Holger Meins sowie der Genossen Thomas Weißbecker, Georg von Rauch und Petra Schelm, nicht erkannt zu haben, daß Mut, persönliche Einsatz- und Opferbereitschaft sinnlos sind, wenn sie sich nicht einordnen in die Strategie und Taktik der revolutionären Vorhutpartei des Proletariats, der marxistisch-leninistischen Partei, die allein fähig und in der Lage ist, das Proletariat und die übrigen werktätigen Schichten zum Sieg über seine Feinde zu führen. **Doch trotz ihres grundlegenden politischen Irrtums werden sie als kleinbürgerliche Revolutionäre in der Geschichte der Befreiung des deutschen Volkes von Ausbeutung und Unterdrückung weiterleben.**

Ein negatives Lehrbeispiel

Die Geschichte der RAF ist ein Lehrbeispiel für die Ausweglosigkeit kleinbürgerlichen Terrorismus, seines revolutionären Beginns und seines Endens in konterrevolutionären Aktionen. Schaut man sich die ersten Schriften der RAF an, wie z. B. die offensichtlich von Ulrike Meinhoff geschriebene „Dem Volk dienen", so sind zwar auch schon hier verschiedene spätere reaktionäre Anschauungen angelegt, doch tritt sie noch einer Unterschätzung, einer Verachtung der Massen mit Argumenten wie „Sie sehen in der gewerkschaftlichen Unorganisiertheit des Proletariats nur die Unorganisiertheit, nicht das Mißtrauen gegen die Gewerkschaftsbürokratien als Komplizen des Kapitals." u. a. entgegen. Das ändert sich erst in späteren Veröffentlichungen, deren arrogante, massenverachtende Anschauungen auf einen gewissen Herrn Mahler schließen lassen.



Stammheim — Symbol für den Polizeistaat Bundesrepublik

Von Heidelberg bis Mogadischu, ein Weg von der revolutionären bis zur konterrevolutionären Aktion. Doch so einfach ist die Sache nicht: **Die da in Heidelberg die Bomben im US-Hauptquartier zündeten waren nicht die gleichen wie die, die sich in den Besitz der Lufthansamaschine setzten.** Und doch gibt es eine Zwangsläufigkeit. Wer — wie auch Ché Guevara — versucht, Revolution ohne das Volk zu machen, der mag anfangs dem Proletariat, den Bauern gegenüber freundlich, noch nicht feindlich gesinnt sein, je mehr im Verlaufe des Kampfes sich jedoch seine Isolierung von den Massen zeigt, um so mehr wird er dazu kommen, seine Aktionen auch gegen das Volk zu richten, was schließlich zu einer noch weiteren Isolierung, zur endgültigen Niederlage führt. **Die Grenze zwischen einem kleinbürgerlichen Revolutionär und einem Konterrevolutionär ist offensichtlich dort erreicht, wo er seine Aktionen, seine Anschläge, seinen Terror gegen das Volk zu richten beginnt.**

Das Entstehen kleinbürgerlicher, revolutionärer Bewegungen, die sich der Mittel des Terrors bedienen, geschieht, wie ich anfangs sagte, zwangsläufig. Ein typisches Beispiel aus unserer Geschichte, das noch gar nicht so lange zurückliegt, ist die revolutionäre Bewegung des norddeutschen Landvolks vor 1933 während der Zeit der Weltwirtschaftskrise. Ihr kennt die Vorgänge aus dem Buch „Bauern, Bonzen, Bomben" von Hans Fallada. Damals trieb die Not die Bauern zur Errichtung eines Selbstschutzes für ihre Dörfer, um das Eindringen der Staatsmacht in Form von Gerichtsvollziehern und Polizei zu verhindern, gleichzeitig sprengten sie, um auf ihre Notlage aufmerksam zu machen, des Nachts diverse Finanzämter in die Luft.

Diese Bewegung war revolutionär. Ihr Terror — gegen die Finanzämter — wurde von der Masse des Landvolks gebilligt. Was ihr fehlte, war die Orientierung auf den Sozialismus, war das enge Bündnis mit dem Proletariat unter der Führung seiner revolutionären Partei. Damals bemühte sich die Partei — leider zu spät — im scharfen Kampf gegen die Faschisten um die Herstellung dieses Bündnisses. Doch die revolutionären Bauernführer von damals, ihre Namen leben heute fort. **Während Namen wie Heim, Volk, Rathjen usw. an der Küste um Dithmarschen noch lebendig sind, sind jene, die sie hinter Zuchthausmauern warfen, schon längst vergessen.**

Doch läßt sich die revolutionäre Landvolkbewegung Ende der zwanziger, Anfang der dreißiger Jahre mit der RAF vergleichen? Keinesfalls! Die erste, eine revolutionäre Bewegung werktätiger Bauern gegen Ausbeutung, Not und Unterdrückung, die sie direkt betrifft, die zweite, eine revolutionäre Bewegung einer Handvoll lebensfremder, idealistisch gesinnter Intellektueller. Aber, so könnte man sagen, die Bauern waren doch nicht für den Sozialismus, während die RAF antiimperialistisch und für den Sozialismus ist.

Ist sie das? Ist sie für den Sozialismus? Ganz zu Anfang sprach sie noch ab und zu mal von der Notwendigkeit der „Diktatur des Proletariats", heute ist dieser Begriff aus ihrem Sprachschatz verschwunden. Und antiimperialistisch? Auch hier ist sie auf einem Auge blind. Konnte man anfangs noch annehmen, sie hätte das Entstehen der sozialimperialistischen Supermacht noch nicht bemerkt, so muß man heute schließen, daß sie es nicht bemerken wollte, daß die Sowjetunion von heute für sie keine imperialistische Macht ist. Zweifellos gibt bzw. gab es Beziehungen zu drüben, wurde von ihr der Flugplatz Schönefeld via Naher Osten benutzt.

Wem nützen sie?

Angesichts dieses Verhaltens der RAF oder besser dessen, was von ihr an diversen Terroristen-, Anarcho- und Spontigruppen übriggeblieben ist, muß man sich allerdings fragen, wem nutzen sie. Wer steht hinter ihnen? Wem sie nutzen, in Italien deutlicher als bei uns, sind die modernen Revisionisten, die sich der Bourgeoisie als Ordnungsfaktor gegen den individuellen Terror anbieten. Den Revis kann das Bestehen solcher Gruppen nur recht sein. Und die Bourgeoisie selbst, sie nutzt die Anschläge selbstredend für ihre Zwecke, zur Verschärfung ihres konterrevolutionären Terrors gegen die Werktätigen aus. Womit wir keinesfalls sagen wollen, wie es die modernen Revisionisten tun, daß solche Art Anschläge den Faschismus hervorrufen. Das ist eine üble Lüge, die im Endeffekt dazu dient, das Volk von jedem bewaffneten Widerstand gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Faschismus, von der sozialistischen Revolution abzuhalten. Gäbe es solche Anschläge nicht, die Bourgeoisie würde sie selbst verüben, um ihren Terror zu verschärfen. Es wäre nicht das erste Mal, daß z. B. das Amt für Verfassungsschutz durch seine Agenten „verfassungsfeindliche" Organisationen gründen läßt, warum sollte man keine terroristischen gründen. **Bomben auf Cafés, Fabriken, Personenzüge, Entführungen von Flugzeugen, in denen sich Werktätige befinden, etc. sind konterrevolutionärer Terror, egal aus welchen Gründen und von wem immer er verübt wurde.**

Wir müssen bei der Einschätzung der RAF differenzieren. Genausowenig, wie man beispielsweise einen Genossen der Partei, der 1956, als die KPD zwar schon starke revisionistische Ansätze hatte, von der Bourgeoisie verhaftet und eingesperrt wurde nicht für die Entartung der Partei von 1963 verantwortlich machen konnte, können wir den schon früh verhafteten Kern der RAF-Genossen für spätere Entwicklungen verantwortlich machen. Denjenigen aber, die heute noch unter ihren massenfeindlichen Theorien, ihrer Arroganz gegenüber der Arbeiterklasse und ihrer kommunistischen Partei segelnd sich dem individuellen Terror verschrieben haben, sagen wir: Kehrt um, oder ihr werdet dort landen, wo eure geistigen Vorgänger, „Volkstümler" und „Sozialrevolutionäre" landeten, im Lager der Konterrevolution.

Wir lehnen den individuellen Terror ab, das ist klar. Warum? **Weil er eine falsche und für die revolutionäre Bewegung schädliche Taktik ist,** denn die Durchführung politischer Attentate ohne Verbindung zum revolutionären Kampf der Massen führt zur direkten Desorganisation der planmäßigen revolutionären Arbeit unter den Massen. Heißt das nun aber, daß wir gegen jede Art von Terror sind? Nein! Lenin sagte dazu: **„Grundsätzlich haben wir den Terror nie abgelehnt und können wir ihn nicht ablehnen. Er ist eine Kriegshandlung, die in einem bestimmten Zeitpunkt der Schlacht, bei einem bestimmten Zustand des Heeres und unter bestimmten Bedingungen durchaus tauglich und sogar notwendig sein kann."** (Lenin, Bd. 5, S. 7)

Wir lehnen also den Terror, auch den Terror, der sich gegen einzelne Vertreter der herrschenden Klasse oder ihre Lakaien richtet nicht

grundsätzlich ab. Wir lehnen ihn aber entschieden ab **als Taktik**, wie ihn die RAF verwendet, wir lehnen ihn ab, weil er die Massen nicht im Geist der Revolution erzieht, wir lehnen ihn ab, weil er aktive und revolutionäre Kämpfer von ihrer wichtigsten Aufgabe, sich dem Proletariat unterzuordnen und sich in seiner Partei zu organisieren, ablenkt und nicht den Kräften der Regierung, sondern denen der Revolution schadet.

Gegen konterrevolutionäre die revolutionäre Gewalt

Keinesfalls aber lehnen wir heldenmütige Aktionen, wie die der spanischen Revolutionäre, die ihren faschistischen Innenminister Carrero Blanco mittels einer Bombe samt Wagen über ein Dach und ins Jenseits beförderten, ab. Diese Aktion gab dem spanischen Volk zweifellos neuen Aufstieg in seinem Kampf gegen den Franco-Faschismus. Keinesfalls werden wir den lateinamerikanischen Peones (Bauern) kritisieren, der den ihn bis aufs Blut peinigenden Latifundista (Großgrundbesitzer) umbringt. Sicher werden auch wir unsere Genossen, sollten sie bei fortschreitender Faschisierung zu langjährigen Gefängnisstrafen, Sicherheitsverwahrung oder zum Tode verurteilt werden, versuchen aus dem Kerker zu befreien. **Und ganz sicher ist, daß die Partei auf konterrevolutionären, faschistischen Mordterror gegen die Führer und die Genossen unserer Partei mit revolutionärem Terror antworten wird.** Schon Lenin sagte: **„Gegen Leute, die so handeln wie die deutschen Offiziere bei der Ermordung Liebknechts und Rosa Luxemburgs, gegen Leute vom Schlage der Stinnes und Krupp, die die Presse kaufen — gegen solche Leute sind wir gezwungen, Gewalt und Terror anzuwenden.“** (Bd. 31, S. 237)

Natürlich auch hier hängt alles von Zeit und Umständen ab. Es wäre sinnlos und falsch, eine Partei, die noch nicht genügend in den Massen verankert ist, in den bewaffneten Kampf zu werfen. Das schließt natürlich Bestrafungsaktionen gegen faschistische Mordbanditen und ähnliches Gelichter nicht aus. Doch auch hier wäre es falsch, daraus eine Gewohnheit zu machen. So schrieb Lenin in dem „Brief an einen Genossen“: „Wir müssen den Arbeitern einschärfen, daß die Tötung von Spitzeln, Provokateuren und Verrätern zwar manchmal eine unbedingte Notwendigkeit sein kann, daß es jedoch äußerst unerwünscht und falsch wäre, daraus ein System zu machen...“.

Grundsätzlich aber gilt eines: Ohne eine revolutionäre Situation, keine Eroberung der Macht durch das Proletariat, wobei nicht jede revolutionäre Situation auch schon zur Revolution führt. Grundsätzlich aber gilt auch: **„Die Avantgarde allein in den entscheidenden Kampf werfen, solange die ganze Klasse, solange die breiten Massen nicht die Position eingenommen haben, daß sie die Avantgarde entweder direkt unterstützen oder zumindest wohlwollende Neutralität ihr gegenüber üben und dem Gegner der Avantgarde jederlei Unterstützung versagen, wäre nicht nur eine Dummheit, sondern auch ein Verbrechen.“** (Lenin, Bd. 31, S. 8)

Wie ist nun die Lage zur Zeit in Deutschland? Haben wir eine revolutionäre Situation? Natürlich nicht, weder im Osten noch im Westen unserer Heimat. Doch sicher ist, daß sich die Klassenkämpfe verschärfen, daß wir früher oder später, sowohl in der DDR als auch in der DBR auf eine revolutionäre Situation zusteuern. Wann dies sein wird, in 5, 10 oder in 15 Jahren, läßt sich nicht voraussagen. Z. B. kann es in der DDR, ähnlich wie in Polen im Jahre 1970, zu großen Streiks und Demonstrationen kommen, aus denen heraus sich bewaffnete Kämpfe gegen die Honecker-Clique, die neue Bourgeoisie und die sowjetische Besatzungsmacht entwickeln. Eine ähnliche Situation kann sich in der Bundesrepublik bei weiter steigenden Arbeitslosenzahlen und weiterer Faschisierung ergeben. Oder aber, eine revolutionäre Situation wird sich aus einem imperialistischen Krieg heraus entwickeln.

Wie dem auch sei. In den ersten zwei Fällen ist sicher, daß die Bourgeoisie des jeweils anderen Teils Deutschlands versuchen wird, die Situation für sich auszunutzen. So wird im Falle von Unruhen in der DDR die westdeutsche Monopolbourgeoisie ihre Agenten, Dissidenten, „Drei-Welten-Theoretiker“ usw. einsetzen, um eine für sie günstige Entwicklung, einen eventuellen Anschluß zu erreichen. Oder umgekehrt, im Falle des Entstehens einer revolutionären Situation in Westdeutschland werden die modernen Revisionisten der DKP sicher versuchen, sich an die Spitze der Kämpfe zu stellen mit dem Ziel sie abzuwürgen oder aber, sollte dies nicht gelingen, sie in sozialfaschistische Bahnen zu lenken.

Voran mit der Partei!

Es ist klar: Ohne die Führung durch seine revolutionäre, seine kommunistische Vorhutpartei, die KPD/ML, werden weder im Westen noch im Osten Deutschlands das Proletariat und die werktätigen Massen ihre Befreiung vom kapitalistischen Joch erreichen und Deutschland wiedervereinigen können. Das aber heißt für uns, uns in der Aktion, im Kampf immer enger mit den Massen zu verbinden und keinen Moment aus dem Auge zu verlieren, daß es unsere Hauptaufgabe ist, die ausgebeuteten und werktätigen Massen im Sinne der heranreifenden Revolution zu erziehen, sie auf sie vorzubereiten.

Was nun die Frage der RAF und Nachfolger betrifft, die Frage **des Kampfes gegen den Terrorismus als Taktik** — die systematische Organisierung politischer Attentate ohne Zusammenhang mit dem revolutionären Kampf der Massen — betrifft, so sollten wir es machen, wie die Bolschewiki es taten:

1. „Es darf aber nicht vergessen werden, daß dieser Kampf im engen Zusammenhang mit dem schonungslosen Kampf gegen den Opportunismus, der geneigt war, jegliche Anwendung der Gewalt von seiten der unterdrückten Klassen gegen ihre Unterdrücker zu verwerfen, geführt worden ist. **Wir waren immer für die Anwendung von Gewalt, sowohl im Massenkampf wie auch im Zusammenhang mit diesem Kampfe...**

2. Zweitens haben wir diesen Kampf gegen den Terrorismus mit einer jahrelangen, viele Jahre vor dem Dezember 1905 beginnenden **Propaganda des bewaffneten Aufstandes** vereinigt...

3. Drittens hatten wir uns mit der prinzipiellen Anerkennung der Gewaltanwendung und der Propagierung des bewaffneten Aufstandes nicht begnügt. Wir unterstützten z. B. vier Jahre vor der Revolution die Anwendung der Gewalt der Masse gegen ihre Unterdrücker, besonders bei Straßendemonstrationen... **Wir trachteten immer mehr auf die Organisierung eines ausdauernden und systematischen Widerstands der Massen gegenüber der Polizei und dem Militär...“** (Lenin, Bd. 23, S. 121 — Hervorhebungen d. Red.)

Das ist die Taktik, die wir im Kampf gegen den Terrorismus anwenden müssen. Organisierung des militanten Widerstandes der Massen gegen Reaktion und Faschismus. Natürlich weiß die Bourgeoisie ganz genau, daß die Gefahr für sie nicht von einem Dutzend Terroristen ausgeht. Sie macht nur in Terroristenhysterie, um ihren Terror gegen das Volk, gegen die werktätigen Massen zu verschärfen, die sie in Wirklichkeit fürchtet. Je mehr es der Partei gelingt, zum wirklichen Führer dieser Massen zu werden, um so mehr wird die Bourgeoisie uns verfolgen, wird sie auch uns als „Terroristen“ beschimpfen und Provokationen, Bombenanschläge auf Bahnhöfe usw. in unserem Namen unternehmen. Das darf uns nicht schrecken. Geduldig und unermüdlich müssen wir den Massen den Unterschied zwischen berechtigter, revolutionärer Gewalt, die sich allein gegen die herrschende Klasse, ihre Polizei- und Militärmacht richtet, und der konterrevolutionären Gewalt der Herrschenden, die sich gegen das Volk richtet, klarmachen. **Müssen wir ihnen klarmachen, daß wenn sie wollen, daß es keine Gewalt, keinen Terror mehr geben soll, sie das Gewehr in die Hand nehmen müssen, um die größten Gewalttäter und Terroristen in der Geschichte der Menschheit, die kapitalistischen Ausbeuter und Kriegsbrandstifter davonzujagen.**

98. Geburtstag J. W. Stalins



Am 21. Dezember jährt sich zum 98. Mal der Geburtstag Josef W. Stalins. Fast dreißig Jahre lang stand er in der Nachfolge Lenins an der Spitze der KPdSU (B), an der Spitze des sowjetischen Staates. Stalin war einer der herausragenden Führer nicht nur der russischen Arbeiterklasse, sondern des Weltproletariats. Er steht in einer Reihe mit Marx, Engels und Lenin. Stalin hat stets kompromißlos den Marxismus-Leninismus verteidigt und ihn in wichtigen Bereichen weiterentwickelt. Unvergessen ist seine große internationalistische Unterstützung für den Kampf der deutschen Arbeiterklasse, seine Hilfe beim Kampf um die Bolschewisierung der KPD in den zwanziger Jahren, der große Beitrag der von ihm geführten Roten Armee an der Zerschlagung des Hitlerfaschismus, die Hilfe des von ihm geleiteten Sowjetstaates für den Kampf für die nationale Einheit im Nachkriegsdeutschland.

Dieser große unbeugsame Marxist-Leninist ist von den Feinden der Arbeiterklasse stets tief gehaßt worden. Die Bourgeoisie und ihre Agenten, von den alten Sozialdemokraten bis zu den neuen Revisionisten vom Schlage der Anhänger der „Drei-Welten-Theorie“, sie alle haben gegen Stalin gegeifert und tun es noch heute. Die Marxisten-Leninisten aber, die wahrhaften Revolutionäre in der ganzen Welt werden sich stets der großen Verdienste J. W. Stalins erinnern. In ihren Herzen wird er weiterleben.

Korrespondenzen

Redaktion
„Roter Morgen"
Wellinghofer Str. 103
Postfach 30 05 26
46 Dortmund 30

Mord im Krankenhaus

Liebe Genossen, folgende Vorfälle ereigneten sich in einem Krankenhaus im Saarland.

Fall Nr. 1:

Eine Frau leidet an starker Diabetis. Obwohl ihr Zustand sich ständig verschlechtert, wird die Sache von ihrem Hausarzt durch falsche Diagnosen verharmlost und verschleppt. Erst als die Frau in ein Koma fällt, wird sie ins Krankenhaus gebracht. Sie ist bewußtlos und kommt auf die Intensivstation. Dort stellt man fest, daß ihre Venen am Arm fast verschwunden sind, weil ihr Blutdruck schon sehr niedrig ist. Wo also Blut abzapfen? Es gibt eine letzte Möglichkeit, die „Vena subclavia", die Vene unter dem Schlüsselbein. Das ist eine schwierige Sache, die nur ein Fachmann bewältigen kann. Denn man muß höllisch aufpassen, daß dabei die Lunge nicht angestochen wird.

Der diensttuende Stationsarzt ist kein Fachmann, er ist im Gegenteil als Stümper bekannt. Ein Assistenzarzt bittet ihn, die Sache ihm zu überlassen, da er schon Erfahrung mit solchen Fällen hat. Der Arzt lehnt ab, fühlt sich beleidigt, nimmt das Problem auf die leichte Schulter. Was dann passiert, ist unglaublich. Der Arzt schafft es natürlich nicht, die Vene zu treffen. In seiner Stümperhaftigkeit hat er bereits den einen Lungenflügel durchstochen. Er geht noch weiter, versucht es auf der anderen Seite, stöchert auch dort im Lungenflügel herum, hat somit die gesamte Lunge dieser Frau schon lahmgelegt — und findet die Vene nicht. Die Patientin kann nicht mehr atmen. Was macht dieser Arzt? Er schaut auf die Uhr und sagt zu meinem Schwager: „Es ist kurz vor vier Uhr. Ich mach jetzt Feierabend. Übernehmen Sie den Fall." Und damit verschwindet er.

Der Assistenzarzt, der schon zwölf Stunden durchgearbeitet hat, ergreift Sofortmaßnahmen (Wache, Tropf, usw.) und rennt zum Chefarzt, um von ihm die Entscheidung über die Weiterbehandlung einzuholen. Der schaut sich die Patientin nur oberflächlich an. „Ist gut so. Wenn irgendetwas ist, sie finden mich auf dem Fußballplatz. Dort können sie mich über Lautsprecher rufen lassen." Kaum ist er draußen, da stirbt die Frau.

Die Verwandten der Frau stellen Strafanzeige gegen die Ärzte. Was passiert? Nichts. Mein Schwager erlebt mit, wie sie sich gegenseitig decken und Absprachen sogar mit der Polizei getroffen werden.

Fall Nr. 2:

Derselbe Chefarzt. Er hat natürlich reichlich Privatpatienten, die er wie einen Schatz behütet. Der Assistenzarzt hat eines Tages Dienst auf dieser Privatstation. Er soll einer Patientin Spritzen geben. Um ihr die Sache zu erleichtern, führt er eine Kanüle in die Vene ein.

Noch an demselben Tag wird er zum Chefarzt gerufen. Er wird angeschrien, angepöbelt und fertiggemacht. Wer es ihm erlaubt hätte, die Kanüle einzuführen! Der junge Arzt ist mit den Nerven fertig. Er weiß gar nicht, was los ist. Er hat es doch nur gut gemeint. Den ganzen nächsten Tag über grübelt er nach, was er wohl falsch gemacht haben könnte. Dann erfährt er von einem Kollegen, warum der Chef so getobt hatte. Durch die Kanüle hatte er diesem sein Geschäft verdorben! Denn diese Kanülen sind zwar für den Patienten vorteilhaft, aber nicht für den Arzt. Die Kanüle ersetzt nämlich das tägliche Spritzen. An einer einzigen Spritze aber verdient der Chef 80 DM. Wäre er nicht dumm, wenn er darauf verzichten würde? Der Assistenzart auf jeden Fall hat einen unheimlichen Haß auf diese Blutsauger entwickelt!

Rot Front! Ein Genosse aus Hamburg

Freie Arztwahl?

Liebe Genossen!

Eine alte, nicht mehr gehfähige Frau will zu ihrem Frauenarzt, der im benachbarten Stadtteil wohnt. Ihr Hausarzt gibt ihr für diese Fahrt einen Taxischein. Der kommt aber von der Kasse zurück mit dem Vermerk, daß sie nicht zahlt. Begründung: Es muß der am nächsten wohnende Facharzt aufgesucht werden. Freie Arztwahl? Ja, aber nur, wenn du gesund bist und Geld hast.

Rot Front! Ein Genosse aus Bremen

Unverschämte Bespitzelung

Ein Genosse aus Hannover berichtet:

„Als ich neulich meine Eltern besuchte, erzählten sie mir, daß Polizei oder Verfassungsschutz sie wieder besucht hätten. Seit dem Ableben des Herrn Ponto ist es das dritte Mal. Man legte ihnen drei Bilder vor und erklärte, das seien drei Personen, die gesucht würden. Meine Eltern kannten sie nicht. Da wurde der Beamte frech und fauchte sie an, warum sie mich decken würden, und sie wüßten sowieso alles. Außerdem wäre ich mit verschiedenen Leuten schon bei ihnen im Garten gewesen. Heute kann man schon nicht mal mehr mit seinen Arbeitskollegen seine Freizeit verbringen, ohne daß es den Verfassungsschutz interessiert! Man drohte meinen Eltern auch, auf meiner neuen Arbeitsstelle Bescheid zu sagen. Sie wüßten schon, was das für mich heißt. Schließlich sei ich auch nach meiner Lehrzeit entlassen worden, weil ich den Mund zu weit aufgemacht hätte."

Nachdem der Genosse eine Anwältin eingeschaltet hatte, bequemte sich die Polizei zu folgender Erklärung: Es sei „ein pseudonymer Anruf eingegangen, wonach sich im Grundstück ... flüchtige Terroristen befinden sollten."

Mit dem „Roten Morgen" ins neue Jahr!

Als altes, aktives Mitglied des Rotfrontkämpferbundes und der Thälmann-KPD — legal und illegal — vor 1933 bis in den Krieg hinein, bestelle ich ab 1. 1. 78 den „Roten Morgen" halbjährlich. Die Lügen, Hetze und Entstellungen der Radiosendungen sowie der bürgerlichen Zeitungen, einschließlich der „UZ" von der Verräter- und Spitzelpartei DKP, finden bei mir keinen Anklang. Also beginne ich mit dem „Roten Morgen" das neue Jahr. Wünsche Euch alles Gute.

Mit Rot Front 1978, ein Leser des „Roten Morgen" aus Mannheim



Geschenkabonnement

Lieber Leser!

Wenn Sie jetzt überlegen, was Sie Ihren Verwandten, Freunden und Bekannten schenken können, vergessen Sie den „Roten Morgen" nicht. Wir möchten Sie darauf aufmerksam machen, daß Sie, wie in jedem Jahr, Geschenkabonnements bestellen können. Das Abonnement wird dem Empfänger ein Jahr lang zugeschickt und kostet 30 DM.

Bitte vergessen Sie bei Ihrer Bestellung nicht die genaue Anschrift des Empfängers und Ihre Adresse anzugeben.

Bestellungen richten Sie bitte an: Verlag Gertraud Schneider, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.

Die Abonnementgebühr ist im voraus auf das Postscheckkonto Dortmund 23600-465 oder auf das Bankkonto bei der Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911 zu überweisen.

Polizei terrorisierte Familie in ihrer Wohnung

Geschlagen und in Handschellen abgeführt

Es geschah am Samstag, den 10. 12. 77 in der Adolf-Stöcker-Straße in Bielefeld. Familie Mosdzen machte des nachmittags Hausputz und Wäsche. Als Herr Mosdzen mit einer schweren Badewanne voller Kinderwäsche auf den Boden ging, um sie aufzuhängen, drückte er aus Versehen im engen Flur eine Scheibe der Korridortür eines Hausbewohners ein. Er erklärte sich sofort bereit, den Schaden wieder gutzumachen. Dem Hausbewohner, der sowieso etwas gegen die Familie und die beiden „lauten Kinder" hatte, paßte dies jedoch nicht. Wegen der Glasscheibe rief er die Polizei, um der Familie eins auszuwischen.

Mit der Polizei fing der Terror an!

Als zwei Polizisten mit in Familie Mosdzens Wohnung kamen, um über den Bagatellfall zu reden, sahen sie in der Wohnstube den „Roten Morgen", das Zentralorgan der KPD/ML liegen. Man rief sofort Polizeiverstärkung herbei und fing an, die Wohnung zu durchsuchen. In kürzester Zeit waren sie zu acht.

Zwei Handkantenschläge ins Gesicht

... bekam die zierliche Frau Mosdzen, als sie nach dem Hausdurchsuchungsbefehl fragte und die Polizei aufforderte, sofort die Wohnung zu verlassen. Die Antwort war: „So etwas brauchen wir nicht", und Herr und Frau Mosdzen wurden wie Verbrecher mit Handschellen gefesselt, noch des öfteren getreten und in je einen Streifenwagen gestoßen. Der sechsmonatige Kai und die fünfjährige Michaela mußten sich die Mißhandlungen ihrer Eltern mit anhören und ansehen. Zwei Stunden durchsuchte die Polizei die Wohnung, erst dann sagte sie den Schwiegereltern Bescheid. „Die Kinder hätten wir ins Heim gebracht", wenn niemand dagewesen wäre — so die Polizei.

Die KZ-Mörder von Majdanek und der Faschist und Massenmörder Kappler laufen frei herum,

doch die rechtschaffenen Eheleute Mosdzen steckte man in den Polizeiknast. Von Samstag 18 Uhr bis Sonntag 9.30 Uhr. Dort nahm man ihnen Wertgegenstände, Ehering, Geld usw. ab. Einen Rechtsanwalt durften sie nicht anrufen. Als Frau M. nach etwas Kühlem für ihr angeschwollenes Gesicht bat, war der Kommentar: „Du Rote hast noch nicht genug gekriegt!" Die Zellen der beiden waren kalt und die ganze Nacht über beleuchtet. Als die Eheleute am Sonntagmorgen nach dem Grund der Mißhandlungen und des Knastaufenthalts fragten, bekamen sie zu hören: „Wir werden uns noch was einfallen lassen." Es gäbe auf jeden Fall eine Anklage wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt. Für die zwangsweise Übernachtung im Polizeiknast nahm man den beiden noch 1,60 DM ab. Bei der Aushändigung der abgenommenen Sachen bekam Herr M. nur einen Schuh, Frau M. hatte nur Strümpfe an, sie bekam nichts für die Füße. So mußte sie barfuß zur Taxe gehen! — Soweit ein Flugblatt der Roten Hilfe Deutschlands, das in Bielefeld verteilt wurde.

„Hausdurchsuchungen, Beschlagnahmungen, Festnahmen — das erledigt die Polizei heute auch ohne richterlichen Beschluß. Täglich erleben wir heute den Polizeistaat in Aktion", heißt es im Aufruf des Zentralkomitees der KPD/ML zum Kampftag gegen Reaktion und Faschismus am 30. Januar 1978. Was hier der Familie Mosdzen geschah, kann jedem passieren. Ja, es kann sogar noch schlimmer ausgehen. Die Polizei ist für ihren schnellen Griff zur Pistole bekannt. Allein in diesem Jahr wurden 12 Menschen von der Polizei erschossen. Deshalb fordern wir:

Kampf dem Polizeiterror! Weg mit dem geplanten Todesschußgesetz! Auflösung der Sonderkommandos des Bundesgrenzschutzes und der MEKs!

Mancher will es nicht wahrhaben, wie weit es heute in der Bundesrepublik schon wieder ist. Auch Herr Mosdzen hat nie so recht glauben wollen, daß es tatsächlich stimmt, was der „Rote Morgen" über den Terror der Polizei schreibt. Jetzt, nach diesem Überfall, meint er: „Ja, es stimmt schon, was im ‚Roten Morgen' steht." **Für seine Frau ist es keine Frage. Sie wird den „Roten Morgen" weiter beziehen und lesen — allem Terror zum Trotz.**

Kurz vor seinem Tod schrieb Andreas Baader:

'Sollten wir tot aufgefunden werden, sind wir getötet worden'

Es war wenige Tage vor seinem Tod, vor dem Tod von Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe, als Andreas Baader schrieb: „Sollten wir hier ‚tot aufgefunden werden', sind wir in der guten Tradition justitieller und politischer Maßnahmen dieses Verfahrens getötet worden." Am 10. Oktober erreichte dieser Brief das Stuttgarter Oberlandesgericht. Eine Woche später wurden die Genossen Gudrun Ensslin, Jan-Carl Raspe und Andreas Baader „tot aufgefunden".

Jetzt, Mitte Dezember, kam dieser Brief vor dem sogenannten Untersuchungsausschuß von Stammheim zur Sprache. Man ist von diesen Herren einiges gewohnt. Man weiß, daß sie nur eine Aufgabe haben, zu vertuschen, was in der Nacht vom 17. auf den 18. Oktober in Stammheim tatsächlich geschah. Und wenn sie dabei die Zellenwände einreißen müssen, wie jüngst geschehen, um auch die letzte Spur zu verwischen. Aber angesichts dieses Briefes, können sie da immer noch von Selbstmord sprechen? Sie können! Ein Richter namens Eberhard Foth, der diesen Brief vor dem Vertuschungsausschuß „erläuterte", nannte ihn einen weiteren Beweis für den Selbstmord der Stammheimer Genossen und erklärte, möglicherweise habe Baader mit diesem Brief „Verantwortlichkeiten für Selbstmorde abschieben wollen"! Zustimmung und Beifall für diese „Erläuterung" von den Herren des Vertuschungsausschusses und aller Verantwortlichen ist ihm sicher. So sicher wie der einstimmige Beifall von Hitlers KZ-Schergen für die faschistischen Lügen eines Goebbels, der noch öffentlich schwor, es gäbe keine Konzentrationslager in Deutschland, als schon Millionen in ihnen ermordet worden waren.

Am gleichen Tag, als der Brief von Andreas Baader vor dem Vertuschungsausschuß zur Sprache kam, sagte ein Gefängnisbeamter aus, er habe Mitte dieses Jahres einen Hanfstrick aus der Zelle von Jan-Carl Raspe entfernt. Dieser Strick war dem Genossen Jan-Carl Raspe zuvor vom Gefängnispersonal übergeben worden! Zusammen mit einem anonymen Brief, in dem Jan-Carl Raspe aufgefordert wurde, sich aufzuhängen! Dazu Richter Foth, verantwortlich für die Postzensur: Wie dieser Strick durch die Zensur gekommen sei, könne er nicht erklären. Natürlich nicht. Denn würde er es öffentlich erklären, dann wäre auch dem letzten klar, was in Stammheim gespielt wurde und wird.

Eine hat die Blutnacht von Stammheim überlebt — Irmgard Möller. Sie hat in den letzten Wochen mit einem Hunger- und Durststreik dafür gekämpft, aus ihrer vollständigen Isolation befreit und mit Verena Becker und Sabine Schmitz wenigstens zeitweise zusammensein zu können. Angesichts der Ereignisse in Stammheim ist diese Forderung mehr als berechtigt. Unterstützen wir den Kampf für die berechtigten Forderungen der politischen Gefangenen! Weg mit der Isolationshaft! Weg mit dem faschistischen Kontaktsperregesetz!

VERANSTALTUNGEN ZUM 9. JAHRESTAG DER GRÜNDUNG DER KPD/ML UND ZUR JAHRESWENDE

Bielefeld: 31. 12., 20 Uhr, Gasthaus „Alt-Schildesche", Beckhausstraße

Bochum/Dortmund: 31. 12., 20 Uhr, Bochum-Stiepel, „Haus Spitz", Kemnader Str. 138

Bremen: 31. 12., 20 Uhr, Landheim „Tulpe", Hemmstraße

Duisburg: 31. 12., 19 Uhr, Gaststätte „Casino", Wehofen, Schachtstraße

Frankfurt: 31. 12., 19 Uhr, „Gumpelmann", Am Salzhaus (Nähe Hauptwache)

Hamburg: 31. 12., 18 Uhr, „Jarrestadt", Jarrestraße 27

Kassel: 31. 12., 20 Uhr, „Wienerwald", Mittelgasse

Kiel: 31. 12., „Waidmannsruh", Eckernförder Straße

Ludwigshafen: 31. 12., 20 Uhr, „Volkshaus", Ludwigshafen-Gartenstadt, Königsbacher Str. 12, Einlaß 19 Uhr

München: 31. 12., 19.30 Uhr, „Volkarthof", Volkartstraße 24

Nürnberg: 31. 12., 19 Uhr, „Im Bienenheim", Adalbert-Stifter-Str.

Westberlin: 31. 12., 19 Uhr, „Forsthaus Tegel", Schwarzer Weg

Weitere Veranstaltungen, die bei Redaktionsschluß noch nicht feststanden, bitte in den örtlichen Parteibüros erfragen.

Zensur im WDR

Im Gleichschritt-marsch!

Der WDR sendet nicht nur Nachrichten, er macht auch selbst welche. „Glashaus“-Redakteur Ludwig Brundiers fristlos entlassen. Die Begründung des Intendanten: Brundiers habe innere Angelegenheiten des Hauses in die Öffentlichkeit getragen. Das sei ein Bruch des „Betriebsfriedens“. Tatsache ist: Brundiers hat in einer Sendung des Südwestfunks die Gründe dafür genannt, weshalb die Leitung des WDR eine Sendung vom Programm abgesetzt, also Zensur geübt hat.

Das Thema der Sendung: Was Arbeiter vom Fernsehen halten. Der Reporter hatte dazu Kollegen und Betriebsräte vom „Weserkurier“ in Bremen befragt. Was sie alles gesagt haben, ist nicht bekannt. Aber das wenige, was in einem Ausschnitt über den Bildschirm lief, war deutlich: „Wir wissen, daß im Fernsehen Sendungen abgesetzt werden.“ — „Das Fernsehen arbeitet für die Kapitalisten.“ — „Bei einem Streik arbeitet das Fernsehen gegen uns.“



Genauso ist das, werden viele Kollegen sagen. Aber für den Intendanten war dies: einseitig, überspitzt, unwahr. So weit ist das also. Da müssen wir Abend für Abend die Charaktermasken dieses Staates von „Schmidt-Schnauze“ bis „Löwenzahn“ über uns ergehen lassen. Da müssen wir erleben, wie Journalisten, die sich als Stichwortgeber verstehen, die Bonner Prominenz umtänzeln. Da wird uns als regelmäßige Sendung wie Wetterkarte und Lotto-Ziehung die Fahndung des Bundeskriminalamtes vorgesetzt. Und wenn einmal ein paar kritische Worte über den Sender sollen, wenn Arbeiter einige Dinge beim Namen nennen, dann wird zensiert. Wird der Reporter angegriffen, der Redakteur rausgeschmissen.

Der Fall Brundiers ist nicht der einzige. Denken wir an die Sendung von Günter Wallraff über die Arbeitsmethoden der „Bild“-Zeitung. Verboten! Obwohl die Sendung im Auftrag des WDR produziert war. Die scheinheilige Begründung: Die Qualität des Films reiche nicht aus. Dieser Film wird zur Zeit in einigen Kinos gezeigt. Wer will, kann ihn also mit anderen Produktionen des WDR vergleichen. Es ist eindeutig: Es geht nicht um die Qualität, es geht darum, daß jegliche Kritik an der kapitalistischen Presse verboten werden soll.

Oder die Sendereihe „Vor Ort“: Manche werden sich an den Beitrag über Wyhl erinnern. Da redeten Winzer und Bauern, da sah man den brutalen Polizeieinsatz — ohne beschönigenden Kommentar. Eine realistische Dokumentation. Aber das ist der WDR-Leitung bereits zu riskant. Darum wird die Sendereihe gekürzt. Darum sollen nun auch die Politiker zu Wort kommen, um die „Ausgewogenheit“ zu sichern. „Heute müssen wir ja aufpassen, daß wir nicht dauernd Bürger vor der Kamera haben“, begründet der WDR-Chefredakteur das Abwürgen dieser Sendereihe.

Die DKP stellt die Sache so dar, daß ein paar neue Führungskräfte den WDR auf „Rechtskurs“ trimmen wollen. Besonders der neue CDU-Chefredakteur Loch, früher Chefredakteur des „Rheinischen Merkur“. Das ist nichts als Augenwischerei. Bei dem Versuch, jede kritische Meinung zu unterdrücken, kein unkontrolliertes Wort über den Bildschirm zu senden, arbeiten SPD und CDU Hand in Hand. Beim WDR ist es gerade der SPD-Jurist und „Hausherr“ von Sell, der als Nachfolger des preußischen Junkers von Bismarck die Unterdrückung vorantreibt.

Gleichschaltung in allen Fernsehanstalten

Der Versuch, das Fernsehen im Sinne eines faschistischen Staatsrundfunks immer vollständiger gleichzuschalten, ist nicht nur auf den WDR beschränkt. Im Bayrischen Rundfunk: Ein Interview abgesetzt, in dem Böll gegen die „Sympathisanten“-Hetze Stellung nimmt. Beim ZDF: zwei Redakteure des Jugendmagazins „direkt“ abgesetzt. Sicher nicht, weil aus der Sendung „der Gewerkschaftsstandpunkt raus soll“, wie die „UZ“ schreibt. Gegen Werbung für den DGB hat man nichts. Im Gegenteil. Schließlich sitzt der DGB selbst im Aufsichtsrat des ZDF. Aber das Konzept: Jugendliche machen selbst Filmbeiträge — das ist unberechenbar, das ist zu schwer zu kontrollieren.

Oder beim Südwestfunk: Für den Redakteur Pit Klein Mikrophon-Verbot. Weil er es wagte, in einer kurzen Glosse darüber nachzudenken, ob beim SWF nicht ein neues „politisches Klima“ aufzieht. Auch beim Baden-Badener Rundfunk steht dieser Fall nicht allein. Da wurde schon ein für das ARD-Spätprogramm vorgesehener Film über die Frankfurter Studentin Eleonore Poensgen mit dem Thema „Rufmord durch Staatsorgane und Medien“ von der Leitung der Fernsehanstalt verboten. Da wurde ein Referat des Literaturwissenschaftlers Walter Jens zur „Sympathisanten“-Frage zunächst abgesetzt und dann nach längerem Widerstand der Redaktion auf einen späteren Termin verschoben.

Diese Fälle zeigen: In allen westdeutschen Rundfunk- und Fernsehanstalten wird die Faschisierung vorangetrieben. Revolutionäre Beiträge, Sendungen, die mit ihrer Kritik den Rahmen der kapitalistischen Ordnung sprengen, vom Standpunkt des wissenschaftlichen Sozialismus ausgehen, hatten nie einen Platz im Fernsehen, waren und sind von vornherein verboten. Denn Meinungsfreiheit für die Arbeiterklasse gibt es im Kapitalismus und in den kapitalistischen Massenmedien nicht. Erst im Sozialismus werden die Werktätigen Sender besitzen, die ihre Meinung ins Land und in die Welt hinaustragen. Aber darum geht es längst nicht mehr. Niemand — und auch nicht die Herren in den Fernsehanstalten — werden einen Heinrich Böll, einen Walter Jens usw. für Revolutionäre halten. Aber sie wagen hier und da ein Wort der Kritik an den Maßnahmen des kapitalistischen Staates. Und darum geht es: Das grundsätzliche Ja zum Kapitalismus reicht nicht mehr. Alles soll im Gleichschritt marschieren. Auch ein „Ja, aber...“ soll nicht mehr erlaubt sein. Jede kritische Stimme, auch aus den Reihen der bürgerlichen Intelligenz, soll zum Verstummen gebracht werden. Leise Kritik, ein bißchen ungeschminkte Realität — selbst das ist dem Staat zuviel. Vor allem richten sich Zensur und Verbot gegen Sendungen, in denen sich in Ansätzen die Meinung der Bevölkerung widerspiegelt, in denen die Brutalität des Staates, in denen Kämpfe der Werktätigen gezeigt werden.

In altbewährter Tradition

Funk und Fernsehen sind Instrumente, mit denen die Bourgeoisie ihre Diktatur über die Arbeiterklasse, über das Volk ausübt. Und wenn wir im Betrieb, auf der Straße den Polizeistaat immer deutlicher zu spüren bekommen, dann in Funk und Fernsehen erst recht. Nicht umsonst hat sich die westdeutsche Bourgeoisie beim Aufbau der Massenmedien nach dem zweiten Weltkrieg an den Erfahrungen des Hitler-Faschismus orientiert und dafür gesorgt, daß Funk und Fernsehen fest in der Hand des kapitalistischen Staates waren. Als 1931 der deutsche Rundfunk der staatlichen Verwaltung untergeordnet wurde, gab der reaktionäre Staatsrechtler Carl Schmidt die passende Erklärung: „Jede politische Macht ist gezwungen, die neuen Waffen in die Hand zu nehmen... Kein Staat kann es sich leisten, diese neuen technischen Mittel der Nachrichtenübermittlung, Massenbeeinflussung, Massensuggestion und Bildung einer ‚öffentlichen‘, genauer, kollektiven Meinung einem andern zu überlassen.“ Hitler und Goebbels haben dann demonstriert, wie dieser staatliche Rundfunk-Apparat für die Interessen des deutschen Finanzkapitals eingesetzt werden kann...



Die DKP behauptet, mit diesen Zensurmaßnahmen würde das Gesetz über die „öffentlich-rechtlichen Anstalten“ verletzt. Denn danach müßten die Anstalten allen Bevölkerungsgruppen, auch den Arbeitern, offenstehen. Die Rundfunkgesetze zeigen jedoch, daß die Rundfunk- und Fernsehanstalten nicht irgendeine Organisation neben dem kapitalistischen Staat sind. Sie sind diesem Staat untergeordnet. Sie werden von ihm direkt beherrscht. So wird der Rundfunkrat des WDR vom Landtag gewählt. Verwaltungsrat und Programmbeirat, also die organisatorische Spitze des Hauses, aus den Reihen des Rundfunkrates. Da kommt kein Arbeiter rein. Die Bourgeoisie ist unter sich. Und wenn in manchen Gremien Vertreter von Verbänden sind, von Kirchen, DGB-Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden, dann eben nicht als Vertreter des Volkes, sondern als Vertreter der Kapitalisten, der staatstragenden Bürokratie.

Die Rundfunk- und Fernsehanstalten sind vom kapitalistischen Staat genausowenig unabhängig wie Bahn und Post. Das zeigt sich auch in der engen Zusammenarbeit mit anderen Unterdrückungsorganen dieses Staates. Es ist ein offenes Geheimnis, daß die Polizei aus NRW beim WDR die Bedienung ihrer Fernseh-Wagen lernte, die jetzt bei Demonstrationen eingesetzt werden. Und die Polizei darf auch das vom WDR gefilmte Material als Belastungsmaterial einsetzen. Umgekehrt sind Techniker des WDR bei der Abteilung für „psychologische Kriegsführung“ in Andernach ausgebildet worden und werden regelmäßig für Übungen herangezogen. Der Verfassungsschutz hat nach eigener Aussage mit dem früheren Justitiar und jetzigen Intendanten von Sell regelmäßige Aussprachen. Beim NDR ist sogar einer der Leiter des Verfassungsschutzes, Christian Lochte, gleichzeitig Mitglied des Verwaltungsrats.

Daß Staatsanwälte und Richter mit den WDR-Angestellten nicht nur die Tiefgarage teilen, sondern auch noch in der gleichen Kantine essen, erscheint da fast normal.

Ketten für die Redakteure und Journalisten

In diesen „öffentlich-rechtlichen“ Anstalten, die angeblich „freie und unabhängige Meinungsäußerung“ sichern sollen, ist die Kontrolle und Disziplinierung der Mitarbeiter nicht weniger straff, als in der privatkapitalistischen Presse. Die entscheidenden Positionen in Verwaltung und Redaktionen werden durch Verwaltungs- und Rundfunkrat besetzt. Jeder Film, der mehr als 30.000 DM kosten wird, also Filme, die länger als eine 3/4 Stunde sind, müssen persönlich vom Verwaltungsrat genehmigt werden. Ja, sogar jeder kleine 5-Minuten-Beitrag, der über den Sender geht, wird vorher von Redaktions- und Abteilungsleitern „abgenommen“.



Und als Kette für den einzelnen Redakteur steht dann noch in allen Rundfunkgesetzen ein Paragraph wie dieser: „Wer die Sendung eines Beitrages veranlaßt oder zugelassen hat, trägt für dessen Inhalt und Gestaltung nach Maßgabe der Vorschriften des Grundgesetzes, der allgemeinen Gesetze und der besonderen Vorschriften dieses Staatsvertrages die Verantwortung. Verantwortlich ist auch, wer unterlassen hat, in seinem Aufgabenbereich pflichtgemäß tätig zu werden.“ Genau diese Gesetze sind die Grundlage für die Sendeverbote, für Streichungen und Kürzungen, für die tägliche Zensur. Diese Gesetze verbieten es, den Standpunkt der Arbeiterklasse ins Fernsehen zu bringen. Diese Gesetze geben der Bevölkerung kein Recht auf Sendezeit, sondern den sogenannten „Repräsentanten der gesellschaftlichen Gruppen“. Also den DGB-Bonzen und nicht den Arbeitern. Also einem Heeremann vom Bauernverband und nicht den kleinen Bauern.

Ein besonderes Druckmittel, um kritische Beiträge im Programm zu verhindern, ist die Spekulation mit der ungesicherten wirtschaftlichen Lage vieler Programm-Macher bei Funk und Fernsehen. Die meisten Autoren müssen als „freie“ Mitarbeiter arbeiten. Das heißt: Sie erhalten für jeden Kurzbeitrag einen gesonderten Produktionsauftrag, sie werden für jede Sendung einzeln bezahlt. Diese Mitarbeiter sind nie sicher, ob sie neue Aufträge erhalten. Es ist klar, daß eine mutige Sendung für sie oft die letzte ist.

Kontrolle und Zensur sind bei den westdeutschen Rundfunk- und Fernsehanstalten heute fast ein alltäglicher Zustand. Nur wenige Fälle kommen ans Tageslicht. Höchstens wenn ein Redakteur den Mut hat, sich an die Öffentlichkeit zu wenden. Wenn die Redakteure nicht klein beigeben und sich weigern, zu schneiden und zu kürzen. So wie die Autoren Yaak Karsunke und Hanno Brühl. Ihr Film „Neue Töne, die Entwicklung des Komponisten Ludwig...“ sollte am 29. Oktober im Dritten Programm des WDR laufen. Er wurde nicht gesendet! Fernsehdirektor Hübner wollte, daß eine Dialogstelle rauskommt: „Wer hat denn angefangen mit der Gewalt? Hat der Ohnesorg einen Polizisten erschossen oder ihn ein Polizist erschossen?“ Die Autoren wandten sich an die „Frankfurter Rundschau“, damit sie über den Fall berichtet. Die Antwort: Es gebe derzeit derartig viele Zensurfälle, daß eine Tageszeitung nicht imstande sei, alle zu dokumentieren.

Treten wir dafür ein, daß alle diese Fälle von Zensur ans Tageslicht kommen! Im Kampf gegen die zunehmende Faschisierung ist es notwendig, daß die Werktätigen dem Abbau der demokratischen Rechte in den Funk- und Fernsehanstalten nicht gleichgültig gegenüberstehen: Kampf der fortschreitenden Gleichschaltung von Presse, Funk und Fernsehen! Schluß mit der Hetze gegen demokratische und antifaschistische Schriftsteller! Für Presse- und Meinungsfreiheit!

Aus aller Welt

SPANIEN

Wieder hat die Bürgerkriegstruppe des Madrider Regimes, die berüchtigte Guardia Civil, einen jungen Demonstranten ermordet. Die Bluttat ereignete sich auf Teneriffa, einer der Kanarischen Inseln. Dort war es während eines Generalstreiks zu harten Auseinandersetzungen mit der Polizei gekommen. Daran beteiligten sich auch die Studenten der Universität von La Laguna, die aus Solidarität mit den streikenden Arbeitern auf die Straße gegangen waren. Als die Polizei die Kämpfe der Arbeiter und Studenten nicht mehr unterdrücken konnte, wurde die Guardia Civil eingesetzt. Diese bei den Völkern Spaniens tief verhaßte Mordtruppe ist mit Gewehren bewaffnet. Unmittelbar vor dem Eingang der Universität eröffnete die Guardia Civil das Feuer auf eine Gruppe von Studenten, die sich in das Gebäude zurückziehen wollten.

Ein Student brach tödlich getroffen zusammen. Ein anderer wurde durch ein Geschoß schwer verletzt. Der Oberkommandierende der Militärregion Kanarische Inseln, dem die Guardia Civil untersteht, rechtfertigte den Mordterror zynisch, indem er erklärte, auch Jesus habe „Gewalt gebraucht, die überlegte, heilige Gewalt". Die Antwort der Werktätigen der Inseln auf das Massaker vor der Universität war ein noch stärkeres Aufflammen der Kämpfe gegen das Regime. Die Beerdigung des ermordeten Studenten in Las Palmas wurde zu einer kämpferischen Massendemonstration. Auch in mehreren Städten auf dem Festland gingen an diesem Tag die Werktätigen auf die Straße. In Santa Cruz auf Teneriffa wurde am Tag der Beerdigung eine Polizeistreife angegriffen. Ein Polizist wurde dabei von einer Pistolenkugel schwer verletzt.

INDISCHER OZEAN

In der Schweizer Hauptstadt Bern haben Vertreter der beiden Supermächte jetzt die zweite Runde von Gesprächen über eine sogenannte „Entmilitarisierung" des Indischen Ozeans eingeläutet. Sie geben sich besorgt über die starke Präsenz von Kriegsschiffen in diesem Weltmeer, wollen den Anschein erwecken, als seien sie die Hüter des Friedens in dieser Region. Aber wessen Atom-U-Boote und Zerstörer sind es denn, die auf dem Indischen Ozean kreuzen? Nicht die der Anliegerstaaten, nicht die von Tansania, Ceylon oder Mocambik. Es sind die Flotten der beiden imperialistischen Supermächte selbst, die dort ihr Unwesen treiben. 20 Kriegsschiffe hat Moskau, 22 hat Washington im Indischen Ozean ständig stationiert. Die amerikanische Supermacht hat die Insel Diego Garcia zu einem gigantischen Flottenstützpunkt ausgebaut die russische Supermacht macht das Gleiche — auf der Insel Sokotra. Beide versuchen auch, an den Küsten des Ozeans Landerechte zu bekommen oder auch dort ihre Militärstützpunkte zu errichten.

In der Rivalität der beiden imperialistischen Supermächte spielt der Indische Ozean eine große Rolle. Am Persischen Golf, einem Nebenmeer dieses Ozeans, liegen die ergiebigsten Ölquellen der Erde. In den Ländern, die den Indischen Ozean begrenzen, liegen die größten Zinngruben, Goldminen usw. Außerdem ist dieses Weltmeer von großer strategischer Bedeutung, weil hier die Schiffahrtslinien von Europa in den Nahen und Fernen Osten verlaufen. Die imperialistischen Räuber aus Washington und Moskau, die ihre Klauen nach dem Indischen Ozean ausgestreckt haben, werden niemals freiwillig von dort verschwinden. Ihre sogenannten „Entmilitarisierungs-Gespräche" in Bern sollen nur dazu dienen, den Völkern Sand in die Augen zu streuen.

Während diese Gespräche in Bern über die Bühne gingen, führten die amerikanischen Imperialisten das Großmanöver „Kompaß 77" im Indischen Ozean durch. Beteiligt daran waren nicht nur amerikanische Kriegsschiffe und Kampfflugzeuge, sondern auch Einheiten aus Britannien und Australien.

IRAN/OMAN

Der Schah des Iran machte einen offiziellen Besuch in Oman. Bei den dort geführten Gesprächen versicherte Pahlevi dem Sultan Qabus, daß Teheran Oman allseitig unterstützen wird. Bei den Gesprächen wurde auch die militärische Zusammenarbeit zwischen diesen beiden reaktionären und volksfeindlichen Regiemen gepriesen. Um den Befreiungskampf der Patrioten von Dhofar, einer omanischen Provinz, zu unterdrücken, hat das Schah-Regime nicht nur große Mengen an Waffen nach Oman geschafft. Es hat auch seine Truppen über den Persischen Golf geschickt, um dem Sultan beim Kampf gegen die Patrioten zu helfen. Diese reaktionäre Zusammenarbeit der Henker von Teheran und von Oman, die von Washington angestiftet wurde, ist bei den Völkern am Persischen Golf auf erbitterten Widerstand gestoßen.

INDONESIEN

In letzter Zeit verstärken sich in verschiedenen Städten Indonesiens die Proteste der breiten Massen der Werktätigen gegen das reaktionäre Regime von Djakarta. Tausende Studenten und andere Einwohner nahmen an Demonstrationen und Kundgebungen teil, um gegen die reaktionäre kolonialistische Politik und die Ausbeutung und Unterdrückung der breiten Massen der Werktätigen Indonesiens zu protestieren. In Djakarta beteiligten sich am 8. Dezember Hunderte Studenten an Kundgebungen. Sie führten Transparente und Losungen mit sich, die das reaktionäre Regime Suhartos verurteilten. Die Demonstranten forderten zur Festigung der Einheit der Werktätigen im Kampf und Widerstand gegen die grausame faschistische Gewalt und den Terror auf. Zu breiten Protestkundgebungen kam es in den letzten Tagen auch in Djogjakurta, Zentraljava.

Das faschistische Regime von Djakarta bot starke Polizeikräfte auf, die auch Schußwaffen einsetzten. Es kam zu heftigen Zusammenstößen zwischen den Demonstranten und der Polizei. Dabei wurden mehrere Demonstrationsteilnehmer verhaftet.

KOLUMBIEN

Das kolumbianische Volk setzt ungeachtet der Gewalt und des Terrors der herrschenden Kreise von Bogota entschlossen seinen Kampf fort. Tausende Werktätige führten mehrere Streiks, Demonstrationen und Protestkundgebungen durch. Die kolumbianischen patriotischen Kräfte führen verschiedene Aktionen durch, bei denen sie den Kräften des reaktionären Regimes von Bogota Verluste zufügten. Vor einigen Tagen stellten die kolumbianischen Patrioten einer Autokolonne des Regimes im Süden des Landes einen Hinterhalt. Durch das Feuer der Gewehre und durch die Granaten der Patrioten kamen sechs Regierungssoldaten ums Leben, neun weitere wurden verwundet. Ebenso wurden zwei Militärlastwagen vollkommen zerstört.

VANGUARDIA OBRERA

SEMANAL

Bandeira Vermelha

ÓRGÃO CENTRAL DO PARTIDO COMUNISTA PORTUGUÊS (RECONSTRUÍDO)

Spanien **Portugal**

REVOLUTIONÄRE ZEITUNGEN
FÜR DIE AUSLÄNDISCHEN KOLLEGEN

Lieber Leser des ROTEN MORGEN!

Die abgebildeten Zeitungen, aber auch andere Zentralorgane der Bruderparteien der KPD/ML sowie weitere revolutionäre Zeitschriften von befreundeten ausländischen Organisationen können über die „Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus" (GewiSo) bezogen werden. Wir bitten insbesondere auch die ausländischen Kollegen auf diese Möglichkeit hinzuweisen. Die Zeitungen sind nur im Abonnement erhältlich.

Bestellungen bitten wir zu richten an: **GEWISO-Buchvertrieb, 2 Hamburg 50, Postfach 500568, Tel.: 040/3902959**

Italien **Griechenland**

PROLETARI DI TUTTI I PAESI, UNITEVI!

nuova unità

ΠΡΟΛΕΤΑΡΙΑΚΗ ΣΗΜΑΙΑ

Wirtschaftsjahr 1976/77

Einkommen der Bauern stark gesunken

Außerordentlich stark gesunken sind im vergangenen Wirtschaftsjahr 1976/77 die Einkommen der Bauern in der Bundesrepublik. Der Bauernverband nennt 20% als durchschnittliche Zahl für den Gewinnrückgang. In einzelnen Bereichen der Landwirtschaft waren die Verluste nach den Angaben des Verbands noch extremer. So sind die Gewinne in den Futterbaubetrieben von Hessen um 35%, in Rheinland-Pfalz um 38,4% zurückgegangen. Die Veredelungsbetriebe in Rheinland-Pfalz hatten gegenüber dem Vorjahr Verluste von 46,6%.

Und das sind nur die Durchschnittswerte. In diesen Angaben sind die Betriebe der Agrarkapitalisten und Großbauern, die Profite eingestrichen haben, ebenso enthalten wie die Höfe der kleinen Bauern, die seit Jahren am Rande des Ruins wirtschaften. Ihre Verluste im vergangenen Jahr sind also viel größer als es die Zahlen des Bauernverbandes widerspiegeln. Sie sind es auch, für die solche großen Einbußen die unmittelbare Gefährdung der Existenz bedeuten. Das zeigt sich auch in dem folgenden Vergleich: Während sich in den Jahren seit der Gründung der Bundesrepublik die Zahl der Betriebe über 30 ha verdoppelte, kamen zwei Drittel der Höfe unter 10 ha unter den Hammer.

Der Bauernverband hat mit seinem Situationsbericht Stimmung gemacht, auf die „besorgniserregende Lage der Bauern" hingewiesen. Aber geht es ihm wirklich darum, den Kampf gegen den Ruin der Kleinbauern zu organisieren? Man muß sich einmal anhören, was der Präsident dieses Verbandes, Heeremann, auf dem letzten Bauerntag gesagt hat. Da nannte er die wirtschaftliche Notlage der Kleinbauern zynisch ein echtes „Stabilitätsopfer" und hetzte im gleichen Atemzug gegen die Arbeiter, die mit ihren Lohnforderungen „keinen Stabilitätsbeitrag erbracht" hätten.

So versuchte dieser Reaktionär die Ruinierung der Kleinbauern als etwas Notwendiges hinzustellen und gleichzeitig den Arbeitern die Schuld dafür in die Schuhe zu schieben. Aber wer hat denn die Existenz dieser Bauern vernichtet? Wer zwingt Jahr für Jahr Zehntausende dazu, ihre Höfe aufzugeben? Das sind die Chemie- und Maschinenkonzerne, das sind die Lebensmittelmonopole, die Großbanken, der räuberische Zwischenhandel, die sich alle an dem bereichern, was die kleinen Bauern in harter Arbeit geschaffen haben. So waren im vergangenen Wirtschaftsjahr die Betriebsmittel wie Landmaschinen, Dünger usw. um fast das Doppelte teurer als noch 1970. Auf der anderen Seite betrug die Anhebung der von der EG festgelegten Erzeugerpreise für die westdeutschen Bauern ganze 2 Prozent im vergangenen Jahr. Die Folge: ständiges Anwachsen des Schuldenbergs, ein immer größerer Teil der Einnahmen wird von den Zinsen verschlungen. Noch härter arbeiten die kleinen Bauern und ihre Familien, um den Hof über Wasser zu halten. Wieder werden die Preise der Betriebsmittel brutal hochgeschraubt, wieder neue Schulden usw. usf.

Und was die Subventionen angeht, von denen im Bonner Landwirtschaftsministerium immer so viel gesprochen wird, da fällt nichts ab für diese Bauern. Denn ihre Höfe sind unrentabel, wie es heißt, und damit nicht förderungswürdig. Die aus Steuergeldern finanzierten Subventionen fließen ausschließlich in die Taschen der Agrarkapitalisten und Großbauern. Und genau die sind es auch, die im Bauernverband den Ton angeben, deren Interessen dieser Verband vertritt. Ist es da ein Wunder, wenn Heeremann erklärt: „Eine grundsätzliche Revision der Agrarpolitik der EG ist nicht erforderlich"?

Aber immer mehr Bauern erkennen, daß sie sich im Kampf für ihre Interessen nicht auf diesen reaktionären Verband verlassen können. Das zeigte sich Ende letzten Monats auf dem westfälischen Landjugendtag in Burgholzhausen, wo Heeremann bei seiner Rede Pfiffe und Zwischenrufe erntete. Das zeigte sich auch in vielen Kampfaktionen, die von den kleinen Bauern während der letzten Monate durchgeführt wurden. Ein Beispiel dafür war der Kampf der Bauern von Emmlichheim an der holländischen Grenze gegen eine Zwangsversteigerung in ihrem Dorf. Sie demonstrierten mit ihren Schleppern durch den Ort und fuhren zu einem Bauernhof, wo mehrere Schweine und Bullen unter den Hammer kommen sollten. Die Bauern bildeten einen festen Ring um die Vollzugsbeamten, die die Versteigerung durchführen sollten. Angesichts ihrer entschlossenen Haltung wagten es die angereisten Händler nicht zu bieten, und das Vieh mußte wieder zurück in die Ställe der Bauern gebracht werden.

Bremen/ Göttingen

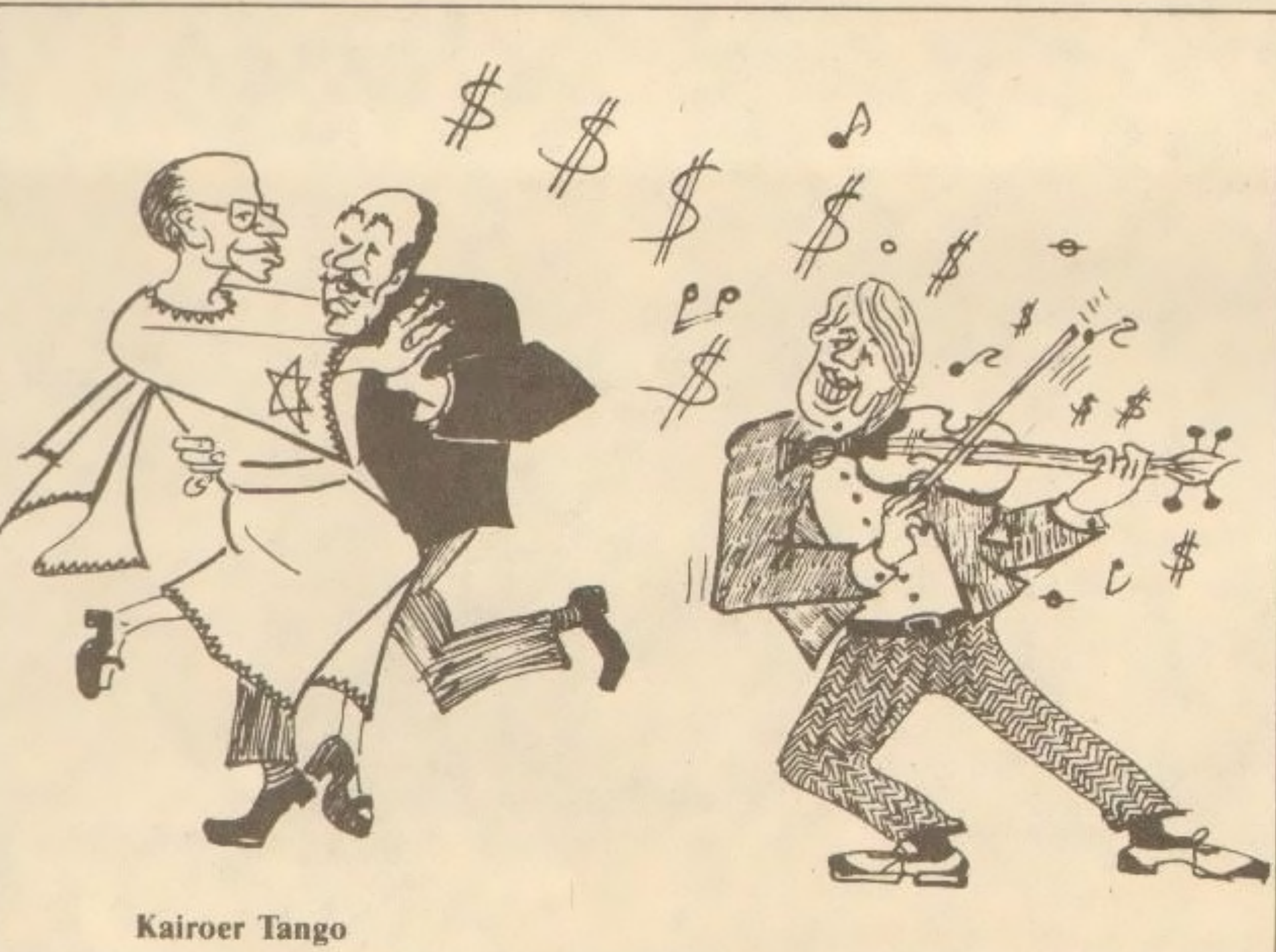
Studenten kämpfen gegen die Reaktion

Auch nach dem Ende der Streikwochen, Studenten von ca. 130 Hochschulen beteiligten sich daran, kam es in einigen Universitätsstädten zu Auseinandersetzungen zwischen den Studenten und der Reaktion. In Bremen hatte am vergangenen Montag der RCDS, Hochschulableger der CDU, eine Hetzveranstaltung angekündigt. Sprechen sollte der CDU-Generalsekretär Geißler, bekannt als Einpeitscher gegen den gerechten Kampf der Studenten, berüchtigt für seine Haßtiraden gegen alles was links und fortschrittlich ist.

In einem Flugblatt, das auch vom KSB/ML unterzeichnet war, hieß es: „RCDS und Geißler, raus aus der Uni!" Der für die Hetzveranstaltung vorgesehene Raum wurde von den Studenten besetzt. Geißler und sein Anhang blieben vor der Tür. Sie wurden u. a. durch den Einsatz von Buttersäure am Betreten des Raumes gehindert. Während diese Studenten den offenen Vertretern der Reaktion die richtige Antwort gaben, tagte in einem abgelegenen Raum der Universität der revisionistisch beeinflußte AStA. Mit einem sogenannten „Gegentribunal" wollte er die Kampfaktion unterlaufen und die Studenten dazu bringen, statt sich den offenen Reaktionären in den Weg zu stellen, sich die Sprüche des DKP-Spaßmachers Kittner anzuhören.

In Göttingen demonstrierten letzten Dienstag 1.300 Studenten zu einem Gerichtsgebäude. Der Anlaß war ein Prozeß, der dort gegen 13 Studenten und einen Hochschullehrer eröffnet wurde. Sie waren wegen Nötigung, Freiheitsberaubung und Hausfriedensbruch angeklagt, weil sie militant gegen das drohende Berufsverbot für den akademischen Rat Dick gekämpft hatten. Vor dem Gerichtsgebäude kam es zu Auseinandersetzungen mit der Polizei.

Vorbereitung neuer Angriffe gegen die arabischen Völker



Kairoer Tango

Fortsetzung von Seite 1

für ihre künftigen Aggressionen gegen die arabischen Völker auch noch durch die direkte militärische Präsenz der amerikanischen Supermacht freie Bahn geschaffen werden. Zu Recht weisen die arabischen Völker diese Pläne scharf zurück, haben sie sich in Beirut, Kuweit und anderen Städten des Nahen Ostens zu machtvollen Demonstrationen gegen die Kairoer Konferenz erhoben.

Auf dieser Welle der gerechten Empörung versucht jetzt die andere Supermacht zu schwimmen. Wieder einmal preist sich Moskau selbst als der treue Freund der arabischen Völker an. Aber niemals können sich diese Völker in ihrem Kampf gegen die amerikanischen Kriegspläne auf die russischen Sozialimperialisten verlassen. Denn der Moskauer Protest richtet sich einzig und allein dagegen, daß die amerikanische Supermacht gegenwärtig ihre Positionen gestärkt hat und das Geschacher der Friedenskonferenzen ohne die Kreml-Herren betreibt. Aber wie ihre unlängst verabschiedete gemeinsame Erklärung mit Washington gezeigt hat, verfolgen sie die gleichen antiarabischen Ziele: Sicherung der Existenz des zionistischen Gangsterstaates und Liquidierung der bewaffneten Kräfte der palästinensischen Revolution.

Den Weg zu einem wirklichen Frieden kann nur der revolutionäre Kampf gegen die imperialistischen Supermächte, gegen die zionistischen Aggressoren und die arabische Reaktion eröffnen.

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

I. Kongress der Kommunistischen Jugend Portugals

Interview mit dem Delegierten der Roten Garde

Am 10. und 11. Dezember hat in Lissabon der I. Kongreß des Verbandes der Revolutionären Kommunistischen Jugend Portugals (UJCR) stattgefunden. Dieser Kongreß stellte einen wichtigen Meilenstein in der Entwicklung der UJCR, der Jugendorganisation der Kommunistischen Partei Portugals (Wiederaufgebaut) dar, wies der portugiesischen Jugend neue, große Perspektiven für ihren Kampf um Freiheit und Unabhängigkeit, Revolution, Volksdemokratie und Sozialismus. Wie die Teilnahme von Vertretern der marxistisch-leninistischen Jugend Albaniens, Angolas, Brasiliens, Chiles, Deutschlands, Griechenlands und Spaniens bewies, war der I. Kongreß der UJCR zugleich eine Demonstration des proletarischen Internationalismus, der wachsenden Einheit und Geschlossenheit der revolutionären Jugend der Welt, die an der Seite und unter Führung der wahrhaft marxistisch-leninistischen Parteien kämpft. Der „Rote Morgen" sprach mit dem Vertreter der Roten Garde, der an diesem Kongreß teilgenommen hat.



Auf dem Kongreß des Verbandes der Revolutionären Kommunistischen Jugend Portugals.

RM: Genosse Reinhard, kannst du uns deine Eindrücke vom ersten Kongreß der UJCR schildern? Welche Zielsetzung hatte dieser Kongreß, welche Aufgaben waren zu lösen?

Gen. Reinhard: Für mich war dieser Kongreß sehr beeindruckend. Er zeigte die Kampfentschlossenheit, das hohe revolutionäre Bewußtsein der portugiesischen Jugend und bewies die Vorhutrolle unseres portugiesischen Bruderverbandes in den Kämpfen der jungen Arbeiter, Bauern, Schüler und Studenten Portugals.

Der Kongreß, der von unseren portugiesischen Genossen sehr gründlich vorbereitet und hervorragend organisiert war, fand in einem Saal der Technischen Universität von Lissabon statt. Über 600 Delegierte aus allen Teilen des Landes waren gekommen, um den Rechenschaftsbericht des Nationalrats der UJCR entgegenzunehmen, über die politische Resolution sowie das Statut der UJCR zu diskutieren, die weiteren Kampfaufgaben festzulegen und den Nationalrat zu wählen.

Aufmerksam und sehr diszipliniert verfolgten die Delegierten den Bericht ihres Nationalrats sowie die Grußadresse der KPP(W), die Genosse Manuel Monteiro im Namen des Zentralkomitees vortrug. Der erste Kongreß der UJCR sollte drei Aufgaben erfüllen: Zum einen sollten die Beschlüsse und Richtlinien des II. Parteitags der KPP(W), der vor einigen Monaten stattfand, konkretisiert und für den Kampf unter den Massen der portugiesischen Jugend angewandt werden. Damit in Zusammenhang stand die zweite Aufgabe: Der erste Kongreß der UJCR, die ja erst vor gut einem Jahr, im August 1976, auf Initiative der Partei gegründet wurde, sollte das Fundament dafür legen, den portugiesischen Jugendverband zu einer wirklichen Massenorganisation zu machen, alle Überreste sektiererischer Abgeschlossenheit und Beschränktheit vollständig zu überwinden und die Organisation weit zu öffnen für alle jungen Arbeiter, Bauern, Schüler und Studenten, die entschlossen sind, am Kampf gegen die Armut, gegen Ausbeutung und Unterdrückung, für Revolution und Sozialismus teilzunehmen. Diesem Ziel diente vor allem die Diskussion und Verabschiedung der politischen Resolution und des Statuts der UJCR. Die dritte Aufgabe bestand in der Erziehung der portugiesischen Jugend und ihrer Organisation zum proletarischen Internationalismus, zur Einheit mit allen wahrhaft marxistisch-leninistischen Bruderorganisationen im Kampf an der Seite der Partei gegen Imperialismus, Faschismus und Reaktion und gegen den modernen Revisionismus in allen seinen Spielarten.

RM: In gewisser Weise steht also die UJCR vor ähnlichen Aufgaben wie die Rote Garde?

Gen. Reinhard: Ja, ich glaube, man kann das sagen. Deswegen war der Kongreß für uns sehr lehrreich, insbesondere die Diskussion der Delegierten über die gestellten Aufgaben. Mit großem Ernst und intensiver Aufmerksamkeit wurde diskutiert. Ich glaube, es sprachen mehr als 50 Delegierte. Aus ihren Beiträgen spürte man, daß es sich bei den jungen Delegierten um Genossen handelte, die mitten im Kampf der Massen standen und sich darin zum Teil bereits bewährt und großes Vertrauen bei den Massen der portugiesischen Arbeiter und Bauern gewonnen hatten.

So sprachen u. a. Genossinnen und Genossen aus dem Alentejo, einem Agrargebiet, in dem der Kampf der Bauern gegen die Grundbesitzer und die Reaktion besonders scharfe Formen angenommen hat. Sie berichteten von den militanten Kämpfen der Bauern, von bewaffneten Landbesetzungen und dem erbitterten Kampf des Volkes, das heute das nach dem 25. April 1975, dem Sturz der faschistischen Diktatur, erkämpfte Land gegen die konzentrierten Angriffe der Bourgeoisie und des Großgrundbesitzes, gegen Reaktion und Faschismus verteidigen muß. In diesem Kampf spielen die Partei und die UJCR eine wichtige, führende Rolle.

Es sprachen auch Arbeiter aus den verschiedensten Betrieben Portugals. Besondere Begeisterung lösten u. a. die Reden von Genossen aus, die aus den Gewerkschaften der Schlachthofarbeiter und der Post- und Telegrafenarbeiter kamen, zwei von einer Reihe von Gewerkschaften, in denen die revolutionäre demokratische Volksfront UDP in den Wahlen die Revisionisten schlug und die Führung übernommen hat. Außerdem nahmen auch Schüler und Studenten, junge Lehrer und Intellektuelle an den Diskussionen teil.

In die Diskussion wurden alle Bereiche und Probleme des Kampfes der UJCR einbezogen. Gemeinsam war jedoch allen Beiträgen, daß die Genossinnen und Genossen die Notwendigkeit unterstrichen, sich eng mit den Massen zu verbinden, ihre Interessen und Bedürfnisse konsequent aufzugreifen und sich an die Spitze der Kämpfe für ihre Verwirklichung zu stellen. Im Kampf für die Interessen und Rechte der Jugend, die im scharfen, revolutionären Klassenkampf in Portugal eine wichtige, entscheidende Rolle spielt, müsse die UJCR, betonten die Delegierten, sich als die einzige revolutionäre, kommunistische Organisation erweisen, die imstande ist, der Jugend den Ausweg zu zeigen und ihren Kampf zu organisieren, den Kampf für den revolutionären Sturz der Bourgeoisie und die Vertreibung aller fremden Ausbeuter, für die Revolution und den Sozialismus. Ich glaube, der erste Kongreß der UJCR hat diese Aufgaben voll und ganz erfüllt.

RM: Sicherlich galt das auch für die Verteidigung der Prinzipien des proletarischen Internationalismus, für die Festigung der Einheit aller marxistisch-leninistischen Parteien und Organisationen im Kampf gegen Imperialismus und Revisionismus?

Gen. Reinhard: Ja, das kam natürlich vor allem auf dem Kongreß und der großen öffentlichen Abschlußveranstaltung zum Ausdruck, die in einer Sporthalle mit 2-3.000 Teilnehmern stattfand und wo die Delegationen der marxistisch-leninistischen Bruderorganisationen sprachen. Mit ungeheurer Begeisterung wurde die Rede der Genossin Lumturi Rexha, der 1. Sekretärin des Verbandes der Jugend der Arbeit Albaniens aufgenommen. Der Jubel, die nicht endenwollenden Hochrufe auf die Partei der Arbeit Albaniens, ihren VII. Parteitag und auf Genossen Enver Hoxha bewiesen die tiefe Liebe und Achtung, die die SVR Albanien, ihr Volk und ihre Partei in der portugiesischen Jugend genießt.

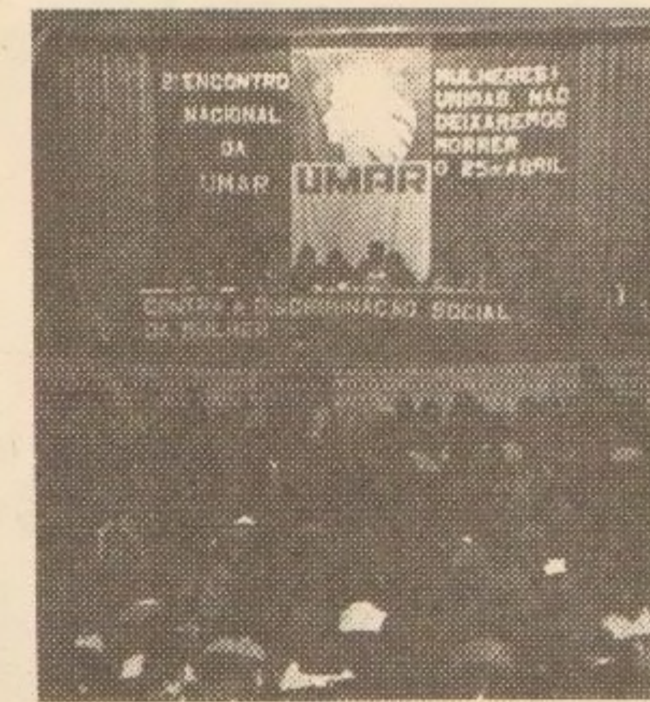
Zu bewegenden Demonstrationen der Solidarität kam es, als die Vertreter der revolutionären marxistisch-leninistischen Jugend Brasiliens, Chiles und Angolas sprachen, die unter den schweren Bedingungen der blutigen faschistischen bzw. sozialfaschistischen Diktatur einen heldenhaften Kampf führen. Die Beiträge der Delegationen Spaniens, Griechenlands und unseres Landes und ihre begeisterte Aufnahme durch die Teilnehmer des Kongresses standen ganz im Zeichen des gemeinsamen Kampfes und der Einheit, die die westeuropäischen marxistisch-leninistischen Parteien kürzlich in der „Gemeinsamen Erklärung" zum Ausdruck brachten. Alle ausländischen Delegationen betonten die Notwendigkeit, einen entschiedenen, konsequenten Kampf zur Verteidigung der Reinheit des Marxismus-Leninismus gegen den modernen Revisionismus zu führen und griffen in aller Schärfe die neueste Spielart des konterrevolutionären Revisionismus an, die „Theorie der drei Welten". In der Einschätzung der üblen revisionistischen Verräter und Spalter, die diese „Theorie" ausgeheckt haben und verbreiten, herrschte vollkommene, kämpferische Einheit.

Abschließend möchte ich sagen, daß uns die Teilnahme am ersten Kongreß des Verbandes der Revolutionären Kommunistischen Jugend Portugals wie schon vor einigen Monaten am siebten Kongreß des Verbandes der Jugend der Arbeit Albaniens sehr wichtige Lehren und Erfahrungen vermittelt haben, die wir für die Arbeit der Roten Garde gut nutzen werden.

Die werktätigen Frauen in Portugal

Eine grosse kämpferische Kraft

Vor einem Jahr wurde in Portugal der Verband der Antifaschistischen Revolutionären Frauen (UMAR) gegründet. Am 4. Dezember hat nun in Lissabon der zweite Kongreß des UMAR stattgefunden: Über 1.000 Hausfrauen, Arbeiterinnen, Landarbeiterinnen und andere werktätige Frauen nahmen als Delegierte an dem Kongreß teil. Mit großem Enthusiasmus diskutierten sie die Kampferfolge des vergangenen Jahres, stellten sie sich neue Aufgaben und wählten sie sich eine neue Führung. Mit großer Begeisterung begrüßte der Frauenkongreß die Delegationen des Verbandes der Frauen Albaniens und der revolutionären Frauen aus Brasilien, Spanien und Deutschland.



Auf dem Frauenkongreß

Wie überall sind die werktätigen Frauen auch in Portugal eine große kämpferische Kraft. An der Seite ihrer Klassenbrüder kämpfen sie für die Freiheit und für den Sozialismus, der allein auch die Befreiung der Frau verwirklichen kann. Die Frauen, die auf dem Kongreß das Wort ergriffen, berichteten von Land- und Hausbesetzungen, von Streiks und Demonstrationen, an denen sie teilgenommen und in der vordersten Front gestanden haben.

Ausführlich wurde auf dem Kongreß über die Aufgaben diskutiert, die im kommenden Jahr vor dem Frauenverband stehen.

Eines der Hauptprobleme, das die portugiesischen Werktätigen bedrückt, ist die Arbeitslosigkeit. Ein Drittel aller Portugiesen hat keine Arbeit, darunter viele werktätige Frauen. Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und gegen Entlassungen ist deshalb die erste Aufgabe, die die portugiesischen Genossinnen nach dem Kongreß anpacken werden. Sie haben beschlossen, nicht nur die arbeitslosen Frauen zu organisieren, sondern auch die Hausfrauen in Komitees für die Unterstützung der Arbeitslosen zusammenzuschließen.

Ein anderes dringendes Problem ist die ständige Verteuerung der Preise für Lebensmittel und andere Güter des täglichen Bedarfs. Der Kongreß hat deshalb beschlossen, den Kampf für die Bildung von Komitees gegen die Teuerung, gegen den Zwischenhandel, gegen Spekulanten und Schieber zu verstärken.

Die dritte Aufgabe, die der Kongreß der portugiesischen revolutionären Frauen gestellt hat, ist der Kampf gegen die Erhöhung der Mieten, für anständige Wohnungen, dafür, daß sie nicht aus den besetzten Häusern vertrieben werden.

Die portugiesischen Frauen kämpfen außerdem gegen die Forderungen des Internationalen Währungsfonds und des Imperialismus an die Regierung, die Ausgaben für Schulen, Krankenhäuser und andere soziale Einrichtungen und Leistungen zu kürzen. Sie fordern eine Verbesserung des Erziehungswesens und den Neu- und Ausbau von Schulen.

In den Gewerkschaften kämpfen die Frauen dafür, daß sie sich stärker mit den Problemen und Forderungen der Arbeiterinnen beschäftigen. Insbesondere verlangen die Frauen Frauenkommissionen in den Gewerkschaften.

Dieses ganze Programm, daß die Frauen im Kampf für die dringenden Forderungen an der Seite des ganzen Volkes zusammenschließen soll, verbindet sich mit der großen Aufgabe des Verbandes, die Frauen in den Idealen der Freiheit und des Sozialismus zu erziehen.

Deshalb wurde auf dem Kongreß die Grußadresse, die Genosse Eduardo Pires im Namen der KP Portugals (Wiederaufgebaut) an die Frauen richtete, auch mit besonders großem Beifall aufgenommen.

Welche Schwierigkeiten die Genossinnen bei der Vorbereitung des Kongresses zu überwinden hatten, zeigt das folgende Beispiel aus einem Dorf. Dort sollte eine Veranstaltung zum Kongreß stattfinden. Aber die Reaktionäre hetzten gegen die Genossinnen, verleumdeten sie als unmoralisch. Der schon gemietete Saal wurde verweigert. Aber die Genossinnen ließen sich nicht entmutigen. Sie gingen an den Dorfbrunnen, sprachen mit den Frauen, von denen immer mehr kamen, um ihnen zuzuhören.

Die werktätigen Frauen von Portugal, das hat der zweite Kongreß der UMAR gezeigt, sind bereits eine große Kraft im Kampf des portugiesischen Volkes. Durch die Arbeit des Frauenverbandes werden sich in Zukunft sicher noch mehr Frauen unter dem Banner des Kampfes für die Freiheit, für die Revolution zusammenschließen.

Während der Chemietarifrunde demonstrierten am 18. Mai 15.000 BASF-Arbeiter für höhere Löhne. Mit den hinterhältigsten Methoden gelang es jedoch dem IG-Chemie-Apparat trotz der großen Kampfbereitschaft der Chemiearbeiter, den Kollegen einen 7%-Lohnraubabschluß aufzuzwingen.

Am 5. 2. hat in Ludwigshafen die Öffentliche Abschlußveranstaltung des III. Parteitages der KPD/ML stattgefunden, an der über 3.300 Freunde und Genossen teilgenommen haben. Höhepunkt war die Rede des Genossen Ernst Aust.

Die Abschlußveranstaltung des III. Parteitages der KPD/ML war eine b
Delegationen der Bruderparteien aus Argentinien, Chile, Griechenland, I
Albaniens hatte die Bundesregierung die Einreise verweigert. Unser Bil

Im Juni streikten in Bremen die Kollegen der Zeitungen „Weserkurier" und „Bremer Nachrichten" drei Wochen lang gegen die Kürzung der übertariflichen Zulagen. Mit ihrem Kampf solidarisierten sich auch die Arbeiter anderer Bremer Druckereien. Auch der Einsatz der Polizei konnte die Kampfentschlossenheit der Kollegen nicht brechen.

Der Kampf der P

Am 17. 4. feierte die KP Portugals (Wiederaufgebaut) den Abschluß ihres II. Parteitages. 15.000 begeisterte Menschen begrüßten die Delegationen der PAA, der KPD/ML und der anderen Bruderparteien. Auf Kundgebungen wie in Lissabon, Rom, Athen und Ludwigshafen festigten die marxistisch-leninistischen Parteien ihre Einheit auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus.

Nach dem Gewerkschaftskongreß fand vom 26.
verbandes auf dem Gelände des Hüttenwerkes v
des Genossen Enver Hoxha am letzten Tag. U
Garde durch Genossen Enver Hoxha.

Zehntausende von Werktätigen beteiligten sich 1977 an den Kämpfen gegen den Bau von Atomkraftwerken. Die Bourgeoisie verwandelte die Bauplätze in KZ-ähnliche Festungen und ließ Zehntausende von Polizisten und Grenzschützern aufmarschieren, um die Kämpfe zu unterdrücken. Unser Bild zeigt eine Demonstration von Bauern in Brokdorf gegen das Atomkraftwerk.

Die Stahlkapitalisten wollen die Krise auf den Rücken der Arbeiter abwälzen. Massenentlassungen Zehntausender von Kollegen stehen bevor. In vielen Städten haben sich die Arbeiter dagegen zum Kampf erhoben. Am 12. Juli demonstrierten in Bremen 2.000 Arbeiter von Klöckner. Revolutionäre Kollegen und Genossen der Partei trugen dabei ein Transparent gegen die Mitbestimmung.

Auf fünf Pressefesten, in Dortmund, Frankfu
3.000 Freunde und Genossen das zehnjährige Be
Das Bild zeigt Genossen Ernst Aust, den Begrü
Unterhaltungsprogramm begeisterte die Besuch

Empörte Bauern aus Großeneder in der Warburger Börde kesselten im März mit ihren Traktoren 30 britische Panzer ein, um die Zerstörung ihrer Felder zu verhindern. Durch ihren entschlossenen Kampf erzwangen sie den Abbruch des Manövers. „Ein Beispiel, das Schule machen sollte", schrieb der „Rote Morgen" damals.

In vielen Städten der Bundesrepublik wurden auch in diesem Jahr wieder die Tarife der öffentlichen Nahverkehrsmittel erhöht. An der Demonstration in Westberlin, zu der auch die Rote Garde aufgerufen hatte, beteiligten sich rund 800 Menschen. Auch in vielen anderen Städten fanden ähnliche Demonstrationen statt.

Im Februar wurde Genosse Bernd Hübner bei einer Reise in die DDR vom faschistischen Geheimdienst des DDR-Regimes verhaftet. Die Partei konterte diesen Angriff mit einer großen Kampagne für die sofortige Freilassung des Genossen. Nach drei Wochen Haft waren die Schergen des sozialfaschistischen Regimes gezwungen, Genossen Bernd wieder freizulassen.

Im Juli veranstalteten die DKP-Revisionisten i
sionistischen Demagogie mit der revolutionären
ges, sozialistisches Deutschland entgegen und p
Hand mit der Polizei gingen die Revisionisten g



Demonstration des proletarischen Internationalismus. An ihr nahmen ägal, Spanien und dem Iran teil. Einer Delegation der Partei der Arbeit Präsidiumstribüne.



Der Parteitag hat die ganze Partei zur verstärkten Arbeit unter den Massen aufgerufen. Die beiden wichtigsten Aufgaben dabei: Verbesserung der Betriebsarbeit, Kampf für den Aufbau der RGO und die Entfaltung der Arbeit unter der Jugend.



Hunderttausende von Jugendlichen in der Bundesrepublik sind arbeitslos. Unter ihnen wächst die Empörung gegen das kapitalistische System. Der Kampf der Jugendlichen gegen die Arbeitslosigkeit, der Kampf der Studenten gegen die Verschlechterung ihrer Lebenslage und die zunehmende politische Unterdrückung wird von der Roten Garde unterstützt.

rtei 1977 im Bild



tember in Albanien der 7. Kongreß des Jugend- statt. Höhepunkt des Kongresses war die Rede zeigt die Begrüßung des Delegierten der Roten



In neun Städten hat die KPD/ML in diesem Jahr zu revolutionären Demonstrationen am 1. Mai aufgerufen. In zahlreichen anderen Städten fanden Veranstaltungen statt. Während auf den Regierungsfeiern des DGB-Apparats die kapitalistische Ausbeuterordnung verteidigt wurde, standen die Demonstrationen der Partei im Zeichen des Kampfes gegen den Kapitalismus und für die gewaltsame sozialistische Revolution.



Unter der Losung „Krieg den imperialistischen Kriegen" fanden auch in diesem Jahr am Roten Antikriegstag Veranstaltungen und Kundgebungen der Partei und der Roten Garde statt. Der antimilitaristische Kampf der Partei richtet sich gegen die beiden Supermächte und den westdeutschen Imperialismus und seine Aggressionsarmee.



Zahlreiche Menschen fielen auch in diesem Jahr den Kugeln der Polizei zum Opfer. Der Terror der bis an die Zähne aufgerüsteten Polizei, der Regierung und bürgerliche Klassenjustiz praktisch schon jetzt einen Freibrief zum Todesschuß ausgestellt haben, empört immer mehr Werktätige. Unser Bild zeigt Kampfparolen der Partei gegen den Polizeiterror.



t, Westberlin und Hamburg feierten weit über Zentralorgans der KPD/ML, „Roter Morgen". Roten Morgen". Ein reichhaltiges Kultur- und ssefeste.



Ein reichhaltiges Kultur- und Unterhaltungsprogramm wurde den Besuchern der Pressefeste „10 Jahre ‚Roter Morgen'" geboten. Die Lieder der Agit-Prop-Trupps, der Vortrag revolutionärer Gedichte und Sketche begeisterten die anwesenden Freunde und Genossen. Unser Bild zeigt die Volkstanzgruppe aus Dortmund bei einer ihrer Darbietungen.



Als Presseverantwortlicher eines einzigen Flugblattes wurde Genosse Martin Peleikis wegen Wehrkraftzersetzung zu sieben Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt. Wie hier fällte die bürgerliche Klassenjustiz auch 1977 zahlreiche Terrorurteile gegen Genossen der Partei und andere Revolutionäre.



st in Recklinghausen. Die Partei trat der revi- und Propaganda für ein vereintes, unabhängi- den Kampf unserer Partei in der DDR. Hand in Genossen vor.



20.000 Menschen demonstrierten am 8. 10. in Bonn gegen die Verbotsanträge gegen die KPD/ML und andere Organisationen. Der Rathausplatz, auf dem die Abschlußkundgebung stattfand, glich einem Meer von roten Fahnen. Das Bild zeigt den Spielmannszug der Partei an der Spitze des Demonstrationszuges. Anschließend versammelten sich über 2.000 Freunde und Genossen in Düsseldorf zu einer Veranstaltung der KPD/ML.



In vielen Städten haben Genossen der Partei gegen das Auftreten von Nazibanden gekämpft. Dabei nahm die Polizei, die die Kundgebungen der Faschisten schützte, mehrere Genossen fest. In Kiel verurteilte die bürgerliche Klassenjustiz Genossen zu sechs Monaten Gefängnis ohne bzw. zu vier Monaten Gefängnis mit Bewährung.

Für unsere kleinen Leser



PAULCHEN SUCHT DAS CHRISTKIND

Der kleine Paul war ein Junge in eurem Alter. Er wohnte in einer großen Stadt in einer engen Gasse. Sein Vater war längst gestorben, und die Mutter wusch für fremde Leute, denn sie waren sehr arm. Der kleine Paul ging in die Schule und hatte auch Religionsunterricht. Eines Tages — es war kurz vor Weihnachten — erzählte der Lehrer in der Religionsstunde vom Christkind. Er sagte: „Das Christkind besucht am Heiligen Abend alle Kinder, und wenn sie gut und brav gewesen sind, schenkt es ihnen all die schönen Sachen, die sie sich gewünscht haben."

„Ich wünsche mir eine elektrische Eisenbahn", flüsterte Hans dem kleinen Paul zu, denn er saß neben ihm. Er war der Sohn eines Kaufmanns und hatte immer warme, weiche Anzüge und feste Schuhe an.

„Ich wünsche mir einen Stabilbaukasten", sagte leise der kleine Paul und dachte daran, daß ihm im vorigen Jahr das Christkind nichts gebracht hatte.

„Ja", fuhr der Lehrer fort, „ihr müßt eure Wünsche auf einen Zettel schreiben und vors Fenster legen, dann holt ihn das Christkind nachts ab, wenn es vorüberfliegt."

Als der kleine Paul das hörte, dachte er: Sicher hat mich das Christkind voriges Jahr vergessen, weil ich keinen Zettel vors Fenster gelegt habe. Dieses Jahr will ich bestimmt einen schreiben. Das tat er noch am selben Nachmittag. Er riß ein Blatt aus seinem Heft und schrieb darauf, so schön er konnte: „Ich wünsche mir einen Stabilbaukasten." Am Abend, ehe er zu Bett ging, legte er den Zettel vors Fenster.

Als er am frühen Morgen erwachte, war die Mutter schon fort zur Arbeit. Rasch sprang Paul aus dem Bett und ans Fenster. Da aber lag der Zettel immer noch am selben Fleck, wo er ihn abends zuvor hingelegt hatte. Betrübt ging Paulchen zur Schule. Unterwegs traf er Hans. Der rief ihm schon von weitem entgegen: „Das Christkind hat heute nacht meinen Zettel geholt!" Da wurde Paul vor Schrecken ganz blaß. „Warum hat wohl das Christkind meinen Brief liegengelassen?" fragte er ganz traurig.

„Wahrscheinlich hatte es keine Zeit, durch eure kleine Gasse zu fliegen und in alle Häuser zu gucken", meinte Hans. „Weißt du was? Schick ihm doch den Zettel mit der Post!"

„Das werde ich tun!" rief Paul. Er konnte das Ende der Schulstunden kaum erwarten und lief nach dem letzten Klingelzeichen spornstreichs nach Hause. Er kramte ein altes Kuvert aus der Schublade hervor und schrieb darauf mit großen Buchstaben: „An das Christkind." Auf die Rückseite setzte er den Absender, so wie er's in der Schule gelernt hatte. Dann steckte er den Brief in den Kasten. Doch wie traurig war er, als am nächsten Mittag sein Brief wieder im Türkasten lag!

„Empfänger unbekannt", stand mit Rotschrift quer darübergeschrieben. Die Postbeamten kannten also das Christkind gar nicht! Was sollte er nun anfangen?

Es blieb Paul nichts weiter übrig, als selber nach dem Christkind auf die Suche zu gehen. Aber wo? Ratlos lief er kreuz und quer durch die Straßen der lärmenden Stadt. Auf einmal stand er vor den großen Schaufenstern eines Warenhauses. Was lagen da für schöne Sachen! Er konnte sich nicht satt sehen und merkte gar nicht, wie ihn die Menschen langsam immer weiterschoben. Plötzlich bekam er einen Stoß, und schon stand er in der großen Drehtür, die ihn eins, zwei, drei in den riesigen hellen Verkaufsraum des Warenhauses hineinführte.

Da stand er nun mitten zwischen den Herrlichkeiten. Auf dem einen Tisch war eine Eisenbahn aufgebaut, die fuhr durch eine Landschaft mit Bäumen und Häusern, mit einem richtigen Fluß, über den eine Brücke führte.

Es war auch eine kleine Station da mit Signalen und Weichen und einem schönen Läutewerk. Nicht weit davon standen, in Stapeln übereinandergeschichtet — seine Stabilbaukästen! Eine Menge schön gekleideter Kinder betrachteten mit ihren Eltern die Reichtümer. Paulchen hörte, wie ein kleines Mädchen seine Mutter fragte: „Von hier holt also das Christkind alles, was es uns schenkt?" Und die Mutter entgegnete: „Ja, von hier holt es alles."

Da kam dem kleinen Paul ein Gedanke: Wie wäre es, wenn ich mir meinen Stabilbaukasten jetzt selbst nähme? Das Christkind wird mir meinen Wunsch bestimmt nicht versagen, wenn es sogar den Hans artig genug findet, um ihn zu beschenken! Er nahm einen Stabilbaukasten vom Stapel und wollte damit fortgehen. Plötzlich packte ihn jemand am Arm, und eine Stimme rief: „Seht euch diesen Bengel an! Ist noch so klein und stiehlt schon wie ein Rabe!"

Der kleine Paul erschrak furchtbar und sah sich um. Hinter ihm stand ein Mann, der vor Zorn ganz rot war.

„Ich habe nicht gestohlen", sagte der kleine Paul, „diesen Kasten wird das Christkind mir schenken!" Die Leute, die neugierig von allen Seiten herbeigelaufen kamen, fingen an zu lachen. Der Mann aber zog den kleinen Paul hinter sich her in ein kleines Zimmer. Sicherlich wird er jetzt das Christkind fragen, dachte der kleine Paul und fürchtete sich gar nicht.

In dem Zimmer saßen an großen Tischen ein paar Herren. „Was gibt's schon wieder?" fragte der vornehmste unter ihnen.

„Dieser kleine Lump hat gestohlen", sagte laut der Mann, der Paul am Arm hielt.

„Ich habe nicht gestohlen", beteuerte der kleine Paul, „ich habe mir nur den Kasten geholt, den mir das Christkind ganz bestimmt schenken wird, denn ich bin das ganze Jahr über brav gewesen."

Die Herren fingen alle an zu lachen, nur der Vornehme blieb ernst und blickte Paul streng an. „Lüge nicht!" sagte er. „Wer hat dich hergeschickt, um den Kasten zu nehmen?"

Der arme kleine Paul, der erkannte, daß auch hier niemand etwas vom Christkind wußte, begann zu weinen. Der vornehme Herr wandte sich wieder an Paulchen: „Höre", sagte er, „eigentlich sollten wir dich jetzt der Polizei übergeben, doch wir wollen dich noch mal laufen lassen. Aber wehe dir, wenn du dich noch einmal bei uns sehen läßt!" Sie nahmen ihm seinen Kasten weg, und der Mann, der ihn hergebracht hatte, faßte ihn bei der Hand und führte ihn durch eine Hintertür auf die Straße.

Da stand der arme kleine Paul wieder mit leeren Händen in der fremden, kalten Gasse und fühlte sich sehr elend. Plötzlich begann sich die ganze Straße um ihn zu drehen, alle Häuser tanzten um ihn herum, und wirklich — Paulchen hörte es ganz genau — sie lachten ihn sogar aus, wie die Menschen im Warenhaus. Es wurde ganz finster um ihn, und er fiel der Länge lang in den Schmutz der Straße. Als Paulchen nach einer Weile wieder zu sich kam, sah er zwei bärtige Gesichter, die sich über ihn beugten. Es waren zwei Arbeiter. Der eine hielt ihn auf dem Arm, der andere zog eine dicke Brotschnitte aus der Tasche, brach davon ab und steckte Paulchen Stück für Stück in den Mund. Sie sahen zu, wie er aß, und lachten ihn freundlich an. Paulchen fühlte sich auf einmal wie zu Hause.

„Wir müssen ihn heimbringen, er kann noch nicht laufen", sagten die Arbeiter. „Wo wohnst du denn?" Paulchen nannte die Straße.

„Ach, das ist ja am anderen Ende der Stadt, so viel Zeit haben wir nicht mehr!"

„Weißt du was", meinte der eine, „wir geben ihn im Arbeiterkinderheim ab. Das ist nicht weit von unserer Fabrik."

„Ja", meinte der andere, „dort bekommt er erst einmal tüchtig zu essen, und dann bringen sie ihn wieder zu seiner Mutter." Sie setzten sich in Marsch und gingen durch viele Straßen zur Stadt hinaus.

„Was wolltest du denn dort, wo wir dich fanden?" fragten sie Paulchen.

„Ich suchte das Christkind", klagte er.

„Was?" riefen die beiden Arbeiter wie aus einem Munde und fingen furchtbar an zu lachen. „Du armer Schlucker, da hättest du lange suchen können. Es gibt doch gar kein Christkind!"

„Es gibt kein Christkind?" fragte Paulchen erschrocken. „Aber es gibt doch viele Leute, die es kennen, der Lehrer zum Beispiel. Und wer hätte dann Hänschens Wunschzettel bei Nacht geholt?" „Es gibt kein Christkind", sagten die Arbeiter, „das ist nur ein Märchen. Den Wunschzettel von Hänschen hat seine Mutter geholt, während er schlief! Die kauft ihm nun die Geschenke und sagt dann, das Christkind hätte sie gebracht."

Sie fragten ihn nun, wo er überall gesucht hätte und ob niemand ihm seinen Irrtum erklärt habe. Paulchen erzählte alles der Reihe nach. Plötzlich standen sie vor einem kleinen Hause, an dessen weißlackierter Tür hing ein großes blankes Schild mit der Aufschrift: „Arbeiterkinderheim". Die beiden Männer drückten auf den Klingelknopf. Die Tür sprang auf, und sie traten in einen hellen, warmen Flur. Eine freundliche Frau in einer weißen Schürze empfing sie. Aus dem großen Saale aber, der am Ende des Flures lag, kamen eine Menge Kinder gelaufen, die Paulchen freundlich ansahen.

„Hier bringen wir euch einen kleinen Jungen, der das Christkind suchen ging und es nicht gefunden hat", sagten die Arbeiter. Die Kinder und die freundliche Frau lachten. „Nun, er wird es von heute an bestimmt nicht mehr suchen", meinten die Arbeiter und erzählten von Paulchens Abenteuer.

„Die reichen Leute sind selbst die Diebe", schrie ein kleiner Junge, der dicht neben Paulchen stand, „diese schönen Spielsachen gehören eigentlich uns, weil unsere Väter sie gemacht haben. Aber wir wollen sie uns wiederholen, wenn wir groß sind!"

Die beiden Arbeiter schüttelten Paulchen die Hand zum Abschied. „Nun, willst du immer noch das Christkind suchen?" fragten sie. „Nein, gewiß nicht mehr!" rief Paulchen.

(Maria Kaltofen)

Bilderrätsel für Kinder



Wenn ihr mit einem Kugelschreiber von 1 bis 39 die Punkte verbindet, wißt ihr, was die albanischen Genossen in der einen und was sie in der anderen Hand halten beim Aufbau des Sozialismus.

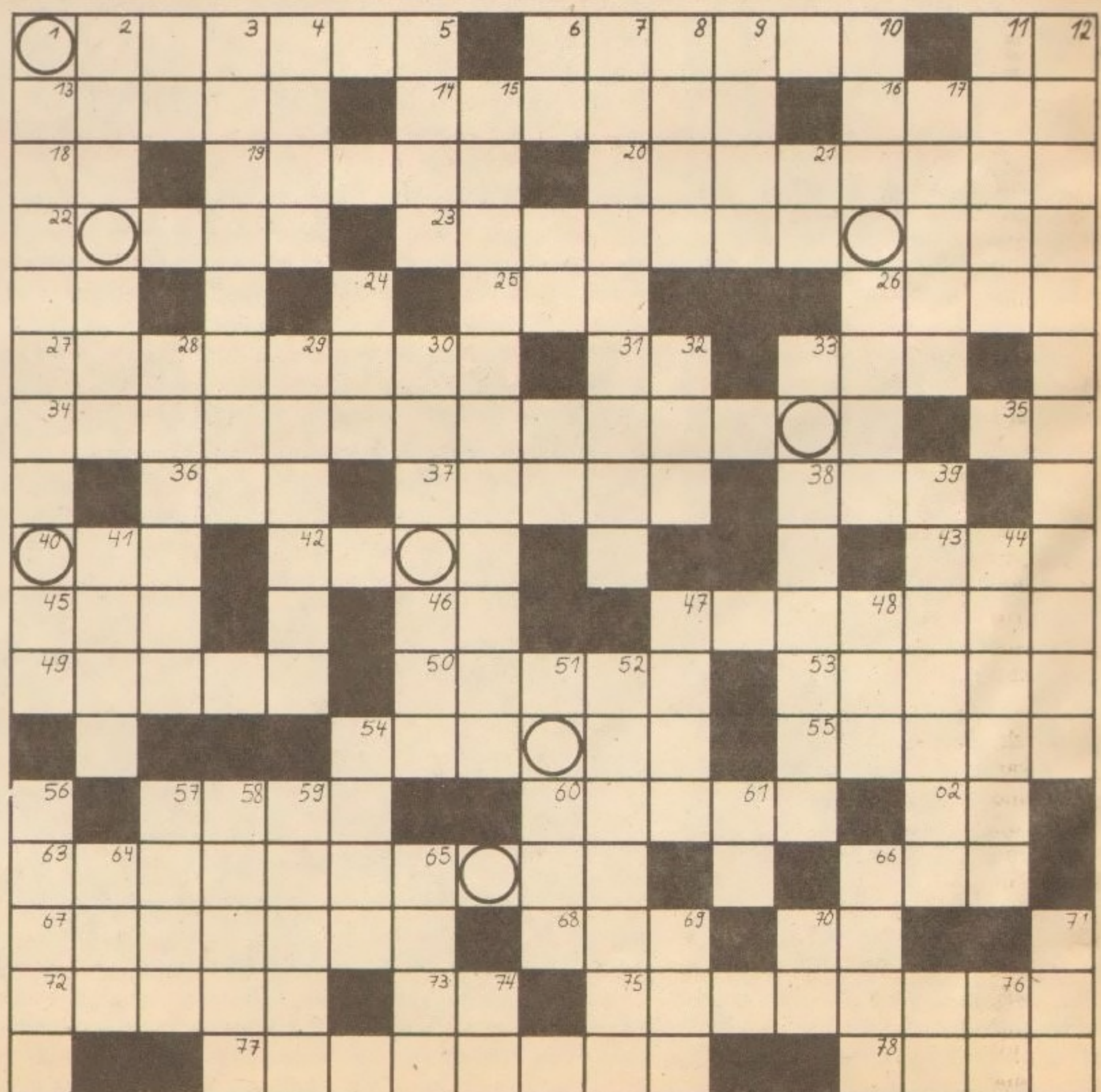
Preisrätsel

Wir hoffen, daß die Lösung unseres Weihnachtskreuzworträtsels allen Lesern des „Roten Morgen" viel Spaß machen wird. Wer uns bis zum 31. 12. 1977 (Datum des Poststempels) eine Postkarte oder einen Brief mit dem richtigen Lösungswort zuschickt, kann einen von drei gebundenen Jahrgängen des „Roten Morgen" 1977 gewinnen, die wir unter den richtigen Einsendungen verlosen. Das Lösungswort ergibt sich aus den Buchstaben der eingekreisten Felder (fortlaufend gelesen). Bei der Verlosung ist der Rechtsweg ausgeschlossen.

j = i; ä, ö, ü = ae, oe, ue

Waagerecht: 1) Musikalische Darbietung; **6)** Krankheit; **13)** Teilgebiet der Physik; **14)** Zeitalter; **16)** Kindernahrung; **18)** wissenschaftlicher Sozialismus (Abk.); **19)** Heerführer in den Bauernkriegen; **20)** Gegend in Norddeutschland; **22)** Fehler, Mangel; **23)** eine Waffe der Arbeiterklasse (zwei Wörter); **25)** Autokennzeichen von Leer (Ostfriesland); **26)** Heimat eines freiheitsliebenden Volkes, das seit Jahrhunderten gegen koloniale Unterdrückung kämpft; **27)** Fisch; **31)** Niederschlag; **33)** griechische Göttin; **34)** Zusammenschluß der kommunistischen Parteien; **35)** faschistische Mordbande; **36)** Platz; **37)** Larve der Schmetterlinge; **38)** imperialistischer Geheimdienst; **40)** Haushaltsgerät; **43)** Nebenfluß der Donau; **43)** nordisches Haustier; **45)** Männername (Kurzform); **46)** Dramenfigur bei Brecht; **47)** Übertragung in Funk und Fernsehen; **49)** Ritze; **50)** Faßwandbrett; **53)** Kind; **54)** Demonstrant, bei brutalem Polizeieinsatz von einem Wasserwerfer schwer verletzt; **55)** Hausvorsprung; **57)** Nebenfluß der Elbe; **60)** Vorname eines russischen Dichters (geb. 1860, gest. 1904); **62)** spanischer Artikel; **63)** Führer des Weltproletariats (Vor- und Nachname); **66)** Nukleinsäure (Abk.); **67)** berühmte Wasserfälle; **68)** Bundesland mit großer Konzentration der Arbeiterklasse; **70)** Erscheinungsort des „Roten Morgen" (Abk.); **72)** Nebenfluß der Donau; **73)** chemisches Element (Abk.); **75)** die größte zusammenhängende Landmasse der Erde; **77)** Beruf; **78)** Dreiergruppe.

Senkrecht: 1) Dafür kämpft die KPD/ML; **2)** Stadt an der Wupper; **3)** Volksstamm, den es in allen europäischen Ländern gibt; **4)** Abscheu; **5)** Kohleprodukt; **6)** Beiname einer Spalterorganisation, inzwischen abgelegt (Abk.); **7)** Teil des Rasierapparats; **8)** germanischer Gott; **9)** oft als angebliche Waffe beschlagnahmter Teil einer Demonstrationsausrüstung; **10)** von der Bühne weggehen; **11)** Musikinstrument; **12)** Künstler des Mittelalters; **15)** Totengräber des Kapitalismus; **17)** Spielleitung; **21)** Himmelsrichtung (Abk.); **24)** religiös getarnte faschistische Bande; **28)** unwissenschaftliche Vorstellung eines Staates mit einer idealen Gesellschaftsordnung; **29)** Künstler; **30)** franz. Revisionist, Vorreiter des sogenannten „Eurokommunismus"; **32)** engl. eins; **33)** Das Leuchtfeuer des Sozialismus in der Welt; **39)** engl. betrunken; **41)** Stadt in Westfalen: **44)** einer der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus; **47)** alkoholisches Getränk; **48)** Tonart; **51)** Vorfahre; **52)** Stadt in Indien; **54)** erhaben; **56)** Führer des Weltproletariats; **57)** eiförmig; **58)** Teil eines Bootes; **59)** viel Lärm um nichts; **61)** Fluß in Sibirien; **64)** Fluß in Afrika; **65)** Siedlung in der Wüste; **66)** Eisenoxyd; **69)** Zorn; **70)** dort; **71)** ein Lieblingskind der Theoretiker der „drei Welten" (internationale Organisation); **74)** Fürwort; **76)** Tierprodukt.



Zum 180. Geburtstag

Heinrich Heine – ein revolutionärer deutscher Dichter

Heinrich Heine (13. 12. 1797-17. 2. 1856) ist einer der größten revolutionären Dichter Deutschlands. Er lebte in einer Zeit großer gesellschaftlicher Umwälzungen. Noch war das Bürgertum dabei, die Fesseln des Feudalismus und Absolutismus zu sprengen, aber schon war ihm im Proletariat ein gefährlicher Feind, sein Todfeind, erwachsen. Während es der Bourgeoisie in den bürgerlichen Revolutionen von 1831 in Frankreich und 1848 in Deutschland darum ging, ihre bürgerliche Klassenherrschaft anstelle der feudalistischen vollständig zu errichten, strebte das Proletariat nach Befreiung von jeglicher Ausbeutung und Unterdrückung. Der Sieg der Reaktion in der 48er Revolution in Deutschland zeigt, wie stark die Bourgeoisie bereits den Kampf der Arbeiterklasse fürchtete. Das deutsche Bürgertum schlug sich auf die Seite der alten Ausbeuterklassen, denn nur in diesem reaktionären Bündnis sah sie die Ausbeutung und Unterdrückung des erwachenden Proletariats gesichert.

Heinrich Heine haßte die reaktionären Zustände in Deutschland vor und nach der 48er Revolution. Seine großen lyrischen- und Prosawerke entwickelten sich mit den fortgeschrittensten Bewegungen und Ideen seiner Zeit zu einer großartigen Kampfansage gegen jede Art von Ausbeutergesellschaft.



Karl und Jenny Marx im Gespräch mit Heinrich Heine.

Heine blieb nicht dabei stehen, den Absolutismus anzugreifen und bürgerliche Freiheiten zu fordern, sondern ebenso griff er den bürgerlichen Liberalismus und das kriecherische Spießertum mit Spott und bissiger Satire an. Deshalb war er der von der deutschen Reaktion am meisten gehaßte Dichter seiner Zeit. Seine Werke wurden verboten, beschlagnahmt, Jahr für Jahr wurde erneut seine Verhaftung angeordnet. Aber all diese Angriffe beantwortete Heine mit ungebrochenem Kampfgeist, weder die langen Jahre seiner Emigration in Frankreich, noch seine finanziellen Sorgen, noch seine Rückenmarkskrankheit, die ihn acht Jahre lang in die „Matratzengruft" zwang, konnten seinen Patriotismus und seinen revolutionären Geist brechen.

Schon 1832 schrieb Heine aus der Emigration: „Armes unglückliches Deutschland. Welche Schande steht dir bevor? Nie ist ein Volk von seinen Machthabern grausamer verhöhnt worden. Wenn die Geistesbildung und die daraus entstehenden Sitten und Bedürfnisse eines Volkes nicht mehr im Einklang sind mit den alten Staatsinstitutionen, so tritt es mit diesen in einen Notkampf, der die Umgestaltung derselben zur Folge hat und eine Revolution genannt wird. Ich habe das immer gesagt, und man hat dann meine Bücher verboten und konfisziert."

Mit der wachsenden revolutionären Arbeiterbewegung hat Heine immer klarer erkannt, welche Klasse allein diese Revolution vollbringen kann, die Arbeiterklasse. Seit 1840 spricht Heine vom Proletariat. Im Herbst 1843 lernt Heine die auch in Paris in der Emigration lebende Familie Marx kennen. In den Jahren 43/44 entwickelt sich eine enge Freundschaft, ein reger persönlicher Verkehr zwischen Marx und Heine. Der direkte Kontakt mit den Begründern des wissenschaftlichen Sozialismus, mit Marx und auch mit Engels, wirkten sich in jeder Hinsicht fruchtbar auf Heines Werk aus. Heine gelangte nicht nur zu größerer politischer Klarheit, sondern die Unterstützung von Marx und Engels gegenüber allen möglichen Angriffen auf Heine stärkten seine Energien und beflügelten seine Schaffenskraft. In dieser Zeit entstand auch Heines bedeutendstes politisches Gedicht: „Deutschland, ein Wintermärchen", zu dem ihm nach 13jähriger Emigration seine Reise nach Deutschland im Jahre 1843 den Stoff lieferte. In diesem großartigen Gedicht wird die scharfe Kritik an der reaktionären deutschen Ausbeuterordnung verbunden mit der Propagierung einer Revolution, die dem Volk Freiheit, Glück und Wohlstand garantiert. Schon im Eingangskapital macht Heine das Entsagungslied eines kleinen Mädchens zum Ausgangspunkt für eine helle Zukunftsperspektive für die unterdrückte Menschheit. (Siehe nebenstehenden Auszug.)

Im Sommer 1844 stehen die schlesischen Weber heldenhaft gegen ihre Peiniger auf, die sie in niederträchtigster Weise bis aufs Blut aussaugten und unterdrückten. Heine schreibt zu ihrem Ruhm das Gedicht „Die schlesischen Weber". Es ist das erste Mal, daß in der deutschen Dichtung die Arbeiterklasse als Totengräber der alten Gesellschaft besungen wird, und es wird immer eines der Gedichte bleiben, die am eindringlichsten Elend, Haß, Kampf und Siegesperspektive des Proletariats gestaltet haben.

Schon zu Heines Lebzeiten haben seine Feinde viel unternommen, um Heines revolutionäre Haltung und die revolutionäre Stoßrichtung seines Werkes herabzumindern oder zu vertuschen. Man kann viel davon lesen, daß Heine in der Zeit seiner schweren Krankheit, am Ende seines Lebens sich bekehrt und der revolutionären Sache abgeschworen habe. Um diese Lüge zu entlarven, braucht man nur sein Vermächtnis, das er 1855 geschrieben hat, zu lesen. Da schreibt Heine, daß er von den Ideen des Kommunismus besessen ist, weil sie die konsequente Folgerung aus dem Satz sind, „daß alle Menschen das Recht haben zu essen." Und voller Enthusiasmus ruft er danach aus: „Sie ist schon seit langem gerichtet, verurteilt diese alte Gesellschaft! Möge die Gerechtigkeit ihren Lauf nehmen. Möge sie zerbrochen werden, diese alte Welt, wo die Unschuld zugrunde ging, wo die Selbstsucht gedieh, wo der Mensch vom Menschen ausgebeutet wurde. Mögen sie von Grund aus zerstört werden, diese übertünchten Grabesstätten, in denen die Lüge und Verderbnis herrschten."

Heinrich Heines kämpferische Verse, geschrieben für die Unterdrückten, gegen die Unterdrücker, sind immer von großer Aktualität geblieben und unsterblich in den Herzen des deutschen Volkes bewahrt. Alle Angriffe, die die deutsche Bourgeoisie gegen diesen Dichter des deutschen Volkes startete und startet, können seiner revolutionären Kunst nichts anhaben. Die Faschisten warfen Kübel mit Schmutz über sein Werk, warfen ihm „die Neigung zur Lüge und zur Kritik an allem und jedem" vor, oder „die bis ins Schmutzige und Gemeine herabreichende Verneinung"! Sie wußten sehr wohl, daß Heines „Kritik" und „Verneinung" den Ausbeuterherrschaften galt und in den Händen des Volkes eine Waffe gegen sie war. Deshalb verbrannten sie seine Werke zusammen mit den Werken aller großen und fortschrittlichen deutschen Denker und Dichter auf ihren Scheiterhaufen. Und heute fährt die westdeutsche Bourgeoisie fort in dieser Tradition, indem sie z. B. den revolutionären Charakter seines Werkes in ihren Schulbüchern verschweigt oder indem sie sich entgegen den Wünschen der Bevölkerung weigert, die neue Universität in Düsseldorf (Geburtsstadt Heines) Heinrich-Heine-Universität zu benennen.

Es wird der Bourgeoisie jedoch durch nichts gelingen, Heine dem deutschen Volk und den anderen Völkern, die ihn lieben, wegzunehmen. Marx und Engels nannten Heine den größten Dichter ihrer Zeit, und wir werden das großartige Werk Heines weiter verteidigen, weitertragen bis in eine Zeit, wo seine Ideale in Deutschland verwirklicht sind und Heine als ein bedeutender Vorläufer der proletarischen Kunst dem deutschen Volk ganz wiedergeschenkt wird.

Aus: Deutschland, ein Wintermärchen

**Sie sang das alte Entsagungslied,
das Eiapopeia vom Himmel,
womit man einlullt, wenn es greint,
das Volk, den großen Lümmel.**

**Ich kenne die Weise, ich kenne den Text,
ich kenn auch die Herren Verfasser;
ich weiß, sie tranken heimlich Wein
und predigten öffentlich Wasser.**

**Ein neues Lied, ein besseres Lied,
o, Freunde, will ich euch dichten!
Wir wollen hier auf Erden schon
das Himmelreich errichten.**

**Wir wollen auf Erden glücklich sein,
und wollen nicht mehr darben;
verschlemmen soll nicht der faule Bauch,
was fleißige Hände erwarben.**

**Es wächst hienieden Brot genug
für alle Menschenkinder,
auch Rosen und Myrten, Schönheit und Lust,
und Zuckererbsen nicht minder.**

**Ja, Zuckererbsen für jedermann,
sobald die Schoten platzen!
Den Himmel überlassen wir
den Engeln und den Spatzen.**

Weberlied

**Im düstern Auge keine Träne,
sie sitzen am Webstuhl und fletschen die Zähne:
„Deutschland, wir weben dein Leichentuch,
wir weben hinein den dreifachen Fluch —
wir weben, wir weben!**

**Ein Fluch dem Gotte, zu dem wir gebeten
in Winterskälte und Hungersnöten;
wir haben vergebens gehofft und geharrt,
er hat uns geäfft und gefoppt und genarrt —
wir weben, wir weben!**

**Ein Fluch dem König, dem König der Reichen,
den unser Elend nicht konnte erweichen,
der den letzten Groschen von uns erpreßt
und uns wie Hunde erschießen läßt —
wir weben, wir weben!**

**Ein Fluch dem falschen Vaterlande,
wo nur gedeihen Schmach und Schande,
wo jede Blume früh geknickt,
wo Fäulnis und Moder den Wurm erquickt -
wir weben, wir weben!**

**Das Schiffchen fliegt, der Webstuhl kracht,
wir weben emsig Tag und Nacht —
Altdeutschland, wir weben dein Leichentuch,
wir weben hinein den dreifachen Fluch,
wir weben, wir weben!"**

Heinrich Heine

DER RATSHERRN NEUE KLEIDER

Es war einmal...

...ein Stadtrat, der hielt Hof in einem großen Rathause. Der Stadtrat aber hatte vielerlei Ausschüsse, und zum Kulturausschuß dieses Stadtrats kam eines Tages ein wundersamer Mann aus einem fernen Lande und sprach: „Meine Verehrung, ihr hohen Herren! Ich bin ein *Künstler,* und zwar der größte und modernste in der ganzen Welt. Ich bin gekommen, euch das bedeutendste, geistreichste und modernste Kunstwerk der ganzen Welt feilzubieten! Reist nach Kassel, und ihr werdet es dort selbst sehen können." Ei, dachten da die Ratsherren, Fahrgeld und Kostgeld gehen auf Spesen, warum sollten wir da nicht wirklich nach Kassel fahren?

Doch als sie angekommen, wie groß war da das Erstaunen, daß sie statt eines schönen Kunstwerks nur *vier große rostige Eisenplatten* fanden! Doch just da trat ein Fremder herzu und sprach die verdutzten Ratsherren an: „Ich bin ein Galeriebesitzer aus eurer Heimatstadt und besorge den Verkauf dieses erlesenen Kunstwerks. Meine Herren, ihr denkt vielleicht, das ist nur Schrott? Weit gefehlt! Wußtet ihr noch nicht, daß in der neuesten Kunstrichtung gerade das Einfallsloseste, Törichteste und Häßlichste als das Kunstvollste gerühmt wird?

Und bedenkt: Wenn es soviel gutes Geld kostet, muß dann nicht etwas daran sein? Denn es kostet doch *dreimal hunderttausend Mark,* meinen Gewinn schon eingeschlossen! Nur die Einfältigen und Ungebildeten aus dem niederen Pöbel, die gerade bis drei zählen können, die sehen hier Schrott, das Kunstwerk erkennen nur die Weisen und Gelehrten — und dazu gehört ihr doch?" „Oh ja doch, so ist's", riefen die Ratsherren da im Chore, und es hub ein großes und langes Lobpreisen des Kunstwerks unter ihnen an, und keiner konnte das rostige Blech genug rühmen. *„Unser Geld ists ja nicht",* dachten sich die Ratsherren im stillen, und schon ward der Kauf beschlossen und mit Handschlag besiegelt.

Als sie wieder nach Hause zurückgekehrt, gedachten sie, auch dem einfältigen Pöbel und dem gemeinen Volk klarzumachen, daß seine Ratsherren gescheite und ehrliche Leute seien und wohl gehandelt hätten. Es gab nämlich in dem Städtchen eine Zeitung, die sich nicht schämte, alles zu drucken, was die Mächtigen des Reiches sagten, ganz gleich ob es wahr war oder gelogen. In dem Blatte nun ließ der Stadtrat verkünden, daß er das schönste und modernste Kunstwerk der Welt erworben hätte, und daß einfältig und strohdumm ist und schon gar nicht mehr in unsere Zeit gehört, wer in diesem Meisterwerk nur rostiges Eisen sieht. So dachte man, *alle Menschen einzuschüchtern,* daß niemand es wagen sollte, gegen den Kauf aufzubegehren.

Nach solcherlei Vorbereitung war endlich der Tag der Enthüllung gekommen; zuerst hielt der Bürgermeister eine sehr lange und sehr, sehr gescheite Rede, die ein anderer für ihn geschrieben hatte. Er kam sich furchtbar wichtig vor, als er das große weiße Tuch von dem Blech zog, und er erwartete nichts anderes, als daß nun ein ehrfürchtiges Staunen und ein „Ah!" und „Oh!" durch die Menge gehen würde. Aber da wartete er vergebens! „So ein Haufen Schrott", rief einer, und „Rostiges Eisen!" ein anderer, *„Nichtsnutze, dafür werft ihr unser Geld hinaus!"* ein dritter, und es erhob sich ein Lachen auf dem Platze über die Dummheit der aufgeplusterten Ratsherren und eine Empörung über ihre Verschwendung. Schimpf und Schande kamen über sie, und alle Bürger des Städtchens, die von ihrer Hände Arbeit die Steuern bezahlten, waren sich einig:

...ein Märchen?

„Ein Märchen? Leider nicht!" So schrieben es unsere Bochumer Genossen. Die Geschichte steht in einem Flugblatt, das sie in der Stadt verteilten. Es war der Rat der Stadt Bochum, der die vier rostigen Eisenplatten gekauft hat und sie jetzt aufstellen lassen will. (Der RM berichtete in Nr. 48 darüber). Und das ist — wie unser Foto zeigt — beileibe kein Einzelfall. Der darauf abgebildete Klotz steht in Erding. Genossen aus dieser Stadt schrieben uns: „Vor dem Erdinger Krankenhaus steht eine ‚Stahlplastik', d. h. rund 20 qm rostiges Blech. Kostenpunkt: 40.000 DM. Und das, wo den Werktätigen des Krankenhauses immer neue Sparmaßnahmen vorgesetzt werden, von wegen der angeblichen roten Zahlen. Kein Wunder, daß die Kollegen die Beschriftung des ‚Kunstwerks' gut fanden."

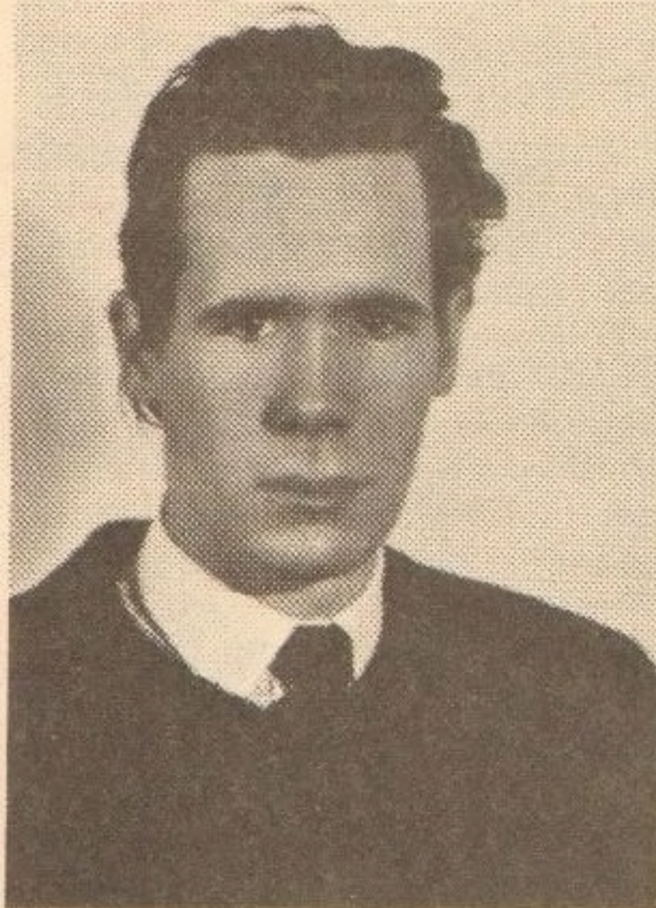


Francois de Blois soll ausgewiesen werden

Francois muss in Deutschland bleiben!

Francois de Blois soll ausgewiesen werden. Bis zum 30. 12. 77 muß er nach dem Willen der Behörden Deutschland verlassen. Das erfuhr der junge Kommunist Francois aus Tübingen am Ende der letzten Woche. Der KSB/ML in Tübingen beschloß daraufhin sofort, ein Flugblatt zu verteilen und die Solidarität mit Francois zu organisieren. Francois muß in Deutschland bleiben! Seine Ausweisung ist ein Akt der politischen Unterdrückung, der nicht kampflos hingenommen werden darf.

Der „Rote Morgen" berichtete bereits. Vor einigen Wochen war Francois verhaftet worden. Zwei Wochen mußte er in der berüchtigten Strafanstalt Stammheim zubringen. Begründung: Er habe vor einem halben (!) Jahr angeblich ein Flugblatt in der Mensa der Tübinger Universität verteilt. Dieses Flugblatt habe die tödlichen Schüsse auf Buback gebilligt. Die Untersuchungshaft sei deshalb nötig, weil Fluchtgefahr bestehe. Die Empörung war groß. Die Tübinger Studenten protestierten. Die Rote Garde verteilte überall in der Bundesrepublik ein Flugblatt. Protestresolutionen und Solidaritätsschreiben aus vielen Orten forderten die sofortige Freilassung von Francois, forderten schon damals: Francois darf nicht ausgewiesen werden.



Francois de Blois

Denn Francois ist amerikanischer Staatsbürger. Er kam vor zehn Jahren aus den USA nach Deutschland, um hier zu studieren. Inzwischen ist Deutschland seine Heimat geworden. Francois, der fließend deutsch spricht, arbeitet hier als Sprachlehrer, hat hier seine Freunde, kämpft hier für die Interessen der Werktätigen, für die sozialistische Revolution. Und deshalb wollen die Behörden ihn loswerden, abschieben in die USA. Das Flugblatt, das er angeblich verteilt haben soll, war nur ein Vorwand. Das mußte die Klassenjustiz inzwischen selbst zugeben.

Als Francois in Stammheim in Haft war, drohte man ihm mit einem großen Prozeß wegen „Billigung von Mord". Als man ihn nach zwei Wochen aufgrund der Solidarität freilassen mußte, erklärte man ihm, dieser Prozeß werde noch in diesem Jahr stattfinden.

Inzwischen ist von diesem Prozeß keine Rede mehr. Die Staatsanwaltschaft hat erklärt, wenn Francois ausgewiesen wird, verzichtet sie auf den Prozeß. Das Oberlandesgericht Stuttgart, das den Haftbefehl gegen Francois aufhob, begründete das damit, daß 1. nicht zu beweisen sei, daß Francois das Flugblatt verteilt habe und daß 2. dieses Flugblatt keine Billigung von Mord enthalte. Das zeigt klar: Der Prozeß sollte von vornherein nur Mittel zum Zweck sein. Man wollte von vornherein nur eins — die Ausweisung von Francois, weil er Kommunist ist.

Diese Ausweisung offen als Akt der politischen Unterdrückung durchzusetzen, ist gescheitert. Deshalb versucht man es jetzt hintenherum, indem man bürokratische Bestimmungen vorschiebt. Was die Bourgeoisie vor einigen Wochen als sie noch glaubte, Francois in einem Prozeß verurteilen und als „Terroristen" ausweisen zu können, noch völlig kalt ließ, wird jetzt plötzlich hervorgekramt und zum Grund für die Ausweisung von Francois gemacht: die Tatsache nämlich, daß er es versäumte, rechtzeitig seine Aufenthaltsgenehmigung erneuern zu lassen und deshalb eine Zeitlang ohne gültige Aufenthaltserlaubnis hier lebte.

Abgesehen davon, daß diese neue Begründung nur einmal mehr den reaktionären, menschenfeindlichen Charakter des Ausländergesetzes zeigt, ist es sicher: Mit diesem Trick kann die Bourgeoisie niemanden täuschen. Für die Ausweisung von Francois gibt es nur einen Grund: seine kommunistische Gesinnung. Seine Ausweisung ist ein Akt der politischen Unterdrückung, der sich gegen jeden fortschrittlichen Ausländer, gegen alle revolutionären und fortschrittlichen Menschen in Deutschland richtet. Deshalb:

Kämpfen wir dafür, daß Francois in Deutschland bleibt!

Protestiert beim Bürgermeisteramt Tübingen! Protestiert beim 1. Bürgermeister von Tübingen, Kroymann, der für die Ausweisung von Francois direkt verantwortlich ist!

Neujahrsfest in Albanien

Festtagsstimmung, eine fröhliche Atmosphäre herrscht in diesen letzten Wochen des alten Jahres im sozialistischen Albanien. Alle, jung und alt, bereiten sich darauf vor, die Jahreswende zu feiern. Schon Wochen vor Neujahr werden an vielen Ecken extra Buden aufgestellt, wo es die Neujahrspostkarten mit den verschiedensten Motiven gibt.

Außerdem gibt es sie in allen „Kinkaleri", den Holzbuden, die überall stehen, und wo man alle wichtigen Kleinigkeiten, die man laufend braucht, von der Stecknadel über Schreibzeug bis zu Zigaretten, kaufen kann. Und stapelweise kauft jeder diese Karten, die auch nur ganz wenig kosten. Denn zu Neujahr wünscht man allen Verwandten, Freunden, Arbeitskollegen und Bekannten, auch solchen, mit denen man tagtäglich zusammentrifft, Gesundheit, Glück und Erfolg bei der Arbeit und im Kampf.

Niemand wird alleine gelassen, wie das oft hier der Fall ist. Wieviele alte Menschen spüren nicht hier voller Bitterkeit gerade zu den Feiertagen, daß sie von der Gesellschaft zum alten Eisen geworfen sind. In Albanien steht der Mensch im Mittelpunkt. Jeder, auch der alte Mensch, ist in die Gesellschaft einbezogen. Die Familie, die Nachbarn, das Wohnviertel kümmern sich um ihn. Das zeigt sich nicht nur im Alltag, sondern auch an den Festtagen.

Genauso ist Neujahr ein Fest für die Kinder, die an diesem Tag beschenkt werden. Im Dezember sind die Abteilungen mit Kinderspielzeug in den „Mapo's", den Volkskaufhäusern, besonders reich ausgestattet. Es werden sogar noch spezielle Läden mit Spielzeug eingerichtet.

Überhaupt sorgt der Staat dafür, daß die Läden zu Festen gut versorgt sind. Die Albaner sind bekannt für ihre Gastfreundschaft, und die vielen Besucher — am Neujahrstag besuchen sich Freunde und Bekannte gegenseitig — werden gut bewirtet. Mit wieviel Fürsorge und Überlegung die für den Handel zuständigen staatlichen Organe ihre Aufgaben anpacken, zeigt dazu ein Beispiel aus diesem Jahr. Zum Neujahrsfest gehört für den Albaner unbedingt „Bakllava", eine Süßigkeit mit vielen Nüssen. In diesem Jahr herrschte nun eine schreckliche Dürre. Vier bis fünf Monate war in weiten Teilen des Landes kein Tropfen Regen gefallen. Entsprechend schlecht fiel die Nußernte aus. Vorausschauend — und um den Import nicht zu belasten — wurden im Herbst auf dem Markt nur wenig Nüsse angeboten, so daß sie nun vor Neujahr für die „Neujahrsbakllava" reichlich vorhanden sind.

Natürlich sind vor dem Fest auch die Geschäfte hübsch geschmückt, mit Watteschnee in den Schaufenstern und von den Verkäufern liebevoll gestalteten Spruchbändern, auf denen ein fröhliches Neues Jahr gewünscht wird.

An Silvester sitzt man dann mit Freunden, Bekannten und Verwandten zusammen, trinkt Raki und Wein und unterhält sich. Keine Mißstimmung kommt auf, wie das oft bei uns an Festen wie Weihnachten der Fall ist, weil der eigentlich religiöse Charakter des Festes überhaupt nicht paßt zur tatsächlichen Feier. Ja, in Albanien hat man vor Jahren schon im Kampf gegen die Religionen und die Kirche auch die religiösen Feste abgeschafft. Geblieben sind die echten Feste des Volkes wie Neujahr. Die Menschen freuen sich über das sichere, sorgenfreie Leben ohne Krise, ohne Arbeitslosigkeit, ohne Teuerung, ohne Steuern, das ihnen die Partei mit dem Sozialismus gebracht hat. Man weiß, warum man feiert.

Auch in den Liedern, die an diesem Tag in den Familien gesungen werden, bringen die Menschen ihre innige Liebe zur Partei zum Ausdruck. Sie stimmen alte Partisanenlieder an, singen alte und neue Volksweisen. Und man tanzt vielleicht auch. Um Mitternacht prostet man sich zu, und immer ist einer dabei, der als erstes die Partei hochleben läßt und Genossen Enver ein langes Leben wünscht: „Es lebe die Partei, Genosse Enver lebe lange wie die Berge!" Dann heißt es „Gezuar Vitin e Ri!", fröhliches Neues Jahr.

Neujahrsglückwünsche.
Aus „Zëri i Rinise", Organ der Jugend der Arbeit Albaniens.



Neue Siege den Produzenten des albanischen Stahls!



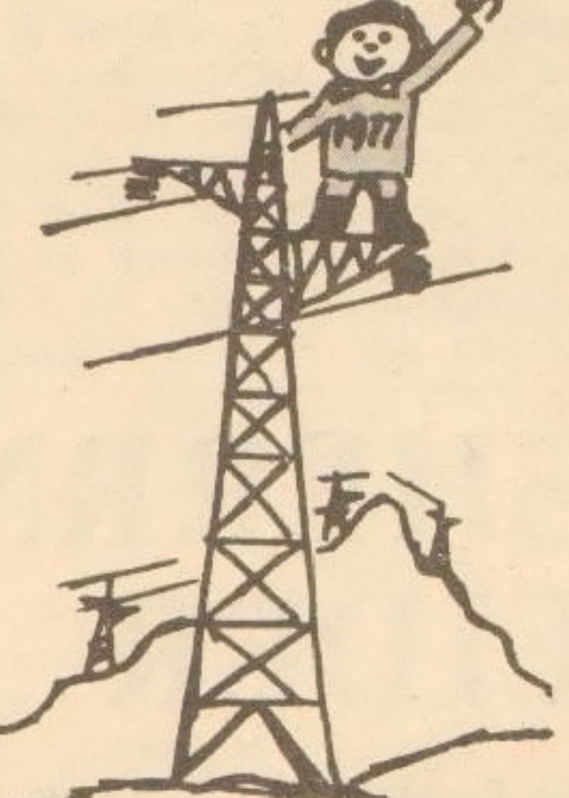
Ein gut zu studierendes Buch. (Buchtitel: Die fortgeschrittene Erfahrung)



Glückwünsche den Getreideerzeugern!



Ohne Worte. (Buchtitel: Wissenschaft)



Prost, Genossen von Fierza!



Grüße den Freiwilligen, die aufs Dorf gehen!

Parteibüros der KPD/ML

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. Über die Parteibüros können auch Literatur aus der VR China, der SVR Albanien und Veröffentlichungen des Verlags Roter Morgen bezogen werden.

Zentrales Büro, Redaktion „Roter Morgen", Landesverband (LV) NRW und Buchladen „Roter Morgen", 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 u. 43 36 92. Öffnungszeiten: Mo-Fr 9-12 u. 14-18, Sa 9-14 Uhr.

LV Wasserkante, 2000 Hamburg 6, Buchladen „Roter Morgen", Schulterblatt 98, Tel.: 040 / 4 30 07 09. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Niedersachsen, 3000 Hannover, Buchladen „Roter Morgen", Elisenstr. 20, Tel.: 0511 / 44 51 62. Öffnungszeiten: Di-Fr 17-19, Sa 9-13 Uhr.

LV Südwest, 6700 Ludwigshafen (Friesenheim), Parteibüro der KPD/ML, Ruthenstr. 1, Tel.: 0621 / 69 71 09. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.30-18.30, Sa 9.30-13.00 Uhr.

LV Baden-Württemberg, 7000 Stuttgart 1, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 43 23 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Bayern, 8000 München 2, Buchladen „Roter Morgen", Maistr. 69, Tel.: 089 / 53 59 87. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Schererstr. 10, Tel.: 030 / 4 65 28 07. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

5100 Aachen, Buchladen „Roter Morgen", Viktoriastr. 35. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 10.30-14.00 Uhr.

4800 Bielefeld, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31. Tel., 0521 / 17 74 04. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9-12 Uhr.

4630 Bochum, Buchladen „Roter Morgen", Dorstener Str. 86, Tel.: 0234 / 51 15 37. Öffnungszeiten: Mo, Di, Do, Fr 16.00-18.30, Mi 17-18.30, Sa 10-13 Uhr.

2800 Bremen (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 39 38 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

4100 Duisburg 1 (Hochfeld), Buchladen „Roter Morgen", Paulusstr. 36, Tel.: 0203 / 6 47 96. Öffnungszeiten: Fr 16.00-18.30, Sa 10-13 Uhr.

4300 Essen (Altendorf), Buchladen „Roter Morgen", Helenenstr. 35, Tel.: 0201 / 62 42 99. Öffnungszeiten: Mi u. Do 16.00-18.30, Sa 10-13 Uhr.

6000 Frankfurt, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78, Tel.: 0611 / 43 75 95. Öffnungszeiten: Di-Fr 16.30-18.30, Sa 10-13 Uhr.

2300 Kiel 1, Buchhandlung „Roter Morgen", Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 56 77 02. Öffnungszeiten: Mo, Di, Mi, Do 9-13 u. 15-18, Fr 9-13 u. 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

5000 Köln 91 (Kalk), Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221 / 85 41 24. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

2400 Lübeck, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451 / 7 69 39. Öffnungszeiten: Mo, Mi u. Fr 16.30-18.30

4400 Münster, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16, Tel.: 0251 / 6 52 05. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11-14 Uhr.